

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

61. Jahrgang · 49–50/2011 · 5. Dezember 2011



Nach dem Ende der Sowjetunion

Natalja Kljutscharjowa

Über die Krise

Susanne Schattenberg

Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie

Manfred Hildermeier

Von Gorbatschow zu Medwedew:
Wiederkehr des starken Staates

Caroline von Gall

Macht und Recht in Russland: Das sowjetische Erbe

Gemma Pörzgen

Russische Medien zwischen Vielfalt und Bedrohung

Thomas Kunze · Thomas Vogel

Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit

Stefan Kreuzberger

Stalinismus und Erinnerungskultur

Peter Jahn

22. Juni 1941: Kriegserinnerung in Deutschland und Russland

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Als Michail Gorbatschow vor zwanzig Jahren, am 25. Dezember 1991, als sowjetischer Präsident zurücktrat, hatte die Sowjetunion bereits aufgehört zu existieren. Über siebzig Jahre lang, fast drei Generationen, herrschten die in der Oktoberrevolution 1917 siegreichen Bolschewiki. Der grausamen Diktatur Josef Stalins und den ungeheuren Verlusten im „Großen Vaterländischen Krieg“ beim Triumph über das nationalsozialistische Deutschland folgte ein zaghafter Aufbruch unter Nikita Chruschtschow, bevor das Riesenreich mit Leonid Breschnew und den anderen Greisen im Politbüro der KPdSU in letztlich tödliche Stagnation verfiel.

Die frühe postsowjetische Phase war gekennzeichnet von tiefen gesellschaftlichen Verwerfungen, die noch heute zu spüren sind. Dem schnellen, sagenhaften Reichtum einiger „Oligarchen“ stehen Verunsicherung und die Sehnsucht nach geordneten Verhältnissen bei der Masse der Bevölkerung gegenüber. Wladimir Putins „gelenkte Demokratie“ trifft offenbar auf große Zustimmung. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie „Memorial“, die sich die Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen zum Ziel gesetzt haben, finden in Russland kaum mehr Gehör. Kritische Journalisten werden drangsaliert, nicht wenige sind Gewalttaten zum Opfer gefallen.

Bis heute wirkt die Sowjetära nach – in allen postsowjetischen Staaten. Nostalgische Gefühle beschwören Erinnerungen an vermeintlich glanzvolle Zeiten, als die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine Respekt einflößende, hoch gerüstete Supermacht war. Die Wertschätzung des Rechtsstaats scheint wieder zu schwinden. Perestroika und Glasnost, einst Schlagworte der Reformen Gorbatschows, erscheinen wie ferne Echos. Der im Westen als Lichtgestalt Verehrte gilt im heutigen Russland als Unperson.

Hans-Georg Golz

Natalja Kljutscharjowa

Über die Krise

Essay

Ich weiß nicht, warum in Europa so viel über die Krise geredet wird. Vielleicht erscheint sie vor dem Hintergrund allgemeinen Wohlstands tatsächlich als etwas, das Aufmerksamkeit verdient.

Natalja Kljutscharjowa

Geb. 1981; Schriftstellerin und Journalistin, Moskau/Russland; c/o Literary Agency Galina Dursthoff, Marsiliusstraße 70, 50937 Köln. galina@dursthoff.de

Russland aber hat sogar im Laufe meines Lebens weit schwerere und schlimmere Krisen erlebt. Und ich rede nicht von den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, etwa davon, dass nach der Revolution ganze Dörfer verhungerten. Oder von den Repressalien, deren Opferzahlen die Verluste der UdSSR im Zweiten Weltkrieg übertrafen.

Ich erinnere mich an eine Zeit, da alles auf Marken verkauft wurde. Nicht nur Lebensmittel. Es gab zum Beispiel Marken für Socken, für Wäsche, sogar für Oberbekleidung. Pro Monat standen jedem 200 Gramm Oberbekleidung zu. In einem Jahr, in anderthalb Jahren hatte man so vielleicht einen Mantel zusammen. Ich erinnere mich an den Lebensmittelladen in unserer Nachbarschaft, in dem es nichts zu kaufen gab; die langen Ladentische waren vollgestapelt mit Seetangkonserven.

Ich erinnere mich, wie wir Kinder, wenn wir draußen spielten, regelmäßig nachschauen liefen, ob vor dem Laden eine Schlange stand. Wenn ja, rannten wir sofort hin. Die Frauen in der Schlange schrieben uns eine Nummer in die Handfläche, wir erkundigten uns, was es gab, und rannten nach Hause, um Geld und Marken zu holen. Stundenlang standen wir, einander abwechselnd, in diesen Schlangen, um am Ende ein Kilo ungenießbarer Zellulosewurst oder ein dürres bläuliches Huhn zu erstehen.

Auch an andere Schlangen erinnere ich mich – während der überraschenden Geldreform 1991, als man innerhalb von nur drei Tagen sämtliches Bargeld in neue Scheine um-

tauschen musste. Da standen vor allem ältere Menschen an, denn Ersparnisse besaßen zu jener Zeit nur alte Menschen, die Geld für ihre Beerdigung zurücklegten. Dieses „Beerdigungsgeld“ wollten sie nun umtauschen. Die Alten wachten Tag und Nacht vor den Banken, manche starben in der Schlange. Die von der Regierung eingeräumte Frist von drei Tagen war von vornherein zu knapp bemessen. Viele schafften es nicht, ihr Geld umzutauschen, und waren plötzlich völlig verarmt. Einige Jahre später fuhr ich jeden Morgen auf dem Schulweg an einer Zeltstadt vorbei, in der Arbeiter des Motorenwerks campierten, die ein halbes Jahr lang keinen Lohn mehr bekommen hatten. Sie verbrachten den ganzen Herbst in diesen Zelten, um die Behörden auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Doch dann setzte Frost ein, und die Protestaktion endete von selbst; den ausstehenden Lohn erhielten die Arbeiter nie.

Armut ist in Russland keine Massenerscheinung mehr. In Abwandlung eines Ausspruchs der Königin aus „Alice im Wunderland“ könnte man sagen: Wir haben schon ganz andere Krisen erlebt, dagegen ist diese hier eine reine Wohltat. Natürlich gibt es auch jetzt Entlassungen und Gehaltskürzungen. Aber das tut nicht ernsthaft weh. Dieser Prozess ähnelt dem Platzen einer Seifenblase. Der Verlust der Arbeit und der Zusammenbruch von Firmen trifft Manager und Firmen, deren Tätigkeit unnütz und illusionär war, eine Produktion von Leere. Und das finde ich eher gut als schlecht, weil unsere Gesellschaft dadurch gesünder und nüchterner werden könnte.

Ich will versuchen zu erklären, was ich meine. Dazu muss ich weit ausholen. Alle wichtigen Ideen, die das nationale Bewusstsein und den Gang der Geschichte in unserem Land bestimmt haben, hat Russland von außen übernommen. Doch einmal auf russischen Boden gelangt, verloren die philosophischen Konzeptionen den Charakter abstrakter Ideen und wurden (von den Führern, der Intelligenz oder dem ganzen Volk) als direkte Anleitung zum Handeln begriffen. Darin liegt etwas Religiöses, selbst wenn diese Ideen an sich antireligiös waren, wie der Marxismus. Die letzte Idee, die wir nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vom

Übersetzung aus dem Russischen: Ganna-Maria Braungardt.

Westen übernommen haben, ist die Konsum-„Philosophie“, die den materiellen Wohlstand zu einem unumstößlichen Wert des Seins erklärt. Auf russischen Boden gelangt, wurde diese Idee sofort zum Idol, verwandelte sich vom menschlichen Wunsch nach einem Leben in Komfort in einen Kult des Geldes, des Reichtums und des schnellen Profits. Für die meisten Menschen im heutigen Russland bemisst sich der Sinn des Lebens in Dollar. Im Westen, scheint mir, ist die Konsumgesellschaft aus der protestantischen Ethik der Arbeit hervorgegangen, wo Verdienst und Arbeit in unmittelbarem Bezug zueinander stehen. In Russland dagegen traf die Ideologie des materiellen Wohlstands auf die in der Sowjetgesellschaft entstandene Abneigung gegen jegliche Arbeit, ja, deren Verachtung.

Der Geisteszustand der postsowjetischen Gesellschaft lässt sich mit dem unübersetzbaren Ausdruck *chaljawa* definieren, was so viel heißt wie „alles haben, ohne irgendetwas zu tun“. Die Helden des Massenbewusstseins sind Oligarchen und Diebe, die sich nur durch das Ausmaß ihres Diebstahls voneinander unterscheiden. Fernsehen, Werbung, Popmusik und Boulevardpresse (für die überwiegende Mehrheit die einzige Lektüre) hypnotisieren das Bewusstsein rund um die Uhr mit Beispielen schicken Lebens. Die Massenmedien reichen überall hin, darum sind die Menschen überall verblendet von der Gier nach Reichtum – in Moskau ebenso wie im entlegensten Dorf.

Die Eltern vermitteln ihren Kindern keinerlei andere Werte mehr. Nach der Schule wollen fast alle Volks- oder Betriebswirt werden. Zuletzt gab das Bildungsministerium sogar eine offizielle Erklärung heraus: Besinnt euch, so viele Manager braucht das Land nicht! Doch das hat nicht geholfen. Auf den Arbeitsmarkt drängen jedes Jahr Armen geldgieriger junger Menschen mit großem Appetit, gigantischer Faulheit und minimalen moralischen Hemmungen.

Relativ lange, fast zehn Jahre lang, passte sich die Wirtschaft – vermutlich dank Öl und Gas – dieser Lawine an. Und Menschen in der vollen Blüte ihrer geistigen und körperlichen Kräfte bekamen Geld dafür, dass sie tagelang in Büros herumsaßen, Computerspiele spielten, in Chatrooms mit gleichgesinnten „Schwerarbeitern“ plauderten und hin und

wieder einen Bericht verfassten, um den Anschein von Arbeit zu erwecken. Real gearbeitet, also Häuser gebaut und die Straßen gekehrt, haben, so schien es, in dieser Zeit nur illegale Migranten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, die manchmal am helllichten Tag auf offener Straße von Neonazis erschlagen wurden. Aber das ist ein anderes Thema.

Die Krise hat vor allem das Kartenhaus des Büro-Müßiggangs einstürzen lassen. Ich finde, das war nützlich. Nicht nur, weil eine Vielzahl bezahlter Nichtstuer eine Art Krebsgeschwür der Wirtschaft sind. Nichtstun wirkt sich ebenso wie erzwungene Arbeit auf das Bewusstsein aus, auf den Geist, es tötet die menschliche Würde. Die Überproduktion von Managern hat noch einen weiteren Aspekt. Wer sein Leben nach dem Diktat gesellschaftlicher Klischees und Moden ausrichtet (der Managerberuf ist heutzutage Mode, im Gegensatz zum Arzt- oder Lehrerberuf), büßt die Fähigkeit zu selbstständigem Denken ein. Der übernimmt ohne zu überlegen eine von außen aufgezwungene Lebensstrategie; ob sie ihm gefällt oder nicht, ob er für diese Tätigkeit geeignet ist oder nicht. Etwas zu tun, das man liebt, Nutzen zu bringen, sein Talent zu realisieren, Freude und Befriedigung bei der Arbeit zu empfinden – das alles sind für die meisten meiner Landsleute altmodische Anachronismen. Wichtig ist nur eines: Geld zu verdienen.

Dabei kann sich der Mensch ungeachtet aller gesellschaftlichen Klischees nicht selbst betragen. Wenn er sein Leben vergeudet, wird er zwangsläufig eine verborgene, alles vergiftende Wehmut empfinden – eine Wehmut des Unverwirklichten, der Vergeblichkeit, der Losgelöstheit von der eigenen Natur. Jemand hat vielleicht die Berufung, mit Kindern zu arbeiten, er wäre womöglich glücklich als Erzieher im Kindergarten. Oder seine Seele strebt zur Natur, und eine Arbeit als Förster wäre für ihn die Erfüllung. Stattdessen sitzt er tagelang in einem stickigen Büro und sagt wie ein Roboter immer wieder ins Telefon: „Unsere Firma möchte Ihnen folgende Produkte anbieten ...“

Nicht weniger zerstörerisch ist auch die massenhaft um sich greifende Besessenheit vom Kult des Reichtums. Ich fordere nicht dazu auf, ganz auf Geld zu verzichten, zur Naturalienwirtschaft überzugehen oder der Lebensweise indischer Yogis nachzueifern, die sich von Luft allein ernähren. Doch jede

Idee, zum Absoluten erklärt, wird zum Gift, das sowohl die Menschheit wie auch jeden einzelnen Menschen vergiftet. Die Konsumidee ist da keine Ausnahme.

Das russische Bewusstsein ist von seinem Wesen her radikal und utopisch. Darum streben die Menschen bei uns nicht einfach nach Wohlstand, sondern nach märchenhaftem, irrealem Reichtum. Das ist das Bild des Glücks, das die Massenmedien vermitteln. Die Regenbogenpresse wetteifert in der Beschreibung der Häuser von Popstars mit goldenen Klos und speziellen Autolifts, eigens dafür gedacht, dass man mit dem Auto bis ans Bett fahren kann. Wer nicht über die unermesslichen Schätze verfügt, die für das Glück unabdingbar sind, fühlt sich unglücklich. Obwohl es der Mehrheit bei uns, wie gesagt, heute weit besser geht als früher. Doch das reicht den Menschen nicht. Die Werbung weckt unersättliche Gier, zieht die Menschen in die üble Unendlichkeit des Konsums. Das alles schafft ein ungesundes psychologisches Klima. Passanten auf der Straße sind aggressiv, unfreundlich, düster, stets auf Konflikt aus. Zurückstecken, wenn es irgendwie um Geld geht, und sei es eine noch so lächerliche Summe, ist absolut ausgeschlossen.

Ich werde nie vergessen, wie eine dicke Schaffnerin in einem Überlandbus eine alte Frau, die um eine kostenlose Fahrt zum Krankenhaus bat, mit obszönen Flüchen beschimpfte. Eine Fahrkarte kostete 20 Rubel (50 Eurocent). Doch die Frau glaubte allen Ernstes, dass der erträumte Palast mit den goldenen Kloschüsseln in noch weitere Ferne rücken würde, wenn sie jetzt Barmherzigkeit zeigte. Die ganze Fahrt über schrie sie, als ginge es um Leben und Tod. Dabei leben alte Menschen in Russland, besonders auf dem Land, in der Regel unterhalb der Armutsgrenze. Der Staat zahlt ihnen so geringe Renten, dass es nicht einmal für das Lebensnotwendigste reicht. Und für die Großmutter, die um eine kostenlose Fahrt zum Krankenhaus bat, waren 20 Rubel eine unerschwingliche Summe. Eigentlich war das Volk in Russland immer barmherziger als der Staat. Heute aber droht der Kult des Reichtums in den Herzen der Menschen die Barmherzigkeit zu übertönen, die sie selbst während des Stalin'schen Terrors bewahrt hatten. Ich lebe in einem Dorf bei Moskau. Laut Gesetz müssen die Fahrer von Minibussen alte Menschen zum halben

Preis befördern. Um sich davor zu drücken und zehn Rubel zu sparen (25 Eurocent), haben alle Fahrer die unterste Einstiegsstufe abgebrochen, und nun können nur noch junge, gesunde Menschen den Bus benutzen, denen man keinen Preisnachlass gewähren muss.

Aggressiv reagieren die Menschen nicht nur auf geringfügige, auch eingebildete, Angriffe auf ihre Einnahmen. Echten, unverhüllten Hass wecken Menschen (eine Minderheit), die anders leben, sich nicht dem Kult des Geldes unterwerfen. Versucht jemand in der oben beschriebenen Situation, die Fahrkarte für die alte Frau zu bezahlen, richtet sich die Wut der Schaffnerin nun gegen ihn. Und zwar mit doppelter Macht. „Diese Reichen! Werfen mit Geld um sich! Wieso fahren sie Bus, sollen sie doch Auto fahren!“

Doch das ist eher eine anekdotische Begebenheit. Hier nun ein wirklich schlimmes Beispiel: In Moskau arbeitet die Ärztin Jelisaweta Glinka, Doktor Lisa, wie sie genannt wird. Sie fährt jede Woche auf den Bahnhof, um Obdachlose medizinisch zu versorgen. Anders als in Europa ist das Sozialsystem in Russland in einem embryonalen Zustand. Möglich, dass Obdachlosen laut Gesetz eine medizinische Versorgung zusteht, real aber ist es für diese Menschen unmöglich, in ein Krankenhaus zu kommen. Also geht Doktor Lisa zu ihnen, um zu helfen. Freiwilling. Weil sie nicht anders kann. Und dafür trifft sie ungebremster Hass. Natürlich nicht von Seiten der Obdachlosen, sondern von Seiten gut situerter Bürger, die in der Zeitung von Doktor Lisa lesen und ihre Ruhe einbüßen. Weil ihnen hier ein ganz anderes Verhaltensmodell gezeigt wird, eines, das nicht auf Nehmen gerichtet ist, sondern auf Geben. Und das ist für viele eine unerhörte Provokation, gegen die sie sich mit aller Kraft schützen, bewahren wollen. Doktor Lisa bekommt jeden Tag anonyme SMS mit Drohungen und Beschimpfungen. Obwohl sie ihr Verhalten nicht propagiert, niemandem Vorwürfe macht, nicht dazu aufruft, ihr zu folgen, sondern einfach nur tut, was sie tut.

Oligarchen hingegen, von denen jeder Dorftrunkenbold weiß, dass sie ihren Reichtum kaum auf redliche Weise erworben haben, wecken bei niemandem Hass. Sie werden bewundert, bestaunt, ja, sogar verehrt. Der Kult des Geldes verwischt die Hierarchie der moralischen Werte, Reichtum macht den

Menschen zum unantastbaren Himmelsbewohner, für den die allgemeinen Normen von Recht und Gewissen nicht gelten.

Einen Beitrag zur allgemeinen Passivität und Trägheit leistet nach wie vor das russische Schulwesen; ein zu umfassendes Thema, um hier detailliert darauf einzugehen. Beschränken wir uns deshalb auf einen naheliegenden Aspekt: den Literaturunterricht. Der Lehrplan in diesem Fach beruht zu 90 Prozent auf der russischen Prosa des 19. Jahrhunderts und wird vermittelt wie zu Sowjetzeiten, unter dem Aspekt des sozialen Determinismus. Das ist ein sehr bequemer Standpunkt. So lassen sich beliebige, auch die ungeheuerlichsten Taten mit gesellschaftlichem Druck begründen. Raschkinow zum Beispiel erschlug die Alte, weil er nichts zu essen und kein Geld für die Miete hatte, das heißt, nicht er ist Schuld, sondern das abnorme soziale Milieu, die wirtschaftlichen Bedingungen, die Gesellschaftsordnung. Im Rahmen der kommunistischen Propaganda war eine solche Interpretation durchaus logisch. An literarischen Beispielen wurde den Kindern erklärt, dass früher, vor der Revolution, alles schlecht gewesen, jetzt hingegen alles gut sei und noch besser werden würde.

Die Sowjetunion ist längst zusammengebrochen, doch die Literatur wird noch immer auf diese Weise vermittelt. In den Schulen arbeiten ja vor allem ältere Frauen, die weiter so unterrichten, wie sie selbst es einmal gelernt haben. Die ideologische Komponente des sozialen Determinismus ist weggefallen, geblieben ist als nüchterner Bodensatz eine höchst bequeme Idee: Der Mensch ist nicht für sein Handeln verantwortlich, an allem ist die Umgebung schuld. Das ist eine generelle Eigenschaft des Menschen – die Schuld auf andere zu schieben. Und es ist Sache der Erziehung, diese natürliche Neigung nicht zu fördern, sondern ihr entgegenzuwirken, das Kind ständig an seine persönliche Verantwortung zu erinnern. Bei uns aber geschieht genau das Gegenteil.

Die Stagnation des Schulwesens ist nur eine von vielen Ursachen für die totale Verantwortungslosigkeit in der heutigen russischen Gesellschaft. Bei älteren Menschen spielt hier natürlich ihre sowjetische Vergangenheit eine Rolle, denn in der UdSSR gab es keine persönliche Verantwortung, nur eine kollektive, und wenn alle verantwortlich sind, ist letztendlich niemand verantwortlich. Kaum je-

mand in Russland fühlt sich verantwortlich für das, was im Land vorgeht. Schuld sind immer andere: die Regierung, die Abgeordneten, die Amerikaner, die illegalen Migranten, die Nachbarn, die eigene Familie. Im Massenbewusstsein wirkt noch immer die von der sowjetischen Ideologie in Gang gesetzte Mechanik der Suche nach einem äußeren Feind fort. Es fehlt die Erkenntnis, dass man selbst versuchen kann, eine Situation, die einem nicht gefällt, zu ändern. Nicht zu warten, bis jemand anders das erledigt, sondern selbst zu handeln. Selbst wenn es nicht zu deinen unmittelbaren Pflichten gehört.

Ein anschauliches Beispiel. Ein gebildeter Mann beklagte sich bei mir lange und wütend über seine Nachbarn, die während der Renovierung ihren Müll einfach vor die Haustür warfen (auch das ein charakteristischer Zug der sowjetischen Mentalität). Seit Monaten vergifte dieser Bretterhaufen ihm das Leben. Jeden Tag empfinde er echte Qualen, wenn er daran vorbeigehe. Ich deutete vorsichtig an, wenn ihn dieser Müll so sehr störe, könne er ihn doch einfach wegräumen, statt sich weiter nervlich zu zermürben. Er war aufrichtig erstaunt: „Warum soll ich etwas wegräumen, das ich nicht hingeworfen habe? Die müssen das wegräumen!“ – „Aber es ist doch offensichtlich, dass sie das nicht tun werden. Sie stört der Haufen nicht. Er stört dich. Und du könntest diese traumatische Situation, die dich schon Monate deines Lebens gekostet hat, binnen einer halben Stunde beseitigen.“ Der intelligente Mann verstand nicht, wovon ich redete, und war sogar beleidigt. Der Müllhaufen liegt noch immer vor seiner Haustür, und er tut nichts anderes mehr, als Beschwerden zu schreiben und der Stadtverwaltung die Türen einzurennen, um zu erreichen, dass irgendjemand den Müll beseitigt.

Selbst da, wo man etwas ändern könnte, bleiben die Menschen passiv und warten, dass ein anderer etwas tut. Andererseits ist in Russland alles auf die Unterdrückung privater Initiativen gerichtet. Deshalb geben selbst die wenigen, die aus eigener Kraft etwas unternehmen wollen, oft auf. Der Staat hat aktive Einzelkämpfer nie gefördert. Doch in den 1990er Jahren hat er sie zumindest nicht behindert. Und die Menschen erwachten gleichsam. Es entstanden gesellschaftliche Organisationen, die versuchten, ohne auf die Gnade des Staates zu warten, auf unterster Ebene die

schlimmsten sozialen Probleme zu lindern, Waisen, Behinderten, alleinstehenden alten Menschen und Flüchtlingen zu helfen.

Ich arbeite bei einer Zeitung. Diese Arbeit macht mir immer weniger Freude. Denn in den vergangenen Jahren muss ich nur noch darüber schreiben, wie staatliche Beamte private Initiativen unterdrücken, wie sie zielgerichtet zerstören, was erfolgreich funktionierte und den Menschen half. Anders als in Europa hat die Presse in Russland keinerlei Einfluss auf das gesellschaftliche Leben. Ein Beamter, der in der Zeitung kritisiert wird, tut trotzdem seelenruhig weiter das, wofür er kritisiert wurde. Darum können Journalisten die Vernichtung privater Initiativen lediglich konstatieren, sie aber nicht stoppen. Auch direkte Einmischung bleibt nutzlos: offizielle Anfragen, Proteste, Briefe an den Präsidenten mit Hunderten oder Tausenden Unterschriften. Europäische Mechanismen der Einflussnahme der Zivilgesellschaft auf den Staat sind in Russland wirkungslos.

Das Ergebnis ist, dass engagierte, aktive, professionelle Menschen, die auf eigene Initiative etwas Notwendiges taten, heute nicht weiterarbeiten können. Ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihr leidenschaftlicher Wunsch zu helfen bleiben ungenutzt. Viele von ihnen verzweifeln, verlieren den Glauben an sich, an die Möglichkeit, etwas zu tun. Schließlich wurde das, was sie in jahrelanger mühevoller Arbeit aufgebaut hatten, mit einem einzigen Federstrich zerstört. Nur sehr starke und mutige Menschen verkraften einen solchen Schlag, zumal die Unterdrückung privater Initiativen nicht Zufall oder Dummheit ist, sondern bewusste und gezielte staatliche Politik. In allen Bereichen werden Profis durch offenkundige Nichtprofis ersetzt, durch vom Staat ernannte Karrieristen. Alles, was sie können, ist, vor der Kamera posieren und schöne Worte sagen, die den Anschein eifriger Tätigkeit erwecken. Dafür sind sie fügsam und dadurch äußerst bequem.

Zum Beispiel hat der Präsident Alexej Gowan vom Posten des Kinder-Ombudsmannes der Föderation entbunden – einen Mann, der sich seit 20 Jahren um den Kinderschutz kümmerte, den das ganze Land kannte und liebte, Beamte aller Ebenen hingegen hassten und fürchteten. An seiner Stelle wurde ein populärer Fernsehmoderator ernannt, der noch nie

im Leben etwas mit Kinderschutz zu tun hatte. Dafür ist er der Gründer und Leiter der treuen Untertanen-Bewegung „Für Putin“. Die Logik dahinter kann ich nicht erkennen. Mir scheint überhaupt, wenn man versucht, hinter dem Handeln des russischen Staates eine Logik zu suchen, kann man leicht den Verstand verlieren, denn es gibt keine, alles ist undurchschaubar und unausweichlich absurd wie in den Werken von Franz Kafka.

Möglicherweise hat die Unterdrückung privater Initiativen mit dem Wunsch des Staates nach totaler Kontrolle zu tun, der die relative Freiheit der 1990er Jahre abgelöst hat. Hinter diesem Wunsch steht womöglich ein Minderwertigkeitskomplex, die Unsicherheit und Angst hoch gestellter Beamter, die im Grunde ihres Herzens wissen, dass sie nicht auf ihren Posten gehören. Doch das heutige Leben in Russland ist ja generell so seltsam und unklug eingerichtet, dass viele Menschen auf dem falschen Posten sitzen.

Die Krise der Verantwortung, von der ich bereits sprach, betrifft natürlich auch die Staatsmacht. Menschen, die in die führende Klasse streben, begreifen die Macht als Freifahrtschein, als ein „alles ist erlaubt“, als einen Garant für Ruhm und unbegrenzten Zugang zu Finanzströmen. Kaum jemand begreift Macht als Verantwortung. Darum verhalten sich Menschen, die an die Spitze gelangt sind, wie Übergangsherrscher, wie Usurpatoren, deren Ziel nur darin besteht, ein möglichst großes Stück vom Kuchen zu bekommen und dann rasch wegzulaufen, damit es ihnen nicht wieder abgenommen wird. Sie denken nicht an die Zukunft, sie können oder wollen auch die allernächsten Folgen ihrer Handlungen nicht vorhersehen.

Nehmen wir einen Teilaspekt, das Verhältnis zu den nationalen Ressourcen. Es ist ganz offensichtlich, dass parallel zur Ausbeute die Erforschung neuer Lagerstätten erfolgen muss. Doch laut Aussagen von Geologen wird schon seit Jahren in Russland nur ausgebeutet. Das einzige Unternehmen, das auch geologische Erkundungen betrieb, war Michail Chodorkowskis „Jukos“. Es hat den Anschein, als wollten alle übrigen einfach nicht lange in diesem Land bleiben, weshalb es sie kein bisschen kümmert, was wird, wenn die jetzigen Lagerstätten erschöpft sind. Hauptsache, für sie reicht es.

Ein weiteres Beispiel für derartige Verantwortunglosigkeit sind die Monostädte, künstlich geschaffene Ansiedlungen um ein einziges Werk oder eine einzige Grube. Ist der Betrieb pleite oder schließt, geht die Kohle in der Grube zu Ende, sind fast alle Einwohner der Monostädte ohne Arbeit. Der Staat übernimmt nichts, um ihnen zu helfen. Er überlässt sie der Willkür des Schicksals. Wie die Menschen an solchen Orten überleben, ist Soziologen ein Rätsel. Fortgehen können sie nicht, weil sie kein Geld haben, um in einer anderen Stadt eine Wohnung zu kaufen oder zu mieten. Dieses Problem hat sich verschärft, weil es den Oligarchen, denen die wichtigsten Produktionszweige gehören, wegen der Finanzkrise schlechter geht. Im Frühsommer blockierten Einwohner der Stadt Pikalewo im Leningrader Gebiet, die im örtlichen Zementwerk arbeiteten, die Bundesstraße. Das Werk war bankrott, und über 20000 Menschen waren ihrer Existenzgrundlage beraubt. Der Premierminister nutzte die Situation in Pikalewo für eine PR-Aktion. Er fuhr persönlich zu den Menschen, die die Straße blockierten, schrie den Oligarchen, dem das bankrotte Zementwerk gehörte, öffentlich an, und bald darauf wurde die Produktion wieder aufgenommen, die Arbeiter bekamen sogar den noch ausstehenden Lohn ausgezahlt. Doch als die Spannungen sich gelegt hatten und die Situation in Vergessenheit geraten war, wurde in der Staatsduma in aller Stille ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Blockade von Fernstraßen verbietet. Ein solches Vergehen soll nun eine Geldstrafe vorsehen, die dem Jahreseinkommen eines durchschnittlichen Bürgers in Russland entspricht, oder zwei Jahre Gefängnis für die Protestierenden.

Auch der Oligarch, den der Premierminister öffentlich angeschrien hatte, ging nicht leer aus. Ihm gehört das berühmte Zellulosekombinat am Baikalsee, dessen giftige Abwässer den See und den Boden in einem Umkreis von mehreren Kilometern vergiften. Umweltschützer und gesellschaftliche Aktivisten kämpfen seit Beginn der 1980er Jahre gegen diesen Betrieb. Viel Kraft investierte auch der russische Schriftsteller Valentin Rasputin in diesen Kampf. Und – o Wunder! – 2008 wurde das Zellulosekombinat endlich geschlossen. Doch im Januar dieses Jahres erlaubte der Premierminister dem gekränkten Oligarchen, den Baikalsee erneut mit Industrieabwässern zu verseuchen, das Werk nahm seine Ar-

beit wieder auf. Innerhalb von zwei Wochen nach diesem Beschluss unterschrieben rund 18000 Menschen den Protest gegen die Wiederinbetriebnahme des Kombinats. Doch das führte lediglich dazu, dass die Miliz das Büro der Umweltorganisation durchsuchte, die sich für die Erhaltung des Baikalsees einsetzt. Sämtliche Computer wurden beschlagnahmt, die Website mit der Unterschriftensammlung für eine Petition an den Präsidenten wurde gesperrt.

Derartigen Geschichten begegnet man auf Schritt und Tritt. Mitunter scheint es, als gebe es keinerlei Hoffnung. Aber das stimmt nicht. Wenn gesellschaftlicher Widerstand unmöglich wird, bleibt immer noch der private Widerstand – auf der Ebene der Familie oder des Einzelnen. Dabei rede ich nicht von irgendwelchen Aktionen gegen den gewissenlosen Staat oder die gedankenlose Mehrheit. Mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen ist unsinnige Kraftverschwendung. Ich rede davon, anders zu leben, menschlich, durch sein eigenes Leben ein Gegengewicht gegen die allgemeine Gedankenlosigkeit, die Gier und Bösartigkeit zu schaffen. Viele Menschen wagen nicht, so zu handeln, nicht einmal im privaten Bereich, weil sie überzeugt sind, dass es im Leben nur zwei Möglichkeiten gibt: fressen oder gefressen werden. Aber das ist nicht wahr. In jeder Situation gibt es eine Möglichkeit, zwischen Scylla und Charybdis durchzuschlüpfen und in freies Gebiet zu gelangen, wo niemand niemanden auffrisst.

Vor einiger Zeit habe ich die Erinnerungen von Alexander Gesalow gelesen, eines Zöglings einer staatlichen Einrichtung für Waisenkinder. Das sind in Russland schreckliche Orte, einer Kaserne oder einem Gefängnis ähnlich, die die Psyche eines Kindes unwiederbringlich deformieren. Der Autor beschreibt die Hackordnung im Kinderheim: Stets schlugen die Älteren die Jüngeren und ließen sie für sich arbeiten. Dann wuchsen die Jüngeren heran und gaben die erlittenen Demütigungen und Kränkungen an die nächste Generation weiter. Das wiederholte sich Jahr für Jahr. Und plötzlich bekam dieses bewährte System einen Knacks. Gesalow schreibt, dass er sich gleich zu Anfang, als er in diesen ausweglosen Kreislauf sich selbst reproduzierender Gewalt geraten war, das Versprechen gegeben habe, niemals Jüngere zu quälen und zu tyrannisieren. Und er

hielt sein Versprechen, trotz gewaltiger Widerstände der Umgebung. Heute ist Gesalow erwachsen. Eigenhändig hat er im Norden Russlands drei Kirchen gebaut. In seiner Stadt hilft er, so scheint es, allen Unglücklichen und Einsamen. Obdachlosen Kindern, jugendlichen Strafgefangenen, minderjährigen Müttern, Babys, die von ihren Müttern schon auf der Entbindungsstation verlassen wurden. Alles Geld, das er verdient, verteilt er umgehend an Bedürftige.

Oder die Geschichte von Antonina Markarowa, früher einmal Stadtführerin, die in der alten russischen Stadt Susdal lebt. Inzwischen ist sie über achtzig. Ihre Rente reicht, wie die aller russischen Rentner, gerade mal für die Miete. Doch Oma Tonja, wie sie hier genannt wird, beklagt sich nicht. Sie fertigt Filzstiefel und verkauft sie an Touristen – jeder zahlt, was er für angemessen hält. Das gesamte Geld gibt sie den Waisenhäusern der Umgebung. In einem davon finanzierte sie eine neue Heizung, weil die alte kaputt war. Für ein anderes Waisenhaus, in dem gehörlose Kinder leben, kaufte Oma Tonja moderne medizinische Geräte. Allen Kindern macht sie Geschenke zum Geburtstag und zu Feiertagen, und den Pflegerinnen, die vom Staat miserabel entlohnt werden, zahlt sie Prämien. Ich habe diese Oma mit eigenen Augen gesehen. Es herrschte strenger Frost am russischen Weihnachtsfest. Sie stand mit ihren Filzstiefeln auf der Straße und weinte. „Warum weinen Sie?“, fragte ich. „Ich möchte alle Tränen auf dieser Welt weinen, damit für euch keine mehr übrig sind“, sagte Oma Tonja lächelnd und hörte nicht auf zu weinen.

Wir können also eine Krise der Macht konstatieren, eine Krise der privaten Initiative, eine Krise der Verantwortung und eine Krise der elementaren Menschlichkeit. Das alles gibt es im heutigen Russland. Aber andererseits gibt es bei uns auch Oma Tonja, Alexander Gesalow, Doktor Lisa und viele andere gute Menschen, die sich der Gleichgültigkeit und dem allumfassenden Egoismus widersetzen. Es gibt also Hoffnung. Ich sehe meine Aufgabe darin, solche unauffälligen Helden zu finden und von ihnen zu erzählen, um den Menschen, die an mangelnder Güte und Liebe leiden, ein Stück nicht erfundener Hoffnung zu geben, und sei sie noch so klein.

Susanne Schattenberg

Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie

Das Ende der Sowjetunion sei eine „gesamtnationale Tragödie von gewaltigen Ausmaßen“ gewesen, meinte der russische Präsident Wladimir Putin 2004, und fügte ein Jahr später hinzu, der Untergang der einstigen Supermacht sei zugleich „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.¹ Während dem Politiker ein sol-

Susanne Schattenberg

Dr. phil., geb. 1969; Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas, Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Klagenfurter Straße 3, 28359 Bremen. schattenberg@uni-bremen.de

ches Urteil nicht schwer fällt und sich Teile der nun zu verschiedenen Staaten gehörenden ehemaligen sowjetischen Bevölkerung nach früherer Größe und Stärke sehnen, haben sich die Historiker erst wenig mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion auseinandergesetzt. Zum einen sind 20 Jahre für die Zunft keine Zeit; die historische Rolle Michail Gorbatschows werde man erst an der Schwelle zum 21. Jahrhundert wirklich erfassen können, so 1995 der Historiker Dmitri Wolkonow.² Zum anderen bescherte der Zusammenbruch der Sowjetunion den Historikern in West wie Ost erst einmal eine Krise: Die Sowjetologen im Westen fragten sich, warum sie den Zusammenbruch der Supermacht nicht hatten voraussehen können.³ Verdankte sich der großzügige Ausbau der akademischen Osteuropaforschung nicht gerade der „Feindforschung“, die offenbar kläglich versagt hatte?

Während die Zunft kritisch mit sich selbst ins Gericht ging, setzte in Deutschland die

¹ Poslanie Prezidenta RF V. V. Putina Federal'nomu Sobraniju RF, 25 aprilja 2005 g.

² Vgl. Dmitrij Volkogonov, *Sem' vozdej. Galereja liderov SSSR v 2ch knigach*, Bd. 2, Moskau 1995, S. 283.

³ Vgl. Stefan Creuzberger et al. (Hrsg.), *Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion*, Köln 2000.

Politik den Rotstift an und strich einige Geschichtsprofessuren, mehrere Slawistik-Lehrstühle und fast alle Politikprofessuren, die auf Osteuropa spezialisiert waren. Die „Kremologen“ in den USA wurden nicht auf diese Weise abgestraft. Dafür loderte der Streit zwischen den zwei Schulen der „Totalitaristen“, welche die Sowjetunion als Werk einer kleinen, gewalttätigen Putschistengruppe sahen, die über siebzig Jahre lang das Volk terrorisiert hatte, und den „Revisionisten“, die in der Sowjetunion den Staat der Arbeiter erkannten, die sich hier eine bessere Zukunft verwirklichten, ein letztes Mal auf. Richard Pipes polemisierte, von der sozialgeschichtlichen Geschichtsschreibung der Revisionisten werde nur eine Fußnote übrigbleiben; die Öffnung der Archive werde all ihre sowjetfreundlichen Elaborate Lügen strafen.^f In Frankreich war der Prozess der Selbstgeißelung besonders schmerzhaft: Die Reaktion auf die zuvor existierende latente bis manifeste Sympathie mit dem sozialistischen Land fand ihren Ausdruck im „Schwarzbuch des Kommunismus“, das die Geschichte der Sowjetunion auf den Terror und das Zählen der Opfer reduzierte.^f

Ende der Geschichte

Während im Westen Osteuropaspezialisten um Stellen, Selbstverständnis und Sympathisantentum rangen, wurde in Russland eine ganze Zunft enturzelt und auf dem „Kehrichthaufen der Geschichte“ entsorgt. In der Sowjetunion hatte man nicht bloß „Geschichtswissenschaft“, sondern die gesamte Weltgeschichte als „Geschichte der KPdSU“ studiert. Nach dem Verbot der Partei im August 1991, der Diskreditierung der Ideologie und dem Einzug des Kapitalismus auf dem Arbeitsmarkt wurde Geschichte zur brotlosen Kunst: Akademiemitglieder, Universitätsangestellte oder Museumsfachleute suchten sich Zweit- und Drittjobs, um ihre miserablen Löhne aufzubessern. Wer Glück hatte, blieb im Metier und schrieb für Manager-Magazine populärwissenschaftliche Geschichtses-

^f Vgl. Richard Pipes, 1917 and the Revisionists, in: *The National Interest*, 31 (1993) 1, S. 68–79, hier: S. 79.

^f Vgl. Stéphane Courtois et al. (Hrsg.), *Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998².

says; wer weniger Glück hatte, verdingte sich als Möbelpacker. Wer die Zeichen der Zeit begriff und die Chance dazu hatte, machte einen Crashkurs in westlichen Theorien, von Max Weber über Pierre Bourdieu bis Michel Foucault, und verschwand ins Ausland, vornehmlich an eine amerikanische Universität. Das Ergebnis: Viele der besten Köpfe sind Professoren in den USA geworden; in Russland gibt es noch die „alte Garde“ der hochbetagten Akademieapparatschiks und einige junge, viel versprechende Historikertalente. Aber die Generation dazwischen ist fast nicht existent. Die russische Historikerzunft beginnt sich nach dem Weltuntergang von 1991 erst langsam wieder zu regenerieren.

Die Historiker, die sich nicht mit Nabelschau oder der eigenen Existenzsicherung beschäftigten, interessierten sich weniger für Ursachen und Folgen von 1991 als für die Hochzeit des Stalinismus in den 1930er Jahren und den Großen Terror. Während sie die Geschichte der Sowjetunion von hinten aufrollen und sich langsam in die Chruschtschow-(1953–1964) und Breschnew-Zeit (1964–1982) vorarbeiten, bleibt ein gravierendes Problem bestehen: Das Russländische Staatsarchiv für Neuste Geschichte (Rossiiskii Gosudarstvennyi Arkhiv Noveishei Istorii/RGANI), das die zentralen Aktenbestände für die Zeit nach 1950 verwahrt, ist kaum zugänglich: Es hat nur an drei Tagen pro Woche geöffnet, Lesern ist das Verwenden eines Laptops untersagt, und die meisten Bestände sind gesperrt oder nur in Teilen einsehbar.

Krise oder Selbstmord?

Es ist vielleicht nicht erstaunlich, dass sich auch zum Ende der Sowjetunion zwei gegenläufige Meinungen entwickelt haben. Die noch vorherrschende Lehrmeinung scheint auch die „logische“ und für den westlichen Beobachter plausible Erklärung zu sein: Die Sowjetunion befand sich in der Krise und hatte sich delegitimiert: Der Marxismus-Leninismus war zur Kulisse verkommen und wurde seit den 1960er Jahren zunehmend verlacht und verhöhnt.^f Wirtschaftlich konnte sie mit den USA nicht Schritt halten und die

^f Vgl. Gerhard Simon, *Das Ende der Sowjetunion. Ursachen und Zusammenhänge*, in: *Zeitschrift für internationale Fragen*, 47 (1996) 1, S. 9–21, hier: S. 14.

Konsumwünsche der eigenen Bevölkerung nicht befriedigen; der Rüstungswettlauf hatte sie an den Rand des Ruins gebracht, und die aufflammenden Nationalitätenkonflikte taten ein Übriges, um dem maroden Koloss den Todesstoß zu versetzen.⁷ Gern wird dem Zusammenbruch eine gewisse Gesetzmäßigkeit zugeschrieben, oder er wird mit der westlichen Geschichte parallelisiert: Danach war der Zerfall des Vielvölkerreichs eine „nachholende Entwicklung“, die die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ beendete.⁸ Zuweilen wird ein makrohistorischer Rahmen bemüht. Die Geschichte Russlands müsse in drei großen Modernisierungszyklen gedacht werden: Von Peter I. bis 1856 habe das Land militärisch nachgerüstet und sei bis 1970 industrialisiert worden. Im Mikrochipbereich habe die UdSSR dann nicht mehr mithalten können.⁹

Dem widersprechen so prominente Experten wie der Gorbatschow-Spezialist Archie Brown, Politologe in Oxford, und Stephen Kotkin, Geschichtspräsident in Princeton.¹⁰ Beide vertreten vehement und pointiert die „Selbstmord-These“. Es habe bis zu Gorbatschows Machtantritt keine Krise gegeben: Die Wirtschaft lief schlecht, aber sie lief, der „militärisch-industrielle Komplex“ verschlang unglaubliche Ressourcen, aber das war in den USA auch nicht anders, und die Bevölkerung hatte sich in der Sowjetunion in bescheidenem Wohlstand eingerichtet. Erst der neue Generalsekretär habe so grundlegend an den Säulen des Regimes gerüttelt, dass er den Zusammenbruch *volens volens* herbeiführte: „Der Leninismus beging Selbstmord, und nichts trat an seine Stelle“,¹¹ so Kotkin. Diese diametral entgegengesetzten Thesen, die noch lange nicht das Stadium einer offenen, fruchtbaren, erkenntnisfördernden Debatte erreicht haben, gehen auf sehr unterschiedliche Grundannahmen über die Sowjetunion im Speziellen und die Geschich-

te im Allgemeinen zurück. Vor dem Hintergrund eines westlichen Fortschrittdenkens, das sich an Demokratie und Marktwirtschaft orientiert, musste die Sowjetunion als krisengeschüttelt erscheinen. Wenn man allerdings auf einen solchen universellen Maßstab verzichtet und die Sowjetunion an ihren eigenen Normen, Werten und Wahrheiten misst, dann schien die Sowjetunion so stabil und gefestigt wie nie zuvor.

„Alles war für immer, bevor es verschwand“, heißt daher auch das vielbeachtete Buch von Aleksei Yurchak, Professor für Anthropologie in Princeton und selbst gebürtiger „Sowjetmensch“.¹² Yurchak vertritt die These, dass die Sowjetunion das Stadium der „Normalität“ erreicht hatte; die Masse der Bevölkerung habe sie als gegeben hingenommen und „mitgemacht“: bei den Maiparaden, bei Komsomolveranstaltungen, zur Revolutionsfeier. Dieses reine „Mitmachen“ sei aber kein Ausdruck für mangelnden Glauben und fehlende Überzeugung gewesen, sondern die Alltagspraktiken hätten als rituelle Bestätigung des Systems gedient. Yurchak spricht von einer „performativen Verschiebung“, die das Existenzrecht der Sowjetunion nicht unterhöhlte, sondern im Gegenteil zu einer Wahrheit werden ließ, welche die wenigsten noch hinterfragten.

Generationenthese

Yurchak beschreibt dieses Phänomen für die letzte sowjetische Generation, die in den 1970er/1980er Jahren sozialisiert wurde und die Vladislav Zubok, in Moskau ausgebildeter Historiker, heute Professor in den USA, verächtlich nur die „zynischen Konformisten“ schimpft.¹³ Tatsächlich lohnt es sich, dem Trend zu folgen und die verschiedenen sowjetischen Generationen in ihrer spezifischen Lebenssituation zu untersuchen. Neueste Studien zeigen, dass eine Reihe von Generationen unterschieden werden kann: Jene, die (um 1906 geboren) die Sowjetunion baute und zu der Leonid Breschnew (1906–1982), Juri Andropow (1914–1984) und Konstan-

⁷ Vgl. Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998².

⁸ G. Simon (Anm. 6), S. 9.

⁹ Vgl. Francis Fukuyama, *The Modernizing Imperative. The USSR as an Ordinary Country*, in: *The National Interest*, 31 (1993) 1, S. 19–25.

¹⁰ Vgl. Archie Brown, *Seven Years that changed the World. Perestrojka in Perspective*, Oxford 2007; Stephen Kotkin, *Armageddon Averted. The Soviet Collapse, 1970–2000*, Oxford-New York 2008².

¹¹ S. Kotkin (ebd.), S. 188.

¹² Alexei Yurchak, *Everything was forever, until it was no more. The Last Soviet Generation*, Princeton, NJ-Oxford 2006.

¹³ Vladislav Zubok, *Zhivago's Children. The Last Russian Intelligentsia*, Cambridge, MA 2009, S. 315.

tin Tschernenko (1911–1985) gehörten, ihre (in den 1930er Jahren geborenen) Kinder, die neuen *shestidesjatniki* („Sechziger“), die im Geiste der zaristischen Intelligenzija die Sowjetunion in den 1960er Jahren in Frage stellten,¹⁴ die Enkel, auch „Sputnik-Generation“ oder „Babyboomer“ genannt (Jahrgang 1949/50),¹⁵ die sich nicht um Partei und Politik, sondern um Kultur und Karriere kümmerten, und schließlich die letzte Generation der „Ur-Enkel“, die nur noch an Konsum dachte.

Nimmt man diese ersten, vorläufigen Ergebnisse zu vier Generationen ernst, dann scheint es nicht erstaunlich, dass von außen keine Krise erkannt wurde, denn die letzten zwei Generationen waren eher Konformisten, die sich in der Sowjetunion eingerichtet hatten und weder den Stalin'schen Terror der 1930er Jahre noch das Grauen des Großen Vaterländischen Krieges erlebt hatten, und auch nicht die bleierne Zeit der Angst des Spätstalinismus. Folgt man dieser These weiter, dann gehörte Michail Gorbatschow, Jahrgang 1931, zur Generation der Dissidenten. Tatsächlich sah er sich selbst als *shestidesjatnik* und war mit dem tschechoslowakischen Dissidenten Zdeněk Mlynář befreundet, mit dem er von 1950 bis 1955 in Moskau Jura studiert hatte.¹⁶

Gorbatschow, der Radikalreformer

Gorbatschows Memoiren lassen keinen Zweifel daran, dass er Staat, Partei und Wirtschaft schon 1978, als Andropow ihn als Politbüromitglied nach Moskau holte, in einer tiefen Krise sah. Das ganze Land habe den „Rat der Greise“ nicht mehr ernst genommen.¹⁷ Gorbatschow, der voller Tatendrang war, der an den Leninismus, an Reformen und einen Aufbruch glaubte, der sich als Landwirt-

schaftsexperte und nicht als Apparatschik verstand, sah sich im Politbüro mit einer Reihe alter Männer konfrontiert, der „Generation der Erbauer“, alle in ihren 70ern, die das Land nicht mehr wahrnahmen, die nur darauf bedacht waren, das innere Gleichgewicht im Politbüro nicht zu stören, die aus Angst vor Veränderung den arbeitsunfähigen Breschnew nicht absetzten und aus dem gleichen Grund noch zwei weitere Mitglieder ihrer Altersgruppe auf den Thron hievten. Gorbatschow litt unter dem absurden, grotesken, menschenunwürdigen Totenreigen im Politbüro, wenn alle so taten, als ob Breschnew oder später Tschernenko etwas zu sagen hatte, obwohl beide akustisch nicht mehr zu verstehen waren. Er erkannte, dass es gar keinen Kampf zwischen „Konservativen“ und „Reformern“ gab, sondern die verschiedenen Interessengruppen nur um Macht und Einfluss rangen; er wurde aufgenommen, weil er das Gleichgewicht der konkurrierenden Klientelen nicht störte.

Gorbatschow beschreibt sehr eindringlich die Krise und Endzeitstimmung, die er verspürte, gibt aber gleichzeitig zu Protokoll, dass dies der Blick eines Insiders war, während die Bevölkerung nicht wissen konnte, dass sie unter Breschnew und Tschernenko zehn Jahre lang von Männern regiert wurde, die physisch dazu nicht mehr in der Lage waren. Für ihn folgte daraus, dass die Perestroika von oben beginnen musste: „Anders konnte das unter den Bedingungen des Totalitarismus gar nicht sein. (...) Man musste so schnell wie möglich die Gesellschaft aus der Lethargie und Gleichgültigkeit reißen und sie in den Reformprozess einbinden.“¹⁸ Die Frage, „warum hat er das getan?“ bzw. „wusste er, was er tut?“ beantwortet Gorbatschow eindeutig mit „ja“. Er hatte als Student und junger Mann die Chruschtschow-Zeit erlebt und die Ursachen für das Scheitern seines Vorgängers genau analysiert: Es sei ein Fehler gewesen, den Stalinismus nur auf die Person Stalins zu schieben; Nikita Chruschtschow habe sich geweigert, auch die Fehler im System zu erkennen. Damit stand für Gorbatschow fest, er würde die Chance ergreifen, wenn sie ihm geboten würde, das Land zu reformieren, und er würde es wesentlich grundlegender angehen als Chruschtschow. „So kann man nicht weiterleben“, war sein Leitspruch.

¹⁴ Vgl. Anke Stephan, Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen, Zürich 2005.

¹⁵ Vgl. Donald J. Raleigh, Russia's Sputnik Generation. Soviet Baby Boomers Talk about their Lives, Bloomington, IN 2006.

¹⁶ Vgl. Mikhail Gorbachev/Zdeněk Mlynář, Conversations with Gorbachev. On perestroika, the Prague Spring, and the crossroads of socialism, übersetzt von George Shriver, New York 2002.

¹⁷ Vgl. M.S. Gorbačev, Žizn' i reformy, Bd. 1, Moskau 1995, S. 23.

¹⁸ Ebd., S. 281.

Als Gorbatschow am 25. Dezember 1991 von seinem Posten als Präsident der Sowjetunion, die es nicht mehr gab, zurücktrat, sagte er: „Ich wusste, dass es sehr schwierig und sogar riskant sein würde, Reformen in einem solchen Maßstab in einer solchen Gesellschaft anzustoßen. Aber ich bin auch heute noch überzeugt von der historischen Richtigkeit dieser demokratischen Reformen, die im Frühjahr 1985 ihren Anfang nahmen.“¹⁹

Lichtgestalt versus Totengräber

Gorbatschow spielt im heutigen Russland kaum eine Rolle. Stalin wird zum Superstar gekürt, Breschnew wird als Vater des „goldenen Zeitalters“ gefeiert, aber Gorbatschow gilt eher als Unperson. In einem Geschichtsbuch für Lehrer aus dem Jahr 2007 werden die „Irrtümer“ Gorbatschows herausgestrichen, und er wird als Totengräber der Sowjetunion präsentiert. Er habe unter dem Einfluss des Westens ein großes Land zugrunde gerichtet, ohne Not die Hegemonie in Ostmitteleuropa aufgegeben und den „realen Sozialismus“ diskreditiert.²⁰ In einer Reihe großer Führer von Stalin über Breschnew bis zu Putin erscheinen Chruschtschow, Gorbatschow und Jelzin als Nestbeschmutzer, die Russland vom richtigen Weg abbrachten.

Ganz anders sahen dies Dissidenten, Wegbegleiter und kritische Historiker Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre. Sie teilten mit dem Westen die Begeisterung für diesen Mann, der unerschrocken, ohne Rücksicht auf Verluste, angetrieben nur von seinen Überzeugungen, die Welt ins Wanken brachte. Dmitri Wolkogonow, der große Biograf der „Sieben Führer“, beginnt sein Portrait mit den Worten, Gorbatschow sei der einzige „Führer“ gewesen, der versucht habe, Russland dauerhaft mit der Freiheit zu vereinen.²¹ Er vergleicht ihn mit Zar Alexander II. (1855–1881), der Russland die Großen Reformen brachte, und stellt ihn in seiner historischen Bedeutung auf eine Stufe mit Lenin: Der eine schuf die Sowjetunion, der andere zerstörte sie – ohne dafür einen Plan oder eine Strategie zu besitzen. Gorbatschows „Waffe“ war

der Leninismus, an den er glaubte; sein Instrumentarium waren die üblichen Mittel der Partei: die Generallinie des ZK, die Beschlüsse der Parteikongresse, die Programmdirektiven. Während Gorbatschow Chruschtschow vorwarf, er habe die Sowjetunion ändern wollen, ohne am System zu rütteln, sieht Wolkogonow Gorbatschows Denkfehler darin, dass er glaubte, das System ändern zu können, ohne dabei am sozialistischen Fundament zu rütteln. Darin pflichtet ihm auch Gorbatschows früherer persönlicher Mitarbeiter, Georgi Schachnasarow, bei: Gorbatschow wollte das totalitäre System durch eine parlamentarische Demokratie ersetzen und zerstörte damit ungewollt die Partei, deren Oberhaupt er war. Er habe keinen fertigen Plan gehabt, sondern sei nach dem Prinzip „Trial and Error“ vorgegangen.²²

Gorbatschow war ein Gesinnungstäter, darin sind sich alle einig. Bezeichnend war, so der Dissident Zhores Medwedjew, dass Gorbatschow mit Amtsantritt nicht wichtige außen- oder innenpolitische Maßnahmen ergriff, sondern zunächst mit der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms begann.²³ Er glaubte, dass er die Partei erneuern und mit Überzeugungskraft das Land und die Menschen würde zusammenhalten können. Doch das war eine Utopie, an der bereits Chruschtschow gescheitert war, der ebenfalls geglaubt hatte, wenn die Partei den Menschen ihre freie Meinung ließ, würden sie sich freiwillig für die KPdSU und die Sowjetunion entscheiden. Schachnasarow stellt die Frage: „Wie konnte es geschehen, dass die Perestroika, die im Interesse einer Erneuerung der Gesellschaft und einer Verbesserung der Lebensverhältnisse eingeleitet wurde und Demokratie und Freiheit ermöglichte, zum Zerfall des Staates und Zusammenbruch der Wirtschaft führte (...)?“²⁴ So absurd es klingt, aber die Begleiter Gorbatschows bestätigen letztlich, was Kotkin so drastisch ausgedrückt hat: Die UdSSR starb an einer Überdosis Ideologie, am grenzenlosen Idealismus Gorbatschows. Dafür lieben und schätzen ihn seine Wegbereiter in Russland und seine Biografen im Westen.

¹⁹ Ebd., S. 6.

²⁰ A. V. Filippov, *Novejšaja Istorija Rossii 1945–2006gg.* Kniga dlja učitelja, Moskau 2007.

²¹ Vgl. D. Volkogonov (Anm. 2), S. 279.

²² Vgl. Georgi Schachnasarow, *Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater*, hrsg. v. Frank Brandenburg, Bonn 1996, S. 21.

²³ Vgl. Zhores Medwedjew, *Der Generalsekretär. Michail Gorbatschow. Eine politische Biographie*, Darmstadt 1986, S. 292.

²⁴ G. Schachnasarow (Anm. 22), S. 13.

Sie beschreiben einen Helden, der an Schule und Universität immer nur Bestnoten erzielte, den seine fachliche Expertise und seine außerordentliche Intelligenz auszeichnete, der die Liebe seines Lebens fand und im Ausland Begeisterung hervorrief, der ein angenehmes Äußeres und Charisma hatte und sich in all diesen Eigenschaften entschieden von den anderen Politbüro-Mitgliedern abhob. Schachnasarow schwärmt, Gorbatschow konnte müde, unausgeschlafen oder krank sein, „niemals jedoch erlosch dieser Blick“.¹²⁵

Auch Archie Brown und William Taubman feiern Gorbatschow als große historische Persönlichkeit und können von Superlativen nicht lassen. Taubman, der schon die Monumentalbiografie zu Chruschtschow schrieb, hat sein Gorbatschow-Werk zum 1. Mai 2013 angekündigt. Archie Brown, der 1996 den „Gorbatschow-Faktor“ veröffentlichte, nannte sein 2007 erschienenes Buch „Sieben Jahre, die die Welt veränderten“, in Anlehnung an den berühmten Augenzeugenbericht zur Oktoberrevolution des Journalisten John Reed „Ten Days That Shook the World“ (1919). Brown zieht nicht nur historische Parallelen zum Jahr 1917, als ein neues Zeitalter begann; er vergleicht Gorbatschow indirekt mit Martin Luther, wenn er sagt, die Perestroika habe eine starke moralische Dimension gehabt, die dem Protestantismus ähnelte, der sich gegen die korrupte katholische Kirche stellte. Weder habe Luther die Kirche spalten, noch Gorbatschow die Sowjetunion zu Grabe tragen wollen.¹²⁶ Mit dem Begriff „Gorbatschow-Faktor“ wendet sich Brown gegen all jene, die strukturelle Kräfte – Wirtschaft, Gesellschaft, die außenpolitische Lage – als Ursache für die Einleitung von Glasnost und Perestroika nennen. Gorbatschow allein war der Initiator, so Brown, und er tat es aus freien Stücken und voller Überzeugung – und nicht, weil er die Not oder Zwang zur Veränderung verspürte.

Patrone und Klienten

Es ist zweifellos richtig, dass die Rolle Gorbatschows nicht überschätzt werden kann, und

dennoch macht eine solche Hervorhebung eines Individuums die Historiker nervös. Die Frage lautet, wer ihn unterstützte. Als Gorbatschow an die Macht kam, waren die „klassischen“ Dissidenten kaum noch existent: Die meisten waren exiliert, emigriert, in Verbannung oder in Haft. Daher wenden sich Forscher vermehrt den „Reformern im System“ oder den „loyalen Dissidenten“ zu, die zwar den Einmarsch in Prag 1968, die Entlassung Andrei Sacharows und die Exilierung Alexander Solschenizyns verurteilten, aber ihre Gedanken für sich behielten. Unter Breschnew entwickelten sich eine Reihe von wissenschaftlichen Einrichtungen, Redaktionen und auch ZK-Abteilungen zu Schutzräumen, in denen „loyale Oppositionelle“ oder „liberale Konformisten“ unter der Protektion eines mächtigen Institutsleiters mit Verbindungen ungestört denken und überwintern konnten – bis Gorbatschow sie rief.¹²⁷ Georgi Schachnasarow, Anatoli Tschernjajew, Alexander Jakowlew und viele andere Weggefährten Gorbatschows profitierten von diesen „institutionellen Amphibien“, die wie die in Prag ansässige Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ oder die Internationale Abteilung des ZK nach außen loyal waren, aber im Inneren Reformideen ausbrüteten.

Damit rückt ein weiteres Phänomen in den Mittelpunkt des Interesses von Historikern, das weithin anerkannt, aber doch noch wenig erforscht ist: die Rolle von Patron-Klienten-Beziehungen – nicht nur für den Schutz von Andersdenkenden, sondern für die Funktionsweise von Herrschaft in der Sowjetunion. Die Sowjetunion war, soviel steht außer Frage, kein bürokratischer Staat, sondern ein Personenverbundssystem, in dem nicht klare Strukturen, Hierarchien und Institutionen über Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten entschieden, sondern in dem persönliche Verbindungen das wichtigste Kapital waren. Stalin lebte mit den Politbürofamilien wie ein kaukasischer Clan im Kreml zusammen, Chruschtschow baute seine Macht auf den ZK-Sekretären auf, die seine Klienten waren, Breschnew gilt als Machtvirtuose im Umgang mit den verschiedenen Interessen-

¹²⁵ Ebd., S. 48.

¹²⁶ Vgl. Archie Brown, *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt/M. 2000; ders., *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2007.

¹²⁷ Vgl. Marc Sandle, *A Triumph of Ideological Hair-dressing? Intellectual Life in the Brezhnev Era Reconsidered*, in: Edwin Bacon/Mark Sandle (eds.), *Brezhnev reconsidered*, Houndmills-Basingstoke-New York 2002, S. 135–164, hier: S. 139.

gruppen schlechthin.²⁸ Während Stalin die Kader durch Terror in Angst und Schrecken hielt und Chruschtschow mit seinen ständigen Umstrukturierungsmaßnahmen den ZK-Mitgliedern ebenfalls das Fürchten lehrte, sah Breschnew es als seine erste Pflicht, die Menschen zur Ruhe kommen zu lassen.

Das bedeutet aber, dass der von ihm erzielte Idealzustand der totalen Kaderstabilität in Gorbatschows Augen genau der Kern allen Übels war: die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Macht um jeden Preis. Was Breschnew als Wohltat für alle nach Stalin und Chruschtschow einführte, bekämpfte Gorbatschow als Korruption. Er rüttelte damit an nichts geringerem als den Säulen des Systems, die Stalin aufgebaut, Chruschtschow entwickelt und Breschnew zementiert hatte. Anders ausgedrückt war die Sowjetunion weniger auf Ideologie gegründet als auf ein spezielles Herrschaftssystem der Patron-Klienten-Beziehungen, die Gorbatschow zum Feind Nummer 1 erklärte. Er wollte freie Wahlen statt Akklamation, freien Meinungsaustausch statt vorgestanzter Phrasen, freie Ämtervergabe nach Kompetenz und nicht nach Proporz. All das mochte mit seinen Idealen von Leninismus vereinbar sein, nicht aber mit dem sowjetischen System. Es ist daher zu hoffen, dass die ausstehende Biographie von Taubman nicht nur Gorbatschow als unbestechlichen Denker und unverbesserlichen Idealisten zeigt, sondern auch das Herrschaftssystem analysiert, das an Perestroika und Glasnost zugrunde gehen musste.

Postumer Patriotismus

Interessanterweise zeigen neueste Studien, dass heute keineswegs in allen ehemaligen Unionsrepubliken die Mehrheit der Bevölkerung glücklich darüber ist, dass die Sowjetunion nicht mehr existiert. Nicht nur in Russland wird der Zerfall des Imperiums als Verlust von geostrategischer Größe, Identität, Freizügigkeit, Sprachgemeinschaft und Völkerfamilie empfunden. Es scheint, als ließe sich die stets angezweifelte Existenz des *homo sovieticus* doch nachweisen, zumin-

²⁸ Vgl. T.H. Rigby, *Political Elites in the USSR. Central Leaders and Local Cadres from Lenin to Gorbachev*, Aldershot 1990; John P. Willerton, *Patronage and Politics in the USSR*, Cambridge 1992.

dest postum und *ex negativo*. In Zentralasien, aber auch in Armenien oder im Altai-Gebiet beklagen Menschen, dass sie mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen auf den nationalen oder regionalen Rahmen verwiesen sind, sich marginalisiert und von der Weltgeschichte abgekoppelt fühlen.²⁹ Auch wenn aus der Rückschau die Welt immer rosigger erscheint, als sie war, gibt dieser Phantomschmerz doch wichtige Hinweise auf die Art der Stabilität der Sowjetunion.

Dass das Ende der Sowjetunion im Westen nicht vorausgesehen wurde, war auch ein Problem der sozialwissenschaftlichen Methode, so Dominic Lieven.³⁰ Mit wirtschaftlichen, geopolitischen oder sozialen Faktoren allein lassen sich weder Zusammenhalt noch Zerfall des Imperiums erklären. Es ist daher nicht erstaunlich, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine theoretisch informierte Kulturgeschichte die Sozialgeschichte ablöste und statt nach objektiven Daten nach den wahrgenommenen Wirklichkeiten der Sowjetmenschen fragt. Allerdings wäre auch mit diesen Methoden kein bevorstehender Zusammenfall diagnostiziert worden, denn wie die Studien von Yurchak oder Serguei Oushakine zeigen, war die UdSSR ein Referenzrahmen, in dem sich ein Großteil der Bevölkerung behaglich eingerichtet hatte – bis Gorbatschow kam. Abgesehen davon, dass es nicht die Aufgabe von Historikern ist, die Zukunft vorauszusagen, muss festgehalten werden, dass es keine Krise gab, die man hätte beobachten können, es sei denn, man hieß Gorbatschow und hatte die Einsichten eines Politbüromitglieds. Die vielen verschiedenen Komponenten wie „Gorbatschow-Faktor“, die Herrschaft durch politische Clans, die vermeintliche Ewigkeit des Systems, Wirtschaft und Konsumlage, Rüstungswettlauf und Nationalitätenfrage müssen noch zu einem Bild zusammengefügt werden, um zu erklären, warum die Sowjetunion die Generation ihrer Erbauer nur um sehr wenige Jahre überlebte.

²⁹ Vgl. Serguei Alex Oushakine, *The Patriotism of Despair. Nation, War, and Loss in Russia*, New York 2009.

³⁰ Vgl. Dominic Lieven, *Western Scholarship on the Rise and Fall of the Soviet Régime: The View from 1993*, in: *Journal of Contemporary History*, 29 (1994), S. 195–227, hier: S. 213.

Manfred Hildermeier

Von Gorbatschow zu Medwedew: Wiederkehr des starken Staates

Längst steht außer Frage, dass Michail Gorbatschow in die Geschichte eingehen wird. Nur geschieht das sicher aus anderen

Manfred Hildermeier

Dr. phil., geb. 1948; Professor für Osteuropäische Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen.
m.hildermeier@phil.uni-goettingen.de

Gründen und mit anderen Kommentaren, als er wollte. Die Bilanz seines Wirkens ist nicht umstritten.¹ Allenfalls bleibt kontrovers, ob er – und mit ihm die Sowjetunion – eher Opfer der Wirtschaftskrise wurde,

die ihren Höhepunkt im Winter 1989/90 erreichte, oder ob ihm vor allem die Unabhängigkeitsbewegungen zum Verhängnis wurden, die sich im Vorfeld der ersten freien Wahlen in der Sowjetunion überhaupt seit Frühjahr 1989 in fast allen Republiken bildeten und schnell zur stärksten Kraft heranwuchsen.

Abgesehen davon liegt recht klar zutage, wie sich Soll und Haben verteilten. Gorbatschow erkannte als erster faktischer Staatschef der Sowjetunion, dass der schweren Wirtschaftskrise – das Wachstum tendierte schon Ende der 1970er Jahre gegen Null – mit Teilreformen, wie man sie seit den Zeiten Nikita Chruschtschows mehrfach unternommen hatte, nicht beizukommen war. Sie mussten bloße Kosmetik bleiben, weil sie nur an Stellschrauben des Plansystems, an Preisen, Löhnen und Produktionsziffern drehen. Gorbatschow verortete das Kernübel zu Recht in der mangelnden Motivation und trägen Routine der Gesellschaft insgesamt. Wer die Wirtschaft aufrichten wollte, musste ein Mindestmaß an Eigeninteresse und öffentlicher Bewegungsfähigkeit zulassen; ein agiler *homo oeconomicus* schien ohne ein Minimum an geistiger Freiheit und politischer Artikulationsmöglichkeit nicht denkbar. In dieser Einsicht hatte die neue (nach wie vor begrenz-

te) Freiheit des Wortes, die *glasnost* (wörtlich: Transparenz), ebenso ihren Ursprung wie die säkulare Entscheidung vom Juni 1988, einen Volksdeputiertenkongress einzuberufen und dessen Abgeordnete (teilweise) in freier Wahl bestimmen zu lassen. Zugleich gab sich Gorbatschow alle Mühe, die Sowjetunion von der Last ihrer Weltmachtrolle, von den untragbar gewordenen Kosten des Wettrüstens und der Stationierung großer Armeen in Osteuropa, zu befreien. Darin lag das Hauptmotiv für die Entspannungspolitik, die er schon bald nach seinem Amtsantritt im März 1985 auf den Weg brachte.

Doch damit ist die Erfolgsliste des Generalsekretärs, der angetreten war, die Sowjetunion aus dem sklerotischen „Stillstand“ der Breschnew-Ära herauszuführen, auch schon erschöpft. Neue Strukturen hat er nicht schaffen können. Der Versuch, das Fundament seiner Macht von der Partei, die sich in fortgeschrittener Auflösung befand, auf den Staat zu verlagern, blieb halbherzig; Gorbatschow scheute das Risiko einer Direktwahl, die ihm unbestreitbare Legitimation und Autorität hätte verleihen können. Gegen die starken Sezessionstendenzen in den Republiken fand er kein wirksames Mittel. Und eine Entscheidung in der Kern- und Überlebensfrage: über die künftige wirtschaftliche Verfassung des „umgebauten“ Staates, schob er mehrfach auf – so lange, bis sie ihm durch den Putsch vom August 1991 aus der Hand genommen wurde. Den Rubikon zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft wollte Gorbatschow nicht überschreiten. Er hatte die alte Ordnung so weit verändert, dass sie nicht mehr funktionierte, erst recht nicht nach dem Austritt lebenswichtiger Republiken (der baltischen ebenso wie der Ukraine) aus der Union; aber es fehlte ihm an Entschlusskraft, eine neue an ihre Stelle zu setzen. Er war eher ein „Zerstörer“ des Systems als „Erbauer“ eines neuen.²

Jelzins Bilanz

Letztlich gilt dies auch für seinen faktischen Nachfolger Boris Jelzin, der die Gesckicke der Russischen Föderation als wichtigstem

¹ Vgl. Archie Brown, *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2007.

² Kategorien bei: George W. Breslauer, *Gorbachev and Yeltsin as Leaders*, Cambridge 2002.

Erbstaat (auch im völkerrechtlichen Sinn) bis zum Jahrtausendwechsel lenkte.[¶] Dabei begann dessen Ära ganz anders. Im Rückblick tritt klarer zutage, als dies wohl die meisten Zeitgenossen gesehen haben, dass Russland und die Welt vor allem ihm das Entscheidende zu verdanken haben: den alles in allem friedlichen Übergang zu einem neuen, grundsätzlich demokratischen, durch eine geschriebene Verfassung regulierten Regime, dessen Führungspersonal für festgelegte Amtsperioden mit einigermassen klar definierten Kompetenzen durch Wahlen bestimmt wird. Es ist niemand anderes zu erkennen, der über die Autorität und das nötige Durchsetzungsvermögen verfügt hätte, um diesen Kraftakt zu bewältigen. Jelzin stützte sich auf eben jene neuartige Legitimation, auf die Gorbatschow im Frühjahr 1990 verzichtet hatte, weil er sich seines Sieges nicht mehr sicher sein konnte: auf seine *direkte* Wahl zum Präsidenten der Russischen Föderation, des Kernstaates der in Auflösung begriffenen Union, am 12. Juni 1991 (während sich Gorbatschow noch nach altsowjetischer Art *indirekt* hatte wählen lassen). Kein stärkeres Mandat war denkbar als diese „basisdemokratische“ Übertragung von Vertrauen und Macht. Sie bildete die Voraussetzung für jenen Sprung auf den Panzer vor dem „Weißen Haus“ (dem russischen Parlament) am 19. August, von dem aus er zum Widerstand gegen den dilettantischen Putsch sowjettreuer Regierungsmitglieder gegen Gorbatschow aufrief. Das Bild dieser Szene ging um die Welt; sie machte ihn endgültig zu einer charismatischen Leitfigur, der man zutraute, Russland zu neuen Ufern zu führen.

Jelzin hat diese Rolle angenommen. Die beiden folgenden Jahre markieren den Höhepunkt seines politischen Wirkens. In dieser Zeit zwischen dem Putsch vom August 1991 und der Erstürmung des „Weißen Hauses“ durch die präsidentialen Truppen Anfang Oktober 1993, die als Phase des Übergangs von der sowjetischen Einparteiendiktatur zur neuen Demokratie gelten kann, hat Jelzin nicht nur nationale, sondern auch Weltgeschichte geschrieben. Sie fand ihren Abschluss in der Annahme einer Verfassung und den ersten Parlamentswahlen auf ihrer Grundlage am 12. Dezember. Bei allen Änderungen dieser Vorgaben – etwa der Zusammensetzung

[¶] Beste Biographie: Timothy J. Colton, Yeltsin. A Life, New York 2008.

der zweiten Parlamentskammer, des Föderationsrates, und allen schwerwiegenden Defiziten der Demokratie, von denen noch die Rede sein wird, verdient der Umstand gleiche Beachtung, dass sie nicht wieder aufgehoben wurde. Vielmehr erreichte sie eine solche Unantastbarkeit und Verbindlichkeit, dass sich selbst Putin fügte und sich nach Ablauf seiner maximalen Amtszeit temporär zurückzog, statt sie zu seinen Gunsten zu ändern.

Damit endet indes die Liste der konstruktiven Leistungen in Jelzins Bilanz. Was danach kam bzw. nur deutlicher wurde, weil seine Wurzeln schon in die Anfangsjahre zurückreichten, gibt allen Anlass zur Kritik. Dabei urteilte man im Westen meist gnädig, kopfschüttelnd, aber nachsichtig, weil Jelzin das Tor nach Europa weiter aufstieß und man ihm deshalb ähnlich gewogen war wie zuvor Gorbatschow. Die eigene Bevölkerung sah das jedoch zunehmend anders und wandte sich vom einstigen Helden ab. Sie hatte die Folgen seiner Politik zu tragen, sowohl unvermeidlicher Härten – darüber wird gestritten – als auch offenkundiger Missgriffe und Defekte, die zunahmen. Am schlimmsten traf sie die Bank- und Währungskrise 1998, welche die Geldvermögen drastisch schrumpfen ließ, viele um ihre Ersparnisse und angesichts ausbleibender Löhne und Gehälter an den Rand der Armut brachte. Der Absturz wirkte wie ein Schock und kostete Jelzin die Reste seiner Popularität.

Im Einzelnen hat man ihm vor allem vier Fehlentwicklungen angekreidet.

(1) Jelzin wäre nicht der dickschädelige Machtpolitiker gewesen, der er war, wenn er die herausgehobene, singuläre Position, die ihm nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Russland zufiel, gleich wieder geräumt hätte. Stattdessen tat er das Gegenteil und schnitt die Kompetenzverteilung zwischen den Organen des neuen Staates nach seinen Bedürfnissen zu. Die Verfassung, die er im schließlich gewaltsam ausgetragenen Konflikt mit dem Obersten Sowjet (alter Art) der Russischen Föderation (dem „Weißen Haus“) ausarbeiten ließ, räumte dem Präsidenten eine überaus starke, konkurrenzlose Stellung ein. Häufig hat man darauf hingewiesen, dass sie die gaullistische Präsidentialverfassung der V. Republik in Frankreich zum Vorbild nahm. So richtig die Analogie sein

mag, sie bleibt formal. Denn die Duma, die trotz beschränkter Rechte theoretisch ein Gegengewicht zur Exekutive hätte bilden können, hat diese auch in ihren Anfangsjahren, als es noch oppositionelle Parteien gab und Meinungsgegensätze offen ausgetragen wurden, nie ausfüllen können. Es gab in Russland – anders als in der Tschechoslowakei oder Polen – keine pluralistische politische Tradition, an die man hätte anknüpfen können; die konstitutionalistischen Jahre des ausgehenden Zarenreichs (1905–1914) waren dafür zu kurz und lagen zu lange zurück. So aber setzte Jelzin, zugespitzt gesagt, fort, was er kannte. Er konzentrierte nicht nur alle Macht an der Staatsspitze, sondern schuf darüber hinaus eine Präsidialverwaltung, die zu einer zweiten Regierung wurde und bald größer war als der alte ZK-Apparat,[†] dem sie strukturell auf frappierende Weise ähnelte.

(2) Dazu passte, dass Jelzin einen ausgesprochen selbstherrlichen Herrschaftsstil entwickelte. Die ironische Rede vom „Zaren Boris“ besaß einen wahren Kern. Angesichts vieler Fraktionen und divergierender Interesse auch in seiner unmittelbaren Umgebung griff er zur bewährten Strategie des *divide et impera*. Er ließ seine Entourage streiten und sicherte seine Autorität durch intensiven, oft abrupten Personaltausch. Die Amtszeit der meisten Ministerpräsidenten – mit der Ausnahme von Viktor Tschernomyrdin – war kurz; in seinen beiden letzten Amtsjahren (1998–2000) „verbrauchte“ er fünf Ministerpräsidenten,[‡] und manch einen zauberte er aus dem Hut wie Trickkünstler Kaninchen. Solch bizarre Unberechenbarkeit ignorierte nicht nur die gerade in Russland dringende Notwendigkeit, die junge Demokratie zu hegen und eine politische Kultur zu entwickeln, die geeignet war, sie zu verstetigen. Sie bewirkte sogar das Gegenteil. Indem Jelzin sich über das Tagesgeschäft erhob, öffnete er seinem Apparat großen Spielraum; indem er der oppositionellen Duma keinen Stich ließ, schwächte er eben jene Einrichtung, die der Übermacht des Präsidenten hätte Paroli bieten sollen. Zwar konnte er einen erheblichen Situationszwang für sich in Anspruch nehmen. Zweifellos steckte er in einer Zwickmühle, weil die Kommunistische Par-

tei Russlands und die rechtsradikalen „Liberaldemokraten“ (Wladimir Schirinowskis) in der Duma – mit einem Stimmenanteil von 12,4 bzw. 22,9 Prozent – den Ton angaben. Aber das Resultat der Missachtung blieb dasselbe: Die Macht lag im neuen Russland beim Präsidenten, nicht beim Parlament.

(3) Was Gorbatschow versäumt hatte, holte Jelzin allzu schnell nach. Die Marktwirtschaft kam von einem Monat auf den anderen in Gestalt der neoliberalen Lehre US-amerikanischer Prägung. Die rasche Privatisierung durch Ausgabe von Anteilscheinen an den Staatsbetrieben an jeden volljährigen Bürger, gleichsam die Rückerstattung des Volksvermögens an seine eigentlichen Besitzer, mochte gut gemeint gewesen sein. Nur hatte sie die vorhersehbare Folge, dass einige wenige mit diesen Aktien mehr anfangen konnten als die meisten anderen, weil sie ihren tatsächlichen Wert und überhaupt die Chance der Stunde Null erkannten und weil sie (woher auch immer) über Geld verfügten, das sie in die Lage versetzte, armen Ahnungslosen die vermeintlich nutzlosen Papier-Coupons abzukaufen. So entstanden in wenigen Jahren märchenhafte Vermögen und jene winzige, aber einflussreiche Schicht, für die man flugs die Bezeichnung „Oligarchen“ prägte. Kaum zufällig fanden sich darunter besonders viele ehemalige „rote Direktoren“. Sie konnten das Potential der privatisierten Unternehmen am besten einschätzen und wussten, was auf dem Weltmarkt begehrt war. Die „Eunuchen“, wie man plastisch formuliert hat, kamen endlich an die begehrten Fleischstücke, die ihnen der Sozialismus vorenthalten hatte. Bei alledem ging die große Mehrheit der Bevölkerung nicht nur leer aus. Sie musste darüber hinaus die Kosten der Preisfreigabe und der Aufgabe des Bestandsschutzes für unrentable Betriebe tragen. An soziale Absicherung dachten die liberalen Ökonomen nicht. Für die Masse der Bevölkerung kam die Marktwirtschaft als Schock. Sie brachte wohl Freiheit, aber auch Verarmung – keine günstige Voraussetzung für eine belastbare Zustimmung zur neuen Demokratie.

(4) Jelzin duldete nicht nur, dass sich einige wenige den Löwenanteil des ehemaligen Staatsvermögens unter den Nagel rissen; er ging auch ein regelrechtes Bündnis mit diesen Neureichen ein. Dafür hatte er ebenfalls verständliche Gründe. Denn die Härte

[†] Vgl. G. W. Breslauer (Anm. 2), S. 308.

[‡] Vgl. Richard Sakwa, Putin. Russia's Choice, London-New York 2004, S. 16.

des Übergangs erzeugte so viel nostalgische Sympathie für die Anwälte der alten Ordnung, dass er um seine Wiederwahl bangen musste. Ob sein Gegenkandidat, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Gennadi Sjuganow, tatsächlich realistische Chancen hatte, gewählt zu werden, mag man bezweifeln. In jedem Fall versicherte sich Jelzin der Unterstützung der Superreichen. Auf Auktionen ging im Vorfeld der Wahl vom Juni 1996 weiterer Staatsbesitz, namentlich Erdölfelder und sonstige Rohstofflagerstätten jenseits des Ural, zu Spottpreisen (in Relation zum tatsächlichen Wert) in private Hände über. Damit wurde eine Allianz immer sichtbarer, die ebenfalls wenig geeignet war, die Masse der Bevölkerung für die neue Ordnung zu gewinnen. Im Gegenteil, sie bestätigte die antikapitalistischen Ressentiments geradezu, die das alte Regime zur Ideologie erhoben hatte.

Hinzu kam, dass Jelzin nun auch physisch erkennbar abbaute. Sein Alkoholproblem war seit langem bekannt. Kurz nach seiner Wiederwahl musste ihm ein mehrfacher Bypass gelegt werden. Offensichtlich wurde, dass er seinem Amt nicht mehr gewachsen war. Das hätte der neuen Ordnung nicht schaden müssen, wenn sein Verfall nicht der eines royalen Regenten gewesen wäre, der die beinahe üblichen Erscheinungen hervorbrachte: unkontrollierte Macht für Gehilfen und Satrapen in der hohen Bürokratie samt Vetternwirtschaft und Korruption. Was in der späten Breschnew-Ära notorisch war, kehrte nun zurück. Bei Großaufträgen für die Kreml-Renovierung siegte, wer am meisten zahlte. In der Schweiz tauchten limitlose Kreditkarten des Jelzin-Clans auf. Die „Familie“, in bewusster Analogie zur Mafia so genannt, zu der auch millionenschwere Geschäftsfreunde wie Boris Beresowski gehörten, wurde zur Krake von Staat und Wirtschaft. Im April 2000 ergab eine demoskopische Stichprobe, dass nur 18 Prozent der Befragten positiv über den ersten Präsidenten des neuen Russland urteilten.⁶ Und dennoch wird man sich schwer tun, Jelzin und seine Politik gänzlich für gescheitert zu erklären. Man muss in Rechnung stellen, dass er unter schwierigen Bedingungen antrat und einem riesigen Staat eine neue politische Ordnung geben musste, dessen Gesellschaft zutiefst zerrissen war. Wer hätte diese Herkulesaufgabe besser und mit we-

⁶ Vgl. T. J. Colton (Anm. 3), S. 447.

niger Opfern bewältigen können? Vielleicht wäre er gut beraten gewesen, die Macht schon 1996, als der sichtbare Verfall begann, abzugeben. Aber an wen?⁷

Putins Bilanz

Diese ambivalente Bilanz trat nicht zuletzt in der Art und Weise zutage, wie Jelzin seine Nachfolge regelte. Denn es war bezeichnend, dass er es offenbar auf einen demokratischen Wahlkampf nicht ankommen lassen wollte. Stattdessen entschied er sich, vorzeitig zurückzutreten und die präsidentialen Kompetenzen bis zum kurz bevorstehenden Ende der Amtsperiode einem Bevollmächtigten zu übergeben. Auch diesen Auserkorenen, den er damit zugleich für die Neuwahlen im März 2000 in eine Favoritenrolle brachte, zog er aus dem Hut. Wladimir Putin, der mit dem ersten Tag des neuen Jahrtausends die kommissarischen Amtsgeschäfte übernahm, war zwar kein Anonymus, sondern vormaliger Chef des Geheimdienstes FSB (dessen Vorläuferorganisation KGB er angehört hatte) und aktueller Ministerpräsident. Aber als solcher amtierte er erst seit September.⁸ Ein weithin bekannter und erfahrener Politiker war auch Putin nicht. Aber der neue Mann hatte sich nach verheerenden Terroranschlägen auf Wohnblocks in Moskau, die fast 250 Todesopfer forderten, als Krisenmanager bewährt und Jelzin beeindruckt. Bereits in diesem, vom beginnenden zweiten Tschetschenienkrieg begleiteten Wahlkampf setzte er sich als Mann von Recht und Ordnung in Szene und erzeugte jenes Bild von sich, dem er seine Popularität verdankte: einer zupackenden Führungspersönlichkeit, die versprach, dem Staat wieder Autorität zu verschaffen, den Ausverkauf der nationalen Reichtümer zu beenden und den inneren wie äußeren Niedergang der einstigen Supermacht aufzuhalten. Damit trat Putin mit einem Programm an, das faktisch ankündigte, die Scherben wieder zusammenzufügen, die sein Förderer hinterlassen hatte. Er war Jelzins Kreatur und Antipode zugleich – und vielleicht deshalb innenpolitisch unleugbar erfolgreich.

Man wird Putin nicht vorwerfen können, untätig geblieben zu sein. Im Gegenteil, die

⁷ Vgl. G. W. Breslauer (Anm. 2), S. 312.

⁸ Vgl. R. Sakwa (Anm. 5), S. 12ff.

ersten konkreten Schritte folgten schon im Sommer 2000. Sie ließen schnell erkennen, worin die angekündigte „grundlegende Erneuerung“⁹ des Staates bestehen sollte: vor allem darin, die Macht wieder und weiter beim Präsidenten zu bündeln. Zugleich ließ Putin die Einrichtungen und grundlegenden Bestimmungen der Verfassung unangetastet; formal blieben Demokratie und Gewaltenteilung als Kennzeichen und Errungenschaft der postsowjetischen Ordnung erhalten. Man hat diese Doppelbödigkeit mit dem Begriff des „Para-Konstitutionalismus“ zu kennzeichnen versucht.¹⁰ Was gemeint ist, liegt auf der Hand: dass man nach außen hin den Schein wahrte, aber die Kompetenzen der regulären Organe aushöhlte, indem man sie neuen, vom Präsidenten geschaffenen und abhängigen Gremien übertrug.

Vor allem folgende Maßnahmen haben zu diesem Ergebnis geführt:

(1) Nicht zufällig zuerst hat Putin die Zusammensetzung des Föderationsrats verändert. Diese zweite Kammer des Parlaments war 1993 zusammen mit der Duma eingerichtet worden, um den Regionen eine Stimme zu geben. Sie spiegelte eine Entwicklung aus den letzten Unionsjahren, die man durchaus als neues Selbstbewusstsein bezeichnen kann. Im Maße, wie die Zentralgewalt verfiel und ihre hauptsächlichsten Klammern: Partei, Armee und Geheimdienst ihren Dienst versagten, klagten nicht nur die Republiken ihr (seit 1924) verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf Austritt aus der Union ein. Auch russische Regionen forderten mehr Eigenständigkeit, um (wie Jakutien) größere Verfügungsrechte über ihre Rohstoffressourcen (und deren Verkauf) zu erhalten. Im Zuge der Bildung des neuen Staates hatte Jelzin – wie zuvor Gorbatschow – Zugeständnisse machen müssen, die ihr Ziel (mit Ausnahme Tschetscheniens) nicht verfehlten, die Besenkenken von einer Sezession abzuhalten. Komplementär zur Schwäche des Zentrums entstand in Russland ein Regionalismus, wie es ihn in seiner gesamten Geschichte nur im letzten halben Jahrhundert des Zarenreichs gegeben hatte. Keiner Begründung be-

darf, dass Demokraten in und außerhalb des Landes darin eine große Chance erkannten. Der Föderationsrat, in den die 83 territorialen Einheiten des immer noch riesigen neuen Staates je zwei Delegierte entsenden, verlieh dem Ausdruck.

Eben dieser Föderalismus war Putin und seiner Mannschaft ein Dorn im Auge. Sie hielten die regionale Unabhängigkeit für überzogen und betrachteten sie als wesentliche Ursache für „anarchische“ Fehlentwicklungen. Das Remedium war einfach. Zum einen veränderte er die Zusammensetzung des Föderationsrats, nicht quantitativ, sondern „qualitativ“. Statt der Gouverneure und regionalen Parlamentspräsidenten selber nahmen seit August 2000 nur noch deren Delegierte, mit weniger Gewicht und weniger Kompetenzen, auf seinen Bänken Platz. Zugleich schuf Putin eine neue Zwischenebene aus sieben „Föderationskreisen“ mit Generalgouverneuren an der Spitze, die von ihm ernannt wurden und den Gouverneuren vorgesetzt waren. Da ein so riesiger Staat wie der russische aber ohne Mitwirkung der Regionen nicht zu regieren ist, war er klug genug, eine Art Ersatzgremium einzurichten. Der „Staatsrat“ nützte beiden: der Zentrale, um sich zu informieren und lokale Kompetenz in Anspruch zu nehmen, den Regionen, um ihre Interessen zu äußern – aber als Bitte in einer präsidentialen Kommission, nicht als Anspruch in einer Parlamentskammer.

Nach dieser Entmachtung der Gouverneure ließ Putin sich mit der förmlichen Zeit. Sie blieb aber nicht aus: Er nutzte das Geiseldrama von Beslan im September 2004, um im „Kampf gegen den Terrorismus“ auch die Zentralisierung voranzutreiben. Im folgenden Jahr wurde die 1996 von Jelzin eingeführte Direktwahl der Gouverneure wieder abgeschafft; seither werden sie „auf Vorschlag“ des Präsidenten von den Regionalparlamenten gewählt, also faktisch zentral ernannt.

(2) Entschiedener als Jelzin, der dies nach 1996 ebenfalls schon betrieben hatte, gingen Putin und seine Umgebung daran, eine eigene Partei zu gründen, um die Duma zu kontrollieren. Aus „Unser Haus Russland“ wurde im Dezember 2001 das „Einige Russland“. Die alt-neue Partei bewährte sich schon bei den Wahlen zwei Jahre später, als

⁹ Text ebd., S. 251 ff., hier: S. 254.

¹⁰ Vgl. Richard Sakwa, Putin's Leadership: Character and Consequences, in: *Europe-Asia Studies*, 60 (2008), S. 889.

sie knapp 37,6 Prozent der Stimmen errang. Vier Jahre später erreichte Putin endgültig, was er wollte – eine Zweidrittelmehrheit der Mandate (bei 63,5 Prozent der Stimmen) und vollständige Kontrolle. Konkurrierende Parteien, ohnehin eine Minderheit, wurden an den Rand gedrängt. Politischer Pluralismus ist im System Putin nicht erwünscht. Der nichtssagende Name spricht Bände. Einzige Aufgabe von „Einiges Russland“ ist es, Zustimmung für den Präsidenten zu mobilisieren, nicht etwa, eine kritische Kontrollfunktion auszuüben.

(3) Ähnlich energisch ging Putin gegen den politischen Einfluss der „Oligarchen“ vor. Gerade hier ist bemerkenswert, dass er sich damit gegen jene wandte, die seinen Aufstieg mitgetragen haben. Auch das mag die Verbitterung erklären, mit der dieser Machtkampf geführt wurde (und wird). Beresowski floh ins Ausland. Der einst reichste Russe, Michail Chodorkowski, sitzt für lange Jahre hinter Gittern und darf realistisch gesehen nicht darauf hoffen, freigelassen zu werden, solange Putin regiert. So sehr lag dem Präsidenten an der Niederrückung dieses Gegners, dass er die Instrumentalisierung der Justiz für seine Zwecke nicht scheute. Nirgendwo ging er ein so großes Risiko ein, die Fiktion von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu entlarven, wie in diesem Verfahren.

Die anderen Superreichen haben diese Lektion verstanden. Zwar ist die Allianz von Geld und Macht nicht beendet. Putin hat keine Anstalten gemacht, die Wirtschaftsordnung zu Ungunsten ihrer größten Profiteure zu ändern, und Letztere hüten sich, mit der ohnehin kaum wahrnehmbaren Opposition zu liebäugeln. Aber das Bündnis hat sich in eine Hierarchie verwandelt, in der klar ist, wer befiehlt und wer gehorcht.

Auch wenn das Machtinteresse außer Frage steht, sollte man nicht übersehen, dass Putin bei der Disziplinierung der „Oligarchen“ auf breite Zustimmung der Bevölkerung rechnen konnte. So wie er die geistige Leerstelle, die der Bankrott der kommunistischen Ideologie hinterließ, durch nationalistische Parolen füllte, so war er Populist genug, um den tief sitzenden *Souçon* der einfachen Leute zu nutzen, die Anhäufung so märchenhafter Reichtümer in so kurzer Zeit könne nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Dass

sich viel Geld aus dunklen Kanälen in schnelles Gold verwandelte und die Steuermoral der neuen Milliardäre sehr zu wünschen übrig ließ, war gängige Meinung. Ob Putin dies tatsächlich geändert und auch die Loyalitäten, die sich unterwarfen, gezwungen hat, ihren fiskalischen Pflichten korrekt nachzukommen, weiß nur der Finanzminister. Vor allem in seinen ersten Amtsjahren, letztlich aber bis zur internationalen Bankenkrise war er auch nicht gezwungen, jeden Rubel einzutreiben. Die Explosion des Ölpreises bescherte dem Staat unerwartete Einnahmen. Putin war gut beraten, diese auch für Rentenerhöhungen und sonstige Hilfen für die große Masse armer Leute und die einfache Bevölkerung zu verwenden. Diese dankte es ihm; an seiner tatsächlichen Popularität ist nicht zu zweifeln.

Dies gilt, obwohl Putin (4) nicht zuletzt auch gegen die „vierte Gewalt“ im Staat, Presse und Medien, vorging. Faktisch ungeschützt, weil keine Instanz zu sehen ist, die eingreifen könnte, ist sie von der geballten Macht des Kreml und staatsnaher Konzerne weitgehend gleichgeschaltet worden. Die Besitzer kritischer (oppositioneller wäre schon zu viel gesagt) Fernsehsender wurden ausgebootet und an die Kandare gelegt. Mehrere Journalisten – nicht nur die bekannteste, Anna Politkowskaja – mussten ihren Mut mit dem Leben bezahlen. Zwar darf die ein oder andere Zeitung noch abweichende Meinungen äußern, aber sie bedienen damit nur einen kleinen Leserkreis. Auch die freie Meinungsäußerung, in der Perestrojka einst Symbol des Abschieds vom Alten, existiert inzwischen nicht mehr.

Die Hoffnung war groß, dass sich manches an diesem System mit dem Ende der zweiten Amtszeit Putins und dem Übergang der Präsidentschaft an Dmitri Medwedew ändern würde. Der neue Mann zeigte ein freundlicheres Gesicht und hielt manche Rede, die auf Reformen hoffen ließ. Aber tatsächlich verändert hat er nichts. Der letzte Optimist dürfte indes enttäuscht worden sein, als das Tandem – Freunde seit ihren Studienjahren, was man nicht vergessen sollte – vor wenigen Monaten ankündigte, im kommenden Jahr die Rollen tauschen zu wollen. Diese Variante hat es im neuzeitlichen Russland noch nicht gegeben: eine einvernehmliche Doppelherrschaft.

Urteil

Aus historischer Perspektive liegt immer die Versuchung nahe, die skizzierte Entwicklung an Traditionen und Strukturen der *longue durée* zurückzubinden. Wenn man ihr nachgibt – durchaus im Bewusstsein, dass sich das Urteil in wenigen Jahren ändern kann –, fällt natürlich ins Auge, was überall nachzulesen ist: Der autoritär-bürokratische Zentralstaat ist zurück.

Demokratie, Regionalismus und Föderalismus gaben sich ein kurzes Stelldichein, als die „imperiale“ Gesamtgewalt zusammenbrach. Aber sie brachten eine Freiheit und ein Eigenleben hervor, die aus zentraler Sicht nicht als Vielfalt, sondern als dysfunktionale, den Gesamtstaat gefährdende Eigensucht wahrgenommen wurden. Korruption, Schlendrian, Verarmung und die Aversion gegen eine hauchdünne Minderheit von Gewinnlern taten ein Übriges, um tief eingewurzelten, historisch dominanten Gegenkräften breite Unterstützung und wieder Oberhand zu verschaffen.

In Russland hat es nie eine starke, eigen-tätige und politisch aktive Gesellschaft gegeben. Ansätze waren vor 1914 sichtbar geworden, aber Revolution und Bürgerkrieg (1917–1921) haben ihre Träger vernichtet oder in die Emigration getrieben. Die Perestroika hat dies, wie man mit Hinweis auf den Massenwiderstand gegen den August-Putsch behauptet hat, geändert. Putins „koordinierte Demokratie“ und „Vertikale der Macht“ lehren, dass diese Mobilisierung einer wach-samen, *active society* wohl von geringer Nach-haltigkeit war.¹¹

¹¹ Vgl. Richard Sakwa, *A Cleansing Storm: The August Coup and the Triumph of Perestroika*, in: *Journal of Communist Studies*, 9 (1993), S. 131–149; Margareta Mommsen, Putins „gelenkte Demokratie“: „Vertikale der Macht“ statt Gewaltenteilung, in: Matthias Buhbe/Gabriele Gorzka (Hrsg.), *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden 2007.

Caroline von Gall

Macht und Recht in Russland: Das sowjetische Erbe

Das Ende der Sowjetunion war eng verbunden mit der Hoffnung auf Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz. Noch vor dem System-zusammenbruch hatte Michail Gorbatschow im Rahmen von Perestroika und Glasnost die Entwicklung des „sozialistischen Rechtsstaats“ zum politischen Ziel erklärt. Mit dem Auseinanderfallen der Sowjetrepubliken und der daraus resultierenden Unabhängigkeit Russlands verlor das Attribut „sozialistisch“ seine Bedeutung, und es schien, als stünde einer Transformation in einen freiheitlichen Verfassungsstaat nach westlichem Vorbild nichts mehr entgegen.

Caroline von Gall

Dr. iur., geb. 1979; Visiting Scholar an der Columbia University New York/USA; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ostrecht der Universität zu Köln, Lehrstuhl für Verfassungsrecht, Völkerrecht und Rechtsvergleichung, Klosterstraße 79d, 50931 Köln. cvgall@uni-koeln.de

Doch zwanzig Jahre später haben sich diese Erwartungen nicht erfüllt. Die Defizite des Rechtsstaats werden durch offene Schauprozesse unübersehbar. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz ist erschreckend niedrig: Nach einer Umfrage des renommierten Lewada-Zentrums fühlten sich im Dezember 2010 nur 33 Prozent der Befragten in Russland durch das Gesetz geschützt.¹² Gleichzeitig hält die russische Führung in der politischen Rhetorik am Rechtsstaat fest. Auch die Verfassung und die Verpflichtungen aus internationalen Menschenrechtsverträgen werden grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Präsident Dmitri Medwedew verbreitete sogar neue Hoffnung, indem er den Rechtsstaat mehrfach ausdrücklich zum Ziel seiner Präsidentschaft erklärte. Doch auch diese wurden enttäuscht.

Warum ist es bisher nicht gelungen, die Ziele von Perestroika und Glasnost in diesem Bereich umzusetzen? Die politische Führung hat ihre eigenen Erklärungen. Sie verweist auf die schwierige, instabile politische Ausgangs-

lage wie auf die besondere Kultur Russlands. Die volle Entfaltung der Inhalte der Verfassung brauche Zeit. Die Verfassung wird insofern nicht generell in Frage gestellt, allerdings werden ihre freiheitlichen Prinzipien zu Idealen, deren Zeit noch nicht gekommen ist. Dies erinnert an die Verheißungslogik sowjetischer Tage.

Ideen und Hoffnungen

Als Michail Gorbatschow 1988 in den berühmten Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur 19. Unionskonferenz das Ziel der Verwirklichung eines „sozialistischen Rechtsstaats“¹ verkündete und Reformen für eine unabhängige Justiz forderte,² blieben die Inhalte dieser Forderungen zunächst unklar und stießen auch auf Skepsis.³ Auf der anderen Seite wurde deutlich, dass mit diesem Schritt das Ende des Systemkonflikts näher rücken musste.⁴ Mit dem Untergang des sowjetischen Ideologie- und Wertesystems erschien die Errichtung eines Rechtsstaats nach westlichem Muster als einzig logische Konsequenz. Aus westlicher Sicht schien sogar das „Ende der Geschichte“ erreicht. Befreit aus den Zwängen des totalitären Regimes nach einem jahrzehntelangen Kalten Krieg der Systeme blieb keine historische Alternative. Wie als „Krönung“ dieser Entwicklung⁵

¹ Vgl. Russian Analytical Digest, No. 92, 22. 2. 2011, online: www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?lng=en&id=17933, S. 15 (alle Internetzugriffe in diesem Text erfolgten am 2. 11. 2011).

² KPdSU, Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zum 19. Unionsparteitag, in: Die KPdSU in Resolutionen, Entscheidungen der Kongresse, Konferenzen und Plena des Zentralkomitees (russ.), Moskau 1989, S. 611.

³ Vgl. ebd., S. 652.

⁴ Vgl. Georg Brunner, Von der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ zum „sozialistischen Rechtsstaat“, Anmerkungen zur aktuellen Rechtsentwicklung in der Sowjetunion, in: Sowjetpolitik unter Gorbatschow, Die Innen- und Außenpolitik der UdSSR 1985–1990, Berlin 1990, S. 47–66; Otto Luchterhandt, Die Sowjetunion auf dem Weg zum Rechtsstaat, in: Jahrbuch für öffentliches Recht, nF, 39 (1990), S. 157.

⁵ Vgl. Theodor Schweisfurth, Die Sowjetunion im Aufbruch zum sozialistischen Rechtsstaat, in: Kay Hailbronner/Georg Röss/Torsten Stein (Hrsg.), Staat und Völkerrechtsordnung, Festschrift für Karl Doehring, Heidelberg 1989, S. 903 ff.

⁶ Vgl. Angelika Nußberger, Verfassungsgerichtsbarkeit als Krönung des Rechtsstaats oder als Feigenblatt autoritärer Regime, in: JuristenZeitung, 2010, S. 533–540.

wurde kurze Zeit später das russische Verfassungsgericht geschaffen. Nach Jahrhunderten autoritärer Tradition in Russland konnte man meinen, dass nun das Recht über die Politik triumphiert hatte.

Und das Verfassungsgericht schien zu halten, was es versprach:⁷ Als bahnbrechend gilt die erste Entscheidung vom 14. Januar 1992,⁸ mit der es ein Dekret des Präsidenten über die Zusammenlegung der Ministerien für Staatssicherheit und innere Angelegenheiten aus Gründen der Gewaltenteilung für verfassungswidrig erklärte. Erstmals wurde die Staatsgewalt in die Schranken des Rechts gewiesen. Schon kurze Zeit später leistete die Entscheidung über die verfassungsrechtliche Bewertung der Auflösung der Kommunistischen Partei einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit und wies den Weg in die Rechtsstaatlichkeit.⁹

Aus den politischen Versprechen Gorbatschows wurden Rechtspflichten. Die am 12. Dezember 1993 in Kraft getretene Verfassung erklärt Russland in Artikel 1 zu einem demokratischen, föderalen Rechtsstaat und den Menschen, seine Rechte und Freiheiten in Artikel 2 zum höchsten Wert. Während sich die Russische Föderation gegenüber ihren Bürgern in der Verfassung verpflichtete, tat sie dies gegenüber den europäischen Nachbarstaaten wenige Jahre später mit dem Beitritt zum Europarat am 28. Februar 1996 und durch die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention am 5. Mai 1998. Es folgten Justizreformen sowie wichtige Neukodifizierungen der Gesetzbücher und Prozessordnungen, etwa des Strafprozessgesetzbuches.¹⁰

⁷ Vgl. dies., Entwicklung der Verfassungsrechtsprechung in Russland, in: dies./Carmen Schmidt/Tamara Morščakova, Verfassungsrechtsprechung in der Russischen Föderation, Kehl am Rhein 2009.

⁸ VKS RF 1993, Nr. 1, S. 14 ff.; dt. Übs. in: A. Nußberger et al. (ebd.), S. 86 ff.

⁹ Entscheidung des russischen Verfassungsgerichts vom 30. 11. 1992, VKS RF 1993, Nr. 4–5, S. 37, dt. Übs. in: ebd., S. 99.

¹⁰ Vgl. Friedrich-Christian Schroeder, Die neue russische Strafprozessordnung – Durchbruch zum fairen Strafverfahren? forost-Arbeitspapier Nr. 10, 2002, online: www.forost.de.

Postsowjetische Realität

Damit ist die Russische Föderation heute kein stalinistischer Willkürstaat mehr. Insbesondere die Wirtschaftsgerichte genießen immer mehr Vertrauen. Eine Befragung von Unternehmern in Russland zeigt, dass sich Gerichtswesen und Rechtsdurchsetzung zwischen 2000 und 2007 spürbar verbessert haben. Vor allem das Vertrauen in die Vollstreckung der Urteile wuchs. Gleichwohl stieg das Vertrauen nicht flächendeckend. Entscheidend ist nach wie vor, gegen wen geklagt wird. So wird die Wahrscheinlichkeit, einen Prozess gegen den Staat zu gewinnen, immer noch als gering eingeschätzt.¹¹

Noch deutlicher zeigt sich das Problem der Selektivität von Justiz im Strafprozess. Hier prägen große Schauprozesse das Bild vom Rechtsstaat. Besondere Aufmerksamkeit erregte weltweit der Fall des ehemaligen Ölmagnaten Michail Chodorkowski.¹² Einem Unternehmer im Russland der 1990er Jahre Gesetzesverstöße nachzuweisen, ist nicht schwer, aber nur Chodorkowski und Platon Lebedew dafür auch zu bestrafen, erschien von Anfang an selektiv und unglaubwürdig. Der Ausgang war vorherbestimmt. Unter Verweis auf den Namen des Bezirksgerichts des Moskauer Stadtteils Basmani, vor dem der Prozess gegen Chodorkowski stattfand, wurde der Begriff der „Basmani-Justiz“ geprägt, der als postsowjetisches Äquivalent zur sowjetischen „Telefonjustiz“ beschrieben wird:¹³ ein Justizsystem unter der Kontrolle und im Dienste der politischen Autoritäten.

Auch andere Zielgruppen erhielten Warnungen durch exemplarische (*pokazatelnyi*) Justiz. Als die mehrfache Mutter und Jukos-Managerin Swetlana Bachima mit dürftigen Beweisen aufgrund ihrer Beteiligung am Ju-

kos-Fall zu einer hohen Haftstrafe verurteilt wurde, war für die Journalistin Anna Politkowskaja klar, dass hier ebenfalls ein Exempel statuiert werden sollte: „Die Jukos-Mitarbeiter betrachteten die Festnahme ihrer Kollegin als Warnung an sich selbst – praktisch für alle im Unternehmen war es offenkundig, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Repressalien gegen Jukos bis hinunter zu den einfachen Mitarbeitern ausweitete. Doch die Situation war weit schlimmer: Erhebt man gegen Chodorkowski Beschuldigungen, die sich ohne weiteres an die Adresse der meisten großen Geschäftsleute richten ließen, so kann das Schicksal Swetlana Bachimas jeden einfachen Bürger treffen.“¹⁴

Schauprozesscharakter hatten auch die Verurteilungen im Zusammenhang mit der Ausstellung „Achtung, Religion“. Den Künstlern wurde aufgrund von als religionsfeindlich eingeordneten Kunstwerken die Propaganda von anti-religiösem Hass vorgeworfen. Das Verfahren wurde von martialischen Anschuldigungen von Vertretern der Russisch-Orthodoxen Kirche begleitet¹⁵ und hatte Wirkung: Es wurde erfolgreich deutlich gemacht, dass Derartiges nicht geduldet wird. Juri Samodurov, der ehemalige Direktor des Sacharow-Zentrums, das die Ausstellung organisiert hatte, äußerte 2011 in einem Interview, die Ausstellung sei heute in Russland nicht mehr möglich, denn die „andere Seite habe gewonnen“.¹⁶ Andere Fälle dagegen wurden nicht ausreichend aufgeklärt, etwa die Todesfälle des ehemaligen FSB-Agenten Aleksandr Litwinenko in London sowie der Journalistin Anna Politkowskaja.¹⁷ Auch die zähe Aufklärungsarbeit musste politisch interpretiert werden.

Zahlreiche große Verfahren finden daher vor dem Europäischen Gerichtshof für Men-

¹¹ Vgl. Andrei Yakovlev/Timothy Frye, Wie effizient sind die russischen Wirtschaftsgerichte? Ergebnisse zweier Unternehmensumfragen 2000 und 2007, in: Russland-Analysen Nr. 179 vom 13. 3. 2009, S. 13 ff., online: www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen179.pdf.

¹² Vgl. Otto Luchterhandt, Rechtsnihilismus in Aktion: der Jukos-Chodorkovskij-Prozess, in: Osteuropa, (2005) 7, S. 37; ders., Verhöhnung des Rechts, Der zweite Strafprozess gegen Michail Chodorkovskij und Platon Lebedew, in: Osteuropa, (2011) 4, S. 3–42.

¹³ Vgl. Stephen Fortsecue, Russia's Oil Barons and Metal Magnates: Oligarchs and the State in Transition, New York 2006, S. 210.

¹⁴ Anna Politkowskaja, Russisches Tagebuch, Frankfurt/M. 2008, S. 423.

¹⁵ Zum Prozess umfassend: Michail Ryklin, Mit dem Recht des Stärkeren, Russische Kultur in Zeiten der gelenkten Demokratie, Frankfurt/M. 2006.

¹⁶ Jewgenija Nikolajewa, „Die anderen haben gewonnen“ – Interview mit Jurij Samodurov, in: Moskauer Deutsche Zeitung vom 21. 3. 2011, online: www.mdz-moskau.eu/print.php?date=1300733422.

¹⁷ Vgl. Angelika Nußberger/Yury Safoklov, Keine Schuld und keine Sühne. Zum Ende des Prozesses im „Mordfall Anna Politkowskaja“, in: Russland-Analysen Nr. 179 vom 13. 3. 2009, S. 3–6, online: www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen179.pdf.

schenrechte (EGMR) in Straßburg ein neues Forum. Der EGMR wird von Beschwerden aus Russland geradezu überschwemmt: Im Juli 2011 wurden 42 480 anhängige Beschwerden aus Russland gezählt.¹⁸ Gegenwärtig stehen zahlreiche für Russland rechtspolitisch wichtige Entscheidungen aus Straßburg aus, etwa über den Zugang zu Akten über das sowjetische Massaker an polnischen Offizieren 1940 in Katyn oder über den Umgang mit den großen terroristischen Anschlägen in Moskau wie 2002 im Theater „Nord-Ost“.

Bisher folgt Russland seinen Verpflichtungen aus der Konvention in bemerkenswerter Weise: So zahlt es die vom EGMR für die festgestellten Menschenrechtsverstöße festgelegten Schadensersatzsummen; vom Gerichtshof angemahnte strukturelle Reformen bleiben jedoch in der Regel aus.

Institutionelle Defizite

Die Gründe für die selektive Strafjustiz in Russland sind zunächst in institutionellen Defiziten zu suchen. Diskutiert werden die zu große Abhängigkeit des Richters vom direkten Vorgesetzten, der die einzelnen Fälle den Richtern jeweils individuell zuteilt, sowie intransparente Kriterien für die Einstellung und Entlassung von Richtern.¹⁹ Dies macht es möglich, auf Richter individuellen Druck auszuüben.²⁰ Gleichzeitig wurde es versäumt, die Staatsanwaltschaft wirkungsvoll zu reformieren. Die *Prokuratura*, schon in der Zarenzeit als „Auge des Zaren“ mächtige Aufsichtsbehörde, behielt trotz Reformen weitgehende Befugnisse. Ihr blieb nicht nur die Anklage und die Strafermittlung, sondern eine Vielzahl von weiteren Befugnissen, wie das Recht, im Zivilprozess das erneute Aufrollen eines bereits rechtskräftig

¹⁸ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Pressestelle, Länderprofil Russland, online: www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/7CF42EB0-0481-4ACD-9B49-1B92D396D126/0/PCP_Russia_en.pdf

¹⁹ Vgl. William E. Pomeranz, Legal Reform Through the Eyes of Russia's Leading Jurists, in: *Problems of Post-Communism*, 57 (2010) 3, S. 3–10.

²⁰ Vgl. z. B. Council of Europe, Parliamentary Assembly, Allegations of politically motivated abuses of the criminal justice system in Council of Europe member states. Report of the Committee on Legal Affairs and Human Rights, Doc. 11993, 7.8.2009, online: <http://assembly.coe.int/Documents/Working-Docs/doc09/edoc11993.pdf>.

entschiedenen Verfahrens verlangen zu können.²¹ Die European Commission for Democracy through Law, die „Venedig-Kommission“, kritisierte, dass die Organisation zu groß, zu mächtig, zu wenig transparent und mit zu vielen Befugnissen ausgestattet ist, jedoch trotz ihrer Macht zu stark vom Präsidenten abhängig blieb.²² So schlägt der Präsident den Generalstaatsanwalt, den Chef der streng hierarchisch organisierten Behörde, vor. Um die Aufgaben zu entzerren, wurde 2007 ein „Untersuchungskomitee bei der Staatsanwaltschaft“ geschaffen, das lediglich für die Ermittlung von Straftaten zuständig ist, während der Staatsanwaltschaft alle weiteren Aufgaben blieben. Dies allerdings führte in der Folgezeit zu Konkurrenzkämpfen und Blockaden zwischen beiden Einrichtungen.²³ Daraufhin wurde das Untersuchungskomitee im Jahr 2011 direkt dem Präsidenten unterstellt.²⁴ Die Abhängigkeit von der Exekutive ist auch damit offensichtlich nicht behoben.

Allerdings scheint die anhaltende Krise des Justizsystems nicht nur durch das Ausbleiben institutioneller Reformen bedingt. Dies zeigt deutlich der Rückzug des Verfassungsgerichts in eine „selbstverschuldete Unmündigkeit“. Eine Institution, die zuvor bewiesen hatte, dass sie strukturell in der Lage war, die Gewaltenteilung zu verteidigen, ging diesen Weg nicht mehr weiter. Das Verfassungsgericht, in den ersten Jahren als mutiger „Hüter über die Verfassung“ gepriesen, versäumte es in den Putin-Jahren in wichtigen Entscheidungen, Verfassungsinhalte zu konkretisieren und gegenüber der Politik zu verteidigen. Während es einerseits vermied, sich der Zentralisierung der Staatsgewalt und der Errichtung der Machtvertikale

²¹ Vgl. Jonathan D. Greenberg, The Kremlin's Eye: The 21st century Prokuratura in the Russian Authoritarian Tradition, in: *Stanford Journal of International Law*, 45 (2009) I, S. 1–50.

²² Vgl. European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), Opinion on the Federal Law on the *Prokuratura* (Prosecutor's Office) of the Russian Federation. Adopted by the Commission at its 63rd plenary session. Venice, 10–11 June 2005, Doc. CDL-AD(2005)014 vom 13. 6. 2005, S. 17.

²³ Vgl. Aude Merlin, The power of law versus the law of power – Interview with Stanislav Markelov, 3.6.2008, in: *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, (2009) 9, online: <http://pipss.revues.org/index2398.html>.

²⁴ Gesetz Nr. 403-FZ vom 28. 12. 2010.

unter Wladimir Putin entgegenzustellen, gelang es ebenso wenig, die Inhalte besonders gefährdeter Grundrechte wie der Meinungs-, der Kunst- oder der Religionsfreiheit²⁵ aufzuzeigen. Mehr Klarheit des Verfassungsgerichts hätte der Politik Grenzen setzen können. An seinem 20. Geburtstag im Herbst 2011 wurde das Gericht insofern nur noch als unbedeutender politischer Akteur oder gar im Vergleich mit westlicher Verfassungsgerichtsbarkeit als bloßes „aliud“²⁶ wahrgenommen.²⁷

Rechtsnihilismus als Erbe der Sowjetunion?

Präsident Medwedews Forderungen nach mehr Rechtsstaatlichkeit sorgten für viel Aufmerksamkeit. Der „fundamentalen Rolle des Rechts“, dem „Eckpfeiler unseres Staates und unserer Zivilgesellschaft“, gelte besonderes Augenmerk. Sichergestellt werden müsse die „Achtung vor dem Gesetz“ sowie die „Überwindung des Rechtsnihilismus“.²⁸

Dabei fand im Westen weniger Beachtung, dass seine Forderungen nicht nur der institutionellen Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, sondern auch einem kulturellen Wandel galten: Durch die sowjetischen Erfahrungen sieht Medwedew das Rechtsbewusstsein der Gesellschaft derart erschüttert, dass auch eine Art gesellschaftliche Umerziehung notwendig sei. Nach den vom Präsidenten veröffentlichten „Grundlagen der staatlichen Politik im Bereich der Entwicklung der rechtlichen Grundkenntnisse und des Rechtsbewusstseins der Bürger“²⁹

²⁵ Vgl. z.B. Entscheidung des Verfassungsgerichts der RF Nr. 8 P vom 28. 6. 2007, in SZ RF 2007 Nr. 27 Pos. 3346, dt. Übs. in: A. Nußberger et al. (Anm. 7), S. 306–326.

²⁶ Vgl. Angelika Nußberger, Neujustierung der Rolle zentraler Verfassungsorgane im politischen Prozess. Zur aktuellen Verfassungsrechtsentwicklung in der Ukraine, Kirgistan und Russland, in: Herbert Küpper (Hrsg.), Von Kontinuitäten und Brüchen: Ostrecht im Wandel der Zeiten. Festschrift für Friedrich-Christian Schroeder zum 75. Geburtstag, Frankfurt/M. 2011, S. 321–337, hier: S. 337.

²⁷ Zur Entwicklung bis 2007 vgl. A. Nußberger et al. (Anm. 7).

²⁸ Veröffentlicht auf der Website des Kreml: www.kremlin.ru/transcripts/1.

²⁹ Veröffentlicht auf der Website des Kreml: <http://kremlin.ru/news/11139>.

setzt die Entwicklung des Rechtsstaats eine „hohe Rechtskultur“ der Gesellschaft im Sinne einer „bedingungslosen Achtung des Gesetzes, der Ordnung und der Gerechtigkeit und der Ehrlichkeit“ voraus. Besondere Aufmerksamkeit wird der „Bildung von Rechtsbewusstsein“ und „rechtlichen Kenntnissen der jüngeren Generation“ gewidmet. In einem zweiten Teil fokussiert der Text auf die Umsetzung dieser Ziele: Danach wird zunächst ein „moralisches Klima“ in der Familie sowie „gesetzstreuere Verhalten der Eltern“ gefordert, erst weiter hinten folgt unter vielen anderen Punkten die „Verbesserung des Gerichtswesens“ und der „Gesetzgebung“ sowie die „Professionalisierung der Strafverfolgungsbehörden“. Wenn die Bedeutung des Textes auch unterschiedlich bewertet werden kann, ist die Stoßrichtung deutlich: Jedenfalls mitursächlich für die Probleme der russischen Justiz sei der Rechtsnihilismus der Gesellschaft aus der sowjetischen Erfahrung.

Dabei greift Medwedew eine uralte Kritik an der angeblichen Rechtsfremde der russischen Kultur auf. Seine Worte erinnern an die berühmten Forderungen des Rechtswissenschaftlers Bogdan Kistjakowski, der der russischen Intelligenzija bereits gegen Ende der Zarenzeit fehlendes Rechtsbewusstsein und mangelndes Interesse an Rechtsfragen vorwarf. Aufgrund des fehlenden Rechtsbewusstseins habe Russland zur Rechtsentwicklung ideengeschichtlich nichts beitragen können.³⁰ Material für den Nachweis eines kulturell bedingten Misstrauens gegenüber der Rechtsidee in Russland findet sich schon in vorsowjetischen Zeiten reichlich. Insbesondere im 19. Jahrhundert ist die negative Rechtsphilosophie in Russland mächtig. In keinem anderen europäischen Land haben einflussreiche Denker die Rechtsidee zu dieser Zeit noch derart in Frage gestellt. Immer wieder wird betont, dass nicht nur Leo Tolstoi, sondern auch Fjodor Dostojewski die Vorstellung vertritt, dass wahre Gerechtigkeit nicht durch die staatlichen Institutionen der Justiz zu erreichen ist.³¹

³⁰ Vgl. Bogdan Kistjakovskij, Zur Verteidigung des Rechts, deutsche Übersetzung in: Karl Schlögel (Hrsg.), Wegzeichen, Frankfurt/M. 1990, S. 212ff.

³¹ Vgl. Jessica C. Wilson, Russia's Cultural Aversion to the Rule of Law, in: Columbia Journal of Eastern European Law, 195 (2008) 2, S. 195–232.

Andere lehnen die Rechtsidee nicht nur als Instrument der Mächtigen, sondern auch als „westlich“ ab: Der Rechtsgelehrte Pawel Nowgorodzeff antwortete Kistjakowski mit Verweis auf die kulturelle Andersartigkeit des Russischen: „Der westeuropäische Gelehrte wird mit dem ihm eigenen Hochmut, im Bewusstsein seiner eigenen Überlegenheit, den ungebildeten und undisziplinierten Osten gar nicht oder wenigstens nicht richtig einschätzen, daß gerade durch die Tatsache, daß wir einen ‚Esprit des lois‘ und einen ‚contrat social‘ nicht haben und nicht haben können, die Eigentümlichkeit unserer Lage unmittelbar hervortritt, und daß das Fehlen von Apologien des Rechtes und des Staates in der russischen Literatur gerade darin seinen Grund hat, daß der russische Geist im ewigen Streben nach dem was höher als Recht und Staat ist seinen Ausdruck findet.“³²

Gleichwohl verkennt diese Sichtweise, dass die russische Rechtsphilosophie auch wichtige Verfechter der Rechtsidee hervorgebracht hat.³³ Es ist ebenso bemerkenswert, wie intensiv und eigenständig sich russische Rechtsgelehrte im ausgehenden 19. Jahrhundert mit der westlichen Rechtsentwicklung auseinandersetzen, mit der es zuvor nur wenig Berührungspunkte gegeben hatte. So ist es eindrucksvoll zu lesen, wie variationsreich Tolstois Rechtskritik von der Wissenschaft widerlegt wird und letztlich auch für den Rechtsdiskurs im Westen Impulse gesetzt werden konnten.

Es erscheint heute tragisch, dass diese Entwicklung durch die Oktoberrevolution langfristig zunichte gemacht wurde. Als Ironie der russischen Rechtsgeschichte erwies sich, dass die Bolschewiki das Recht des Zaren zwar ebenso wie Tolstoi als bloßes Machtmittel verurteilten und mit Marx insofern das Abstreben von Recht und Staat forderten, es anschließend aber unter neuen ideologischen Vorzeichen selbst als Machtinstrument für die Erreichung ihrer Ziele missbrauchten. Mit der Oktoberrevolution

³² Pawel Nowgorodzeff, Über die eigentümlichen Elemente der russischen Rechtsphilosophie, in: Philosophie und Recht, (1922) 2, S. 50.

³³ Vgl. dazu Anita Schlüchter, Recht und Moral, Argumente und Debatten „zur Verteidigung des Rechts“ an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Russland, Zürich 2008.

wurde die Politik auch offiziell über das geschriebene Recht gestellt. Es wurden zwar Verfassungen verabschiedet, diese enthielten jedoch vor allem politische Zielvorstellungen und Prinzipien; grundrechtliche Garantien blieben leere Versprechungen und waren nach westlichem Verständnis nicht justizierbar. Subjektive Rechtsgarantien, die sich im Widerspruch mit den Staatszielen befanden, sind diesem System fremd. Gewaltenteilung wird ebenfalls abgelehnt, weil sie der effektiven Durchsetzung der politischen Ziele entgegenstand. Recht wird wie in der Zarenzeit vom Staat gewährt und ist nicht gegen ihn durchsetzbar.

Mit dieser Tradition zu brechen, wäre die Aufgabe einer Perestrojka für die russische Justiz. So mag es in Russland eine historisch oder auch kulturell bedingte Skepsis gegenüber dem Recht geben. Diese wird jedoch offensichtlich dadurch gestärkt, dass die politisch Mächtigen im Rahmen von Schauprozessen auch heute wieder Justizorgane für ihre Zwecke nutzen. Nach der bereits erwähnten Umfrage des Lewada-Zentrums vom Dezember 2010 gaben 46 Prozent der Befragten an, es gebe zu viele, die über dem Gesetz stünden.³⁴ Ursache dafür sind aber nicht nur historische Erfahrungen, sondern auch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Die ehemalige Verfassungsrichterin Tamara Morschtschakowa betont, dass es nicht die Besonderheiten der russischen Kultur oder der russischen Mentalität seien, die erfolgreiche Reformen im Justizbereich verhindert hätten, sondern vor allem die Putin'schen Gegenreformen seit dem Jahr 2000.³⁵

Tatsächlich war Putins Amtsantritt eine Wende für die Rechtsstaatsentwicklung. Anders als Medwedew argumentiert Putin offen für den starken Staat und erklärt die liberalen Ideen der 1990er Jahre für gescheitert. Er unterstreicht die Bedeutung der politischen Macht in Zeiten politischer Instabilität und konstruiert die unter dem Schlagwort der Freiheit entstandene wirtschaftliche und soziale Krise der 1990er Jahre zum Gegenbild russischer Staatlichkeit: „Russland wird

³⁴ Vgl. Russian Analytical Digest (Anm. 1), S. 16.

³⁵ Vgl. Tamara Morščakova, Eti predloženiya absolutno realizuemy, in: Vlast, Nr. 25 vom 29.6.2009, S. 26ff.

in der nächsten Zeit nicht, oder sogar überhaupt nicht, eine zweite Auflage der Vereinigten Staaten oder Englands, wo liberale Werte eine große historische Tradition haben.“ Schlüssel für die „Wiederbelebung und den Aufstieg Russlands“ sei die starke Staatsmacht.³⁶ Unter diesen Vorzeichen stärkt Putin die Machtvertikale als streng hierarchisch strukturiertes System, der Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz widersprechen.

Braucht der Rechtsstaat Zeit?

Einen wichtigen Unterstützer in der Justiz findet Putin in Verfassungsgerichtspräsidentin Valerija Zorkina. Dieser hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass die politischen Verhältnisse noch nicht stabil genug seien, um die Verfassungsinhalte voll zum Tragen zu bringen. In dem Aufsatz „Vertrauens- und Staatskrise“ zeichnet er ein düsteres Bild der Gegenwart.³⁷ Er fragt, was der Rechtsstaat nütze, wenn der Staat mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedrohungen konfrontiert sei. So zeichnet er einen Widerspruch von Verfassungsgarantien und dem notwendigen Schutz der nationalen Sicherheit.

Wichtig sei, das optimale Verhältnis zwischen den Normen der Verfassung und der Wirklichkeit in der jeweiligen historischen Entwicklungsetappe zu finden. Der avisierete „Mittelweg“ hält an den Verfassungsinhalten fest, verschiebt sie aber auf spätere, stabilisierte Zeiten. In der Entscheidung des Verfassungsgerichts über die faktische Ernennung der Regierungschefs der Subjekte (entsprechen den deutschen Bundesländern) durch den föderalen Präsidenten sah das russische Verfassungsgericht daher keinen Verstoß gegen das Föderalismusprinzip, sondern überließ es der Politik zu entscheiden, wie viel Föderalismus das Land in Krisenzeiten vertrage und wie viel Zentralismus notwendig sei.³⁸ In der Entscheidung

über das faktische Verbot regionaler Parteien argumentiert das Verfassungsgericht ohne Anhaltspunkt in der Verfassung, die Gesellschaft sei dafür noch nicht reif.³⁹ Der gegenwärtige Entwicklungszustand lasse die völlige Gewährung der Rechte noch nicht zu, dies sei aber zu einem späteren Zeitpunkt denkbar. Mit diesem Ansatz erhält die Verfassung wie in sowjetischen Zeiten den Charakter einer politischen Zielvereinbarung, verliert ihre Justiziabilität und wird relativiert. Deutlich wird ein weiteres sowjetisches Argumentationsmuster: So wie das Arbeiterparadies, anders als von Karl Marx vorhergesagt, auch nach der russischen Revolution 1917 Verheißung blieb, bleibt auch der Rechtsstaat heute Ziel und braucht aber, angesichts der Probleme auf der gegenwärtigen Entwicklungsetappe, mehr Zeit.

Es fragt sich, ob nicht gerade die Verdunkelung der Verfassungsinhalte zu Gunsten der „Stabilisierung“ des Staates durch Schauprozesse und einer erneuten Unterordnung der Justiz unter die Politik das Vertrauen der Bürger in die Justiz erneut erschüttert und die Entwicklung von „Rechtsbewusstsein“ verhindert hat. Wichtiger als die Erziehung der Bürger zu mehr Rechtsbewusstsein scheint in erster Linie eine politische Elite, die den Rechtsstaat, die Unterordnung der Politik unter das Recht, bedingungslos akzeptiert. Nur so scheint das Vertrauen in die Institutionen gestärkt werden zu können. Dann wäre die Perestrojka – der Umbau – des Rechtswesens abgeschlossen. Dies aber ist bisher nicht geschehen, denn die politische Elite will in paternalistischer Tradition⁴⁰ selbst Herr über den gesellschaftlichen Umbau bleiben. In diesem Ansatz scheint sie selbst in mächtigen sowjetischen Denkkonventionen gefangen.

³⁶ Vladimir Putin, *Rossija na rubeže tysjačeljetij*, in: *Nezavisimaya Gazeta* vom 30.12.1999, online: www.ng.ru/politics/1999-12-30/4_millennium.html.

³⁷ Vgl. Valerij Zorkin, *Vertrauens- und Staatskrise*, in: *Rossijskaja Gazeta* vom 10.4.2009, online: www.rg.ru/2009/04/10/zorkin.html.

³⁸ Entscheidung des Verfassungsgerichts der RF vom 21.12.2005, Nr. 13-P.

³⁹ Entscheidung des Verfassungsgerichts der RF vom 1.2.2005, Nr. 1-P.

⁴⁰ Vgl. Angelika Nußberger, *Rechtswesen und Rechtskultur*, in: Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hrsg.), *Länderbericht Russland*, Bonn 2010, S. 138f.

Gemma Pörzgen

Russische Medien zwischen Vielfalt und Bedrohung

Wer heute in der russischen Hauptstadt Moskau am Kiosk steht, blickt auf eine Fülle von Zeitungen und Zeitschriften. Darunter sind mit

Gemma Pörzgen

Geb. 1962; freie Journalistin, Berlin; Vorstandsmitglied von „Reporter ohne Grenzen“. gemma.poerzgen@gmx.net

den Wirtschaftszeitungen „Kommersant“ und „Wedemosti“, dem Wochenblatt „Nowaja Gaseta“ oder der Zeitschrift „Russkij Reporter“ Publikationen von hoher Qualität, bei deren Lektüre der interessierte Leser auf exzellente Analysen und interessante Reportagen stößt. Die Themenvielfalt ist groß, und unter den russischen Journalisten gibt es zahlreiche angesehene Publizisten mit klangvollen Namen und echter Stammlererschaft. Wer im Radio „Echo Moskwy“ hört, ist beeindruckt, wie viele Spitzenpolitiker sich dort kritischen Fragen stellen, und dass kaum ein heikles Thema ausgespart bleibt. Doch der Schein trügt.

Während die sowjetischen Staatszeitungen wie die „Prawda“ oder die „Iswestija“ als überregionale Leitmedien Millionenaufgaben hatten, erreichen heutige Zeitungen diese überregionale Breitenwirkung nicht mehr. So gibt es zwar wichtige kritische Stimmen wie die „Nowaja Gaseta“, aber ihre Wirkung bleibt bei einer Auflage von rund 230 000 Exemplaren vor allem auf die größeren Städte wie Moskau und St. Petersburg begrenzt. Da unabhängige Medien mit geringen Auflagen und kleiner Hörerschaft in dem riesigen Land mit rund 140 Millionen Einwohnern kaum eine kritische Masse erreichen, werden sie der Führung nicht gefährlich, sondern dienen eher als Ventil der Unzufriedenheit.

Russische Journalisten klagen deshalb häufig darüber, dass selbst mutige, investigative Recherchen kaum noch ein politisches Echo finden. „Ich verstehe mich heute als Historiker des Tages“, sagt der Journalist Leonid Nikitinski etwas resigniert.¹ Er ist einer der

führenden Gerichtsreporter des Landes und arbeitet seit Jahren für die „Nowaja Gaseta“, doch es kommt ihm vor, als erzielten Journalisten nur noch dann Widerhall, wenn ihre Recherchen mit einer politischen Intrige zusammenfallen. Nikitinski tröstet sich deshalb mit seiner Rolle als Chronist der Tagesgeschehnisse: „Wir schreiben Geschichte und halten fest, was passiert.“

Machtpolitisch bedeutsam ist in der Russischen Föderation vor allem die TV-Berichterstattung. Die wichtigsten Fernsehsender, die landesweit zu sehen sind, unterstehen der Kontrolle des Kreml. In nahezu jedem Haushalt gibt es ein Fernsehgerät, und für rund 90 Prozent der Bürger ist das Fernsehen die wichtigste Informationsquelle. Mit dem Fernsehen erreicht man die Zuschauer bis in die entlegensten Winkel des Landes. Wer die abendliche Nachrichtensendung „Wremja“ einschaltet, kann sich davon überzeugen, wie stark die Regierung dieses Propagandainstrument nutzt und damit die Meinungsbildung landesweit dominieren kann. Die Beiträge widmen sich überwiegend der Arbeit des Präsidenten Dmitri Medwedew und des Ministerpräsidenten Wladimir Putin oder nachgeordneter Behörden. Kritische Themen werden meist ausgespart, Oppositionspolitiker kommen kaum zu Wort. „Das Fernsehen ist reine Propaganda. Die Leute schauen dem Staatsfernsehen zu, gehen auf die Straße und sehen etwas völlig anderes“, beschreibt der Chefredakteur der kremlkritischen „Nowaja Gaseta“, Dmitri Muratow, die Diskrepanz, die für viele Russen spürbar ist und die verbreitete Apathie noch verstärkt.²

Morde an Journalisten

Die Dominanz der staatlichen Kontrolle über die Medien führt dazu, dass die Russische Föderation heute als Land gilt, in dem es keine Pressefreiheit gibt. Für die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) liegt das Land in seiner jährlichen Rangliste der Pressefreiheit beständig auf den hinteren Plätzen, im Jahr 2010 auf Platz 140 von 178.³ Dazu trägt

¹ Interview d. Verf. mit Leonid Nikitinski im Oktober 2011 in Moskau.

² Gemma Pörzgen, Nur Öl und Gas, in: Journalist, (2009) 3, S. 59.

³ Vgl. Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit weltweit, online: www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/die-neue-rangliste-2010.html (9.11.2011).

bei, dass Journalisten in Russland massiv gefährdet sind. Die Zahl der Journalistenmorde und gewaltsamen Übergriffe ist seit Jahren erschreckend hoch. Das Committee to Protect Journalists (CPJ) in New York kam 2009 zu dem Schluss, dass Russland zu den gefährlichsten Staaten für Journalisten zählt, und mahnte wiederholt größere Anstrengungen der Regierung zu deren Aufklärung an.^f

Wer die Redaktion der „Nowaja Gaseta“ in der Moskauer Altstadt besucht, wird von den Kollegen fast immer zum früheren Büro von Anna Politkowskaja geführt. Ihr Schreibtisch bleibt seit ihrem gewaltsamen Tod ungenutzt und ist immer mit frischen Blumen geschmückt. Darüber hängt eine Fotografie der mutigen Journalistin, die jahrelang für die Zeitung über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien schrieb und keine Risiken scheute. Ihre Ermordung am 7. Oktober 2006 vor ihrer Wohnung mitten in Moskau stieß weltweit auf Empörung und Kritik an der russischen Führung. Denn in Russland bleiben die meisten Journalistenmorde unaufgeklärt. Die Ermittlungen schleppen sich über Jahre hin und verlaufen im Sande. Dabei hat allein die „Nowaja Gaseta“, die immer wieder schwierige Themen anpackt, inzwischen fünf ermordete Journalisten zu beklagen.

Seit dem Amtsantritt von Putin im März 2000 zählt ROG mindestens 26 Journalisten, die wegen ihrer Arbeit in der Russischen Föderation getötet wurden. Doch die Journalistenmorde sind nicht ein alleiniges Phänomen der Putin-Zeit. Schon unter der Präsidentschaft von Boris Jelzin wurden in der Russischen Föderation nach ROG-Angaben mindestens 45 Journalisten getötet. Der Mord an dem prominenten Fernsehjournalisten Wladislaw Listjew erschütterte im Frühjahr 1995 das ganze Land. Tausende kamen damals ins Fernsehzentrum Ostankino, um von dem Fernsehmann Abschied zu nehmen. Seine politische Talkshow gehörte zu den beliebtesten Sendungen. Viele Journalisten starben auch während der Berichterstattung im Tschetschenien-Krieg. Russische Journalistenorganisationen nennen in den vergangenen Jahren noch höhere Zahlen als ROG, wobei bei dieser Sta-

tistik nicht immer nachweisbar ist, ob die Gewalttaten mit der journalistischen Tätigkeit tatsächlich in Zusammenhang standen. Fest steht, dass kaum ein Täter zur Rechenschaft gezogen wurde.

Zwar gibt es nun erstmals nach fünf Jahren Fortschritte bei den Ermittlungen im Fall Politkowskaja, doch diese sind vor allem den unermüdlichen Recherchen der „Nowaja Gaseta“ zu verdanken, die ein spezielles Recherche-Team einsetzte. Die mutmaßlichen Auftragsmörder Dmitri Pawljutschenko und Rustam Machmudow wurden in diesem Jahr gefasst. Der ehemalige Oberstleutnant der Moskauer Polizei, Pawljutschenko, wird beschuldigt, den Mord organisiert und dafür eine Belohnung eines bisher unbekanntem Auftraggebers erhalten zu haben. Nach Angaben der Ermittler soll er zuvor eine Bande beauftragt haben, die täglichen Wege von Politkowskaja auszuspionieren, um sie dann in ihrem Wohnhaus abzupassen. Der Tschetschene Machmudow gilt als der mutmaßliche Todesschütze. Ob das Verfahren auch offen legt, wer den Auftrag zu diesem Mord erteilte, bleibt bislang zweifelhaft.

Längst ist ein Klima der Straflosigkeit entstanden. Es führt dazu, dass viele Journalisten vor schwierigen Recherchen zurückschrecken. Gerade jüngere Kollegen entscheiden sich lieber dafür, möglichen Gefährdungen zu entgehen, und widmen sich harmloseren Themen. Tabu sind vor allem die verbreitete Korruption, aber auch die Entwicklungen im Nordkaukasus. In den russischen Kaukasusrepubliken Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien ist die Arbeit von Journalisten besonders gefährlich. Aber auch in anderen Regionen bleibt es schwierig. ROG hat im Jahr 2009 einen Bericht verfasst, der die Lage in sieben ausgewählten Regionen des Landes beleuchtete.^f Dabei wurde deutlich, dass die ökonomische Notlage viele Medien unverändert dazu bringt, sich staatliche Finanzierungsmöglichkeiten zu sichern. In der Provinz verstehen sich zahlreiche Medien als Verlautbarungsorgane staatlicher Institutionen. Viele regionale Zeitungen und ein Großteil der Radio- und Fernsehsender sind teilweise oder ganz im Besitz der Re-

^f Vgl. CPJ, Anatomy of Injustice: The Unsolved Killings of Journalists in Russia, online: <http://cpj.org/reports/2009/09/anatomy-injustice-russian-journalist-killings.php> (9. 11. 2011).

^f Vgl. Reporter ohne Grenzen (Hrsg.), Helden und Handlanger: Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen, Berlin 2009, online: www.reporter-ohne-grenzen.de/publikationen/rog-atlas-russland.html (9. 11. 2011).

gion, des Landkreises oder der Stadt. Staatliche „Informationsverträge“ gehören zu den gängigsten Mitteln der Steuerung regionaler Medien: Für eine dem Bürgermeister, dem Gouverneur oder anderen Behördenvertretern genehme Berichterstattung erhalten sie finanzielle Gegenleistungen.

Da die Abhängigkeit zwischen Medien, Politik und Wirtschaft so groß ist, greift nur eine kleine Minderheit von Journalisten kritische Themen auf. Nur selten widmen sich regionale Medien Missständen wie der verbreiteten Korruption oder unterdrückten Protestaktionen. Wie ROG feststellte, haben sich die meisten Journalisten an die Regel gewöhnt: „Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird.“ Medienvielfalt bedeutet deshalb vielerorts nur, dass Gouverneur und Bürgermeister im Konflikt miteinander stehen und deshalb für ihre jeweiligen Zwecke unterschiedliche Medien einspannen. In manchen Regionen kontrollieren Akteure aus Politik und Wirtschaft die Medienlandschaft völlig.

In vielen Redaktionen zeigte sich, dass die Grenzen zwischen redaktionellen und bezahlten Inhalten längst gefallen sind. Phänomene wie Image-Reklame und „Sakasucha“ sind weit verbreitet. Als „Image-Artikel“ werden in Russland von Journalisten verfasste Werbeartikel für einen Politiker oder Geschäftsmann bezeichnet, die für den Leser aber nicht als PR-Material zu erkennen sind. Unter „Sakasucha“¹⁶ versteht man, dass einige Journalisten dafür bezahlt werden, dass sie in ihren Artikeln politische Gegner kompromittieren.

Nur vereinzelt gab es Beispiele für unabhängige Redaktionen, denen es gelungen war, mit umsichtigen Finanzierungsmodellen wirtschaftlich unabhängig zu bleiben und sich damit auch größere inhaltliche Freiräume zu schaffen. Immerhin haben sich mehr als 50 unabhängige Zeitungen seit 2004 zur Allianz Unabhängiger Russischer Verlage (ANRI) zusammengeschlossen, um sich überregional zu vernetzen und zu unterstützen. Große Unabhängigkeit schafft dabei beispielsweise eine eigene Druckerei. Denn bis heute sind die meisten Druckereien ebenso wie die Vertriebswege staatlich organisiert, was es den Behörden leicht macht, Verlage und Redaktionen bei unliebsamer Berichterstattung unter Druck zu setzen.

¹⁶ Von russ. *sakas*, Bestellung.

Auch Besuche der Steuerpolizei oder Beamte des Brandschutzes sind verbreitete Mittel, um Journalisten in ihrer Arbeit zu verunsichern.

Tradition und neue Abhängigkeiten

Bis heute wurzelt das Verständnis der Rolle von Massenmedien in der sowjetischen Tradition. In der UdSSR dienten die Massenmedien allein den Interessen der Partei- und Staatsführung. Die strenge Zensur wurde zwar im neuen Russland abgeschafft, aber das staatsnahe Verständnis von Medien hat sich in der postsowjetischen Gesellschaft ebenso fortgesetzt wie die Selbstzensur in den Redaktionen. Das bedeutet, dass in Russland Zeitungen, Hörfunksender und Fernsehsender vor allem als Instrumente der Machtausübung gelten. Ein journalistisches Verständnis, das Medien als Vierte Gewalt ansieht und vor allem im Dienste des Mediennutzers versteht, ist traditionell unterentwickelt. Das gilt auch für das Selbstverständnis vieler Journalisten, die sich nicht in erster Linie ihrem Leser, Zuhörer oder Zuschauer verpflichtet sehen. Viele russische Kollegen erinnern sich deshalb mit Wehmut an die Zeit von Glasnost und Perestroika, als die strenge Kontrolle der Medien nachließ und eine lebendige gesellschaftliche Debatte vor allem über Fragen der stalinistischen Vergangenheit erblühte. Damals entstanden neue Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehsender; alte modernisierten und veränderten sich auch in Stil und Sprache. Aber es entstand keine Freiheit der Medien, die sich nachhaltig auswirkte.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gerieten die Medien in der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre zunehmend unter finanziellen Druck und immer stärker in die Abhängigkeit von einflussreichen Geldgebern. Einen funktionierenden Werbemarkt gab es nicht und damit wenig Ansatzpunkte für eine Entwicklung unabhängiger, freier Medien. Vielmehr wurde das frühere System der vollständigen staatlichen Subventionierung in Teilen an andere, neue Geldgeber ausgelagert. Zwar verlor der Staat an Einfluss, aber es entstanden neue Abhängigkeiten. Wichtige Interessengruppen, sogenannte „Oligarchen“, erwarben große Marktanteile von TV-Sendern, Rundfunkstationen und Zeitungen und begannen diese zunehmend als Sprachrohre für ihre Interessen zu nutzen.

Dabei entstanden die Medienimperien von Boris Beresowski und Wladimir Gussinski, die mit ihren Vermögen aber auch die Arbeit von journalistischen Vorzeigeprojekten absicherten. Besondere Popularität erreichte der landesweite Fernsehsender NTW, dessen professionell gemachte Nachrichtensendungen für kritischen Journalismus in Russland standen und neue Maßstäbe setzten. „Beresowski und Gussinski fühlten sich als Strippenzieher und Schicksalslenker Russlands. Es sah wie Pressefreiheit und mutiger Enthüllungsjournalismus aus, war aber doch nichts anderes als Auftragsarbeit und eine Abbildung der Grabenkriege verschiedener Cliquen im gnadenlosen Kampf um die permanente Umverteilung des Staatsvermögens“, hieß es in der Internetzeitung „Russland-Aktuell“ in einem Nachruf auf diese Jahre.^f

Der Wahlkampf 1996 zeigte, wie leicht sich Journalisten und Medien instrumentalisieren ließen. Die meisten prominenten Journalisten schlugen sich damals einseitig auf die Seite von Präsident Jelzin, um einen Wahlsieg der Kommunistischen Partei unter Gennadi Sjuganow zu verhindern. Es gab erbitterte Diskussionen zwischen russischen Kollegen und westlichen Moskau-Korrespondenten, die diesen vorwarfen, den unabhängigen Journalismus nun endgültig zu verraten. Der Sender NTW trug mit massiver Wahlpropaganda zur Wiederwahl von Jelzin bei. „Den Vorwurf undemokratischen Verhaltens und der Verletzung der Pressefreiheit konterte die NTW-Führung damals mit dem Argument, jedes Mittel sei recht, um die Kommunisten zu stoppen“, beschreibt „Russland-Aktuell“ das Vorgehen des Senders.^f Als Gegenleistung erhielt NTW landesweite Sendelizenzen und einen günstigen Kredit des Staatsunternehmens Gasprom.

Der Moskauer Journalist Alexej Simonow sieht seine eigene Rolle in dieser Zeit heute sehr selbstkritisch. Der Gründer der Moskauer Stiftung für die Verteidigung von Glasnost beklagt heute, dass die Journalisten ihrer Verantwortung damals nicht gerecht geworden seien und das Ansehen des Berufsstandes

selbst nachhaltig beschädigt hätten. „Die Journalisten verrieten ihre Leser und Zuschauer“, sagt Simonow heute. „Das war auch mein Fehler. Das hätten wir nicht tun dürfen, aber wir hatten Angst vor der kommunistischen Wiederkehr.“^f Der Journalismus in Russland hat sich aus seiner Sicht davon nicht mehr erholen können und in der breiten Bevölkerung jedes Ansehen eingebüßt, sagt der 72-jährige Wächter über die Pressefreiheit in Russland.

Mit dem Machtantritt des neuen Präsidenten Wladimir Putin begann eine neue Phase der Medienpolitik, in der der Staat sich wieder stärker der Medien bemächtigte. Im Zuge neuer Verteilungskämpfe im Kreml wurden die Medienpäpste Beresowski und Gussinski entmachtet, ihre Medienkonzerne zerschlagen und das System neu strukturiert. Eine Tochterfirma des staatlichen Gasprom-Konzerns übernahm beispielsweise im Frühjahr 2001 den Sender NTW und verwandelte ihn in einen Propagandasender des Kreml. Nach und nach wurden mehrere große Zeitungen und Sender wieder verstaatlicht, Journalisten stärker unter Druck gesetzt und ganze Redaktionen geschlossen. Mit der Errichtung einer neuen zentralen Machtvertikale ging einher, dass auch die öffentliche Meinung wieder stärker gesteuert wurde. ROG führt Putin deshalb seit Jahren als einen der weltweiten „Feinde der Pressefreiheit“.

Neue Hoffnung unter Medwedew

Als Russlands neuer Präsident Dmitri Medwedew am 7. Mai 2008 sein Amt antrat, keimte die Hoffnung, dass in den Medien wieder etwas mehr Freiheit einziehen möge. Es war eine ungewöhnliche Geste, dass das neue Staatsoberhaupt den Chefredakteur der „Nowaja Gaseta“, Dmitri Muratow, nach dem Doppelmord an dem Moskauer Menschenrechtsanwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa Anfang 2009 zu einem Gespräch in den Kreml einlud und ihm sein Beileid bezeugte. Die beiden waren im Januar 2009 mitten in der Moskauer Innenstadt auf offener Straße erschossen worden.

Auch schien es ein ermutigendes Signal zu sein, dass Medwedew sein erstes Exklu-

^f Vgl. Es sah aus wie Pressefreiheit, war aber Auftragsarbeit, in: Russland-Aktuell vom 14. 4. 2006, online: www.aktuell.ru/russland/kommentar/es_sah_aus_wie_pressefreiheit_war_aber_auftragsarbeit_278.html (9. 11. 2011).

^f Vgl. ebd.

^f Interview d. Verf. mit Alexej Simonow im Oktober 2011 in Moskau.

siv-Interview als Präsident im Frühjahr desselben Jahres ebenfalls der kremlkritischen „Nowaja Gaseta“ gab. Dieses Signal, dass nun selbst der Präsident zu den Lesern dieses Blattes gehörte, verhalf der Wochenzeitung zu einem enormen Popularitätsaufschwung, von dem sie auch finanziell profitierte. Firmen und Banken, die sich vorher scheuten Werbeanzeigen zu schalten, gehörten plötzlich zu den Anzeigenkunden, als habe das Interview das Blatt aufgewertet.

Medwedew fand deutliche Worte, als ein halbes Jahr später die Menschenrechtlerin und frühere Journalistin der „Nowaja Gasetta“, Natalja Estemirowa, in Tschetschenien entführt und ermordet wurde. Der Präsident verurteilte die brutale Ermordung und versprach sich für effektivere Ermittlungen der Polizei bei Journalisten-Morden einzusetzen. Anders als 2006 nach dem Mord an Politkowskaja sendete das staatliche Fernsehen bewegende Nachrufe und zeichnete das Bild einer mutigen Frau, die wegen ihrer Recherchen ermordet wurde. Diese kleinen Zeichen einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas wirkten auf kritische Journalisten und Bürgerrechtler wie eine leise Ermutigung. Der frühere Moskau-Korrespondent Erik Albrecht beurteilt das so: „Unter ihm (Medwedjew) gibt es die Verbesserung im Kleinen. Die Atmosphäre wird offener. Doch an den entscheidenden Stellen, wie dem Staatsfernsehen, an denen er tatsächlich ein Mehr an Demokratie und Meinungsfreiheit bewirken könnte, hält auch Dmitrij Medwedjew am System fest.“¹⁰ Auch Simonow schien es, als entstünden mit Medwedew zumindest kleine Freiräume: „Es schien uns, als ob es einen Gegensatz zwischen Putin und Medwedew gebe, und darüber haben die Medien ausgiebig geschrieben. In diesem kleinen Raum entstand ein Stück Freiheit und Raum für Kritik.“¹¹

Nachdem inzwischen deutlich wurde, dass Putin die Präsidentschaft 2012 wieder übernehmen wird, ist offen, wie er mit der Instrumentalisierung der Medien weiter verfahren wird. Ende Oktober 2011 überraschte die Nachricht, dass Putin den diesjährigen Medienstaatspreis an den zum Invaliden ge-

¹⁰ Erik Albrecht, *Putin und sein Präsident. Russland unter Medwedjew*, Zürich 2011, S. 149.

¹¹ Interview (Anm. 9).

prügelten russischen Umweltjournalisten Michail Beketow verleihen würde. Damit werden zum ersten Mal Journalisten mit dieser Auszeichnung bedacht, die sich durch offene Kritik an den Machthabern hervorgetan haben. Außer Beketow, der wegen seiner kritischen Berichterstattung aus der Stadt Chimki fast totgeschlagen wurde, gehörte auch die Fernsehjournalistin Irina Petrowskaja sowie die Publizisten Fjodor Lukjanow und Sergej Parchamow zu den Preisträgern. Zum ersten Mal sollte der Regierungschef selbst die Auszeichnung an die Preisträger übergeben.¹²

Trotz solcher überraschenden Gesten zeigt sich der Chefredakteur des Radiosenders „Echo Moskwy“, Alexej Wenediktow, überzeugt, dass die Medien für Putin nur ein Mittel der Machtausübung bleiben: „Putin glaubt nach wie vor, die Medien wären ein Mittel zur Lösung von Fragen, ein Instrument. Die Medien sind kein Institut der Zivilgesellschaft, kein Institut des Staates. Sie sind ein Instrument in den Händen des Besitzers.“¹³ Zwar wird im bevorstehenden Präsidentenwahlkampf im Frühjahr 2012 das Fernsehen erneut die entscheidende Rolle spielen, aber die Bedeutung des Internets wächst.

„Küchengespräche“ im Internet

Das Internet gilt in Russland bislang als Reservat der Pressefreiheit. Anders als in China oder im Iran gibt es in der Russischen Föderation keine staatliche Zensur im Netz. Als die US-Organisation „Freedom House“ im April 2011 das russische Internet nur als „eingeschränkt frei“ charakterisierte, protestierten viele Blogger gegen diese Einschätzung und bestanden darauf, dass das russische Internet frei sei. Die Zahl der regelmäßigen Nutzer steigt beständig und liegt nach Schätzungen des Moskauer Umfrageinstituts WZIOM 2011 bei 40 Prozent der russischen Bevölkerung und damit elf Prozent höher als noch vor einem Jahr. Unter jungen Leuten zwischen 18 und 24 Jahren sollen sich sogar 91 Prozent im Netz tummeln, wobei dabei noch keine Aus-

¹² Vgl. Kerstin Holm, Michail Beketow, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. 11. 2011, S. 33.

¹³ Briefing in der Association of European Businesses in Russia, in: *Russland-Aktuell* vom 15. 10. 2011, online: http://german.ruvr.ru/_print/58769935.html (9. 11. 2011).

sage gemacht ist, wie viele von ihnen tatsächlich auf informative Inhalte zugreifen.¹⁴

Ohne Frage spielt das Internet in Russland eine sehr große Rolle, und die russischsprachige Blogosphäre ist grenzüberschreitend. Die Blogger sitzen nicht nur in der Russischen Föderation, sondern in mehr als 90 Ländern. Über das Internet ist die weitverzweigte russische Diaspora heute aktiver Teil der Debatten im Inland. Kritische Intellektuelle, die in anderen Medien nicht zu Wort kommen, können ihre Stimme erheben und schreiben regelmäßig ihre vielgelesenen Blogs. Die meisten russischen Blogger tummeln sich auf der Massenplattform „Live-Journal“, liebevoll „Schiwoj Schurnal“ oder „Sche-Sche“ genannt.¹⁵ Während in westlichen Ländern Blogger meist vereinzelt auftreten und vor allem „Facebook“ als wichtigstes soziales Netzwerk dient, ist dies in Russland auf dem „Live-Journal“ von Anfang an verschmolzen. Auf diese Weise haben einige bekannte Blogger sehr schnell eine große Leserschaft versammelt und die russische Blogosphäre stärker politisiert als beispielsweise in Deutschland.

Vielen Russen dient die Blogosphäre als moderner Ersatz für die „Küchengespräche“ der Sowjetzeit, bei denen über alles gesprochen wurde, was damals in keiner Zeitung stand. Heute wandern viele Themen und Debatten ins Internet und werden dort sehr aufmerksam verfolgt. Längst haben sich im Netz auch hochwertige journalistische Angebote wie www.gazeta.ru etabliert, die als wichtige, glaubwürdige Informationsquelle gelten. Russische Blogger berufen sich gerne auf die Tradition des „Samisdat“ in der Sowjetunion, als im Selbstverlag entstandene Schriften in Dissidentenkreisen kursierten und verbotene Texte die Runde machten.

Abseits der größeren Städte bleibt es vielerorts noch schwer, einen Internetzugang zu bekommen. Deshalb ist strittig, wie weit der Einfluss des Internets auf die russische Bevölkerung reicht. Auch der russische Journalist und Blogger Oleg Kaschin zeigt sich

skeptisch, ob die Freiheit im Internet wirklich politische Wirkung entfaltet: „Hier lassen die Leute ihren ‚Dampf‘ ab. Gäbe es im Internet diese Möglichkeit nicht, dann wäre in Russland schon millionenfach der ‚Arabische Frühling‘ ausgebrochen. Aber so verbreiten die Unzufriedenen ihren Unmut im Netz.“ In der Wirklichkeit verändere dies nichts, zeigt sich Kaschin überzeugt.¹⁶ Vermutlich ist es auch deshalb so, dass die Behörden kaum gegen kritische Internet-Medien oder Blogger vorgehen. „Auf die Kampagnen der Blogger reagiert der Staat meistens überhaupt nicht – obwohl viel Geld ausgegeben wird, um Leute anzuheuern, die zu Tausenden die gleichen Kommentare auf den Blogs hinterlassen“, so Kaschin. Allerdings würden inzwischen einzelne Posts in den Blogs juristisch verfolgt. Auch gab es inzwischen schon Verurteilungen von Bloggern. Zudem wurde das „Live-Journal“ 2011 wiederholt von Hackern attackiert, was einige Blogger dazu veranlasste, auf andere Plattformen zu wechseln. Sorge bereitet auch, dass russische Behörden eine Software testeten, mit der schon bald angebliche „extremistische Inhalte“ aufgespürt werden sollen.

Nach Darstellung des Chefredakteurs des Radiosenders „Echo Moskwy“, Alexej Wenediktow, sind die Machthaber von der Entwicklung des Internets und der sozialen Netzwerke gewissermaßen befremdet. „Putin begegnet dem Internet generell mit Misstrauen. Er nutzt es nicht, im Unterschied von dem jetzigen Präsidenten, der sogar seinen Zeitplan im iPad speichert. Putin meint, das Internet sei die Zone der gefälschten Informationen und des Manipulierens, was bis zu einem gewissen Grad auch stimmt.“¹⁷ Während Medwedew selbst bloggt und twittert und sich mit seiner Internetaffinität als moderner Weltbürger präsentiert, spricht bislang wenig dafür, dass Putin diese Sympathie für neue Medien teilt. Ob er es allerdings wagen wird, auch dieses letzte Reservat der Freiheit unter seine Kontrolle zu bringen, werden vermutlich bereits die kommenden Monate seines Wahlkampfes zeigen.

¹⁴ Internet-Nutzer in Russland in der Mehrheit: 53 Prozent, in: Russland-Aktuell vom 29. 9. 2011, online: www.aktuell.ru/russland/news/internet_nutzer_in_russland_in_der_mehrheit_53_prozent_30538.html (9. 11. 2011).

¹⁵ Vgl. Gemma Pörzgen, Demokratische Bastion, in: Medienmagazin Insight, (2008) 2, S. 9–13.

¹⁶ Vgl. Anton Barbashin, Blogosphäre in Russland: Viel Dampf, wenig Veränderung. Interview mit Oleg Kaschin, 3. 11. 2011, online: www.boell.de/weltweit/europanordamerika/europa-nordamerika-blogosphae-in-russland-ohne-blogs-haette-es-laengst-aufstaende-gegeben-13252.html (9. 11. 2011).

¹⁷ Briefing (Anm. 13).

Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit

Vor 20 Jahren verschwand die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) von den Landkarten. Eduard Schewardnadse, ihr letzter

Thomas Kunze
Dr. phil., geb. 1963; Leiter des Regionalprogramms Zentralasien der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Sarbog 38, 100031 Taschkent/Usbekistan. info.zentralasien@kas.de

Thomas Vogel
Geb. 1959; Journalist; Redakteur der Nachrichtensendung „10 vor 10“ des Schweizer Fernsehens (SF), Zürich/Schweiz. thomas.vogel@srf.ch

Schewardnadse, ihr letzter Außenminister, erinnert sich: „Es zerbrach das letzte Imperium des 20. Jahrhunderts, die Sowjetunion, dieses blutige, utopische, gegen den Willen Gottes und die Gesetze der Natur entstandene Reich.“¹ Ganz plötzlich tauchten neue Staaten auf. Ihre „Mutter“, die Sowjetunion, war über lange Zeit so abgeschottert gewesen, dass für viele vor dem Eisernen Vorhang die Sowjetunion einfach „russisch“ war. Die Vielfalt des riesigen Vielvölkerreiches, die sich bei dessen Zerfall 1991 Bahn brach, wurde erst langsam sichtbar.

Die Sowjetunion zerfiel in ihre Einzelteile. Kam dieser Zerfall für viele überraschend und plötzlich, so war doch die Lähmung des Regimes seit Beginn der 1980er Jahre unübersehbar gewesen. Das innenpolitische Klima hatte sich durch die Unterdrückung von Regimegegnern verhärtet, Reformversuche waren steckengeblieben, außenpolitisch stemmte sich die Großmacht gegen jede Veränderung, und ökonomisch lag sie am Boden. Der Rüstungswettlauf mit den USA bedeutete für die Volkswirtschaft eine Anstrengung, der sie nicht mehr gewachsen war. Die Reforminitiative mit *Glasnost* (Transparenz) und *Perestroika* (Umgestaltung), eingeleitet durch Michail Gorbatschow, konnte das Ende der Sowjetunion nicht mehr aufhalten. Im Gegenteil, Gorbatschow wirkte letztendlich als Wegbereiter der Auflösung der Sowjetunion. 1987 verwarf er die Breschnew-Doktrin² und erklärte bei einem Besuch in Prag, dass das gesamte Rahmenwerk der politischen

Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten auf Unabhängigkeit basieren müsse. Jede Nation solle ihren Weg selbst wählen und über ihr Schicksal, ihr Territorium und ihre Ressourcen selbst bestimmen können. Nicht nur in den Staaten des Warschauer Paktes horchte man auf, auch in den verschiedenen Sowjetrepubliken.

Die baltischen Staaten waren die ersten, die sich von der Sowjetunion lossagten. Am 11. März 1990 erklärten Litauen, am 20. und 21. August 1991 Estland und Lettland ihre Unabhängigkeit. Dabei hatten die baltischen Sowjetrepubliken immer den Ruf genossen, etwas Besonderes zu sein. In den Zwischenkriegsjahren zu Nationalstaaten geworden, wurden sie 1940 wieder ihrer Selbstständigkeit beraubt. In der Sowjetunion galten sie als potentieller Unruheherd, was durch die Ansiedlung einer russischen Minderheit und mit Massendeportationen bekämpft wurde. Ihre Kultur wurde zurückgedrängt und ihre Geschichte neu interpretiert, doch ist es vor allem die Interpretation ihrer Vergangenheit, auf die sich ihr Anspruch stützt, zu Europa zu gehören und dorthin zurückzukehren. Bereits 1989 nutzten sie den *wind of change* in Form von Gorbatschows Perestroika, um den gesamten Verbund der UdSSR in Frage zu stellen. Obwohl die Sowjetunion die Unabhängigkeit der baltischen Staaten am 6. September 1991 anerkannte, befürchteten die Litauer, Letten und Esten, dass ihre Unabhängigkeit nicht von langer Dauer sein könnte. Deshalb drängten die drei Staaten schon in den 1990er Jahren in Richtung NATO und Europäische Union (EU), denen sie 2004 schließlich beitraten. Als einzige Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich die baltischen Staaten in den Westen, seine ökonomischen und politischen Institutionen sowie seine Sicherheitsstrukturen integriert.

¹ Eduard Schewardnadse, *Als der Eisernen Vorhang zerriss. Begegnungen und Erinnerungen*, Duisburg 2007, S. 208.

² Die Breschnew-Doktrin war Ausdruck des sowjetischen Anspruches auf Vorherrschaft. Sie wurde am 12. November 1968 verkündet und sollte den Einmarsch in die Tschechoslowakei nachträglich rechtfertigen. Die Doktrin besagte, dass die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages nur begrenzt souverän waren und dass bei einer Gefährdung des Sozialismus in einem Mitgliedstaat die Sowjetunion intervenieren würde.

Im Verlauf des Jahres 1991 folgten die Unabhängigkeitserklärungen Georgiens, Weißrusslands, der Ukraine, Moldaus, Kirgistans, Usbekistans, Tadschikistans und Armeniens sowie schließlich Aserbaidschans und Turkmenistans und zuletzt, am 16. Dezember 1991, Kasachstans. Viele dieser Staaten können auf keine Erfahrungen mit eigener Staatlichkeit zurückblicken. Losgelöst von der Sowjetunion, die durch die Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) am 21. Dezember 1991 offiziell aufhörte zu existieren, waren die alten Strukturen zerrissen, aber noch keine neuen geschaffen. Die Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie, aber auch die nationale Identitätsbildung stellen bis heute große Herausforderungen dar.

Anders die Russische SFSR (Sozialistische Föderative Sowjetrepublik): Sie erklärte formal ihre Souveränität, nicht aber die Unabhängigkeit. Russland wurde Rechtsnachfolger der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates. Auch Russland strebte die Transformation an. Unter Präsident Boris Jelzin schaffte es Russland nach 1991 aber nicht, Anschluss an den zügiger verlaufenden Demokratisierungs- und Transformationsprozess in Ost-europa zu finden.

Neue Gemeinsamkeiten?

1991 wurde die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gegründet. Anders als die Sowjetunion ist die GUS ein loser Zusammenschluss ehemaliger Teilrepubliken der UdSSR (ohne die baltischen Staaten). Für Russland war von Beginn an klar, dass mit der GUS „kein Staat“ zu machen sei. Wladimir Putin, ein Freund der klaren Aussprache, brachte es auf den Punkt: „Die GUS wurde gebildet, um einen zivilisierten Scheidungsprozess zu ermöglichen. Alles andere ist Beiwerk.“^P Ihre Erlässe und Verträge sind oft Papiertiger geblieben, Mitglieder werden immer wieder abtrünnig. Putins und auch Dmitri Medwedjews Politik zielt auf veränderte Strukturen: Beide wollen die GUS durch ein

^P Zit. nach Russland-aktuell vom 26. 8. 2005, online: www.aktuell.ru/russland/politik/gus-gipfel_kasan_wird_1000_jahre_alt_gus_nicht_2899.html (31. 10. 2011).

Geflecht neuer politischer und wirtschaftlicher Beziehungen ersetzen, bei denen Russland eine zentrale Position einnimmt und versucht, einzelne Staaten stärker an sich zu binden. Beispiele sind die angestrebte Union mit Weißrussland, die 1999 vereinbart wurde, oder die Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Weißrussland. Putins Idee ist die Gründung einer Eurasischen Union, die alle ehemaligen Sowjetrepubliken mit Ausnahme der baltischen Staaten umfassen soll. Dabei hat er sich einen höheren Grad an Integration als den in der EU zum Ziel gesetzt. Dies sei ein Weg aus der globalen wirtschaftlichen Krise. Zweifel an der Durchführbarkeit dieses Projekts kommen jedoch auf, da viele der potentiellen Mitglieder schlichtweg kein Interesse zeigen.

Sicherheitspolitisch überschneiden sich heute die Interessen Russlands und des Westens. Die Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik, die 2009 einsetzte, zeigt, dass man zu einer gemeinsamen, weltweiten Bedrohungsanalyse finden und gemeinsam auf diese Bedrohungen reagieren kann. Der Westen ist auf ein stabiles Russland zur Abwehr islamistischer Gefahren angewiesen und kann aus wirtschaftlichen Gründen auf den großen Markt nicht verzichten. Insofern ist es durchaus vorstellbar, dass sich Europa und Russland in zehn oder 15 Jahren in einer neuen europäischen Partnerschaftsstruktur wiederfinden, welche auch die transatlantischen Beziehungen neu definiert.

Trotz des Zerfalls der UdSSR und des Entstehens neuer Bündnisse bleiben Gemeinsamkeiten zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR bestehen. Die gemeinsame Sowjetvergangenheit wirkt in ihren ehemaligen Teilrepubliken nach. Sei es die Erinnerung an die Stalinzeit oder an den Afghanistankrieg, sei es die russische Sprache oder gemeinsame Traditionen: Vieles verbindet noch heute. Die Menschen, die in den Nachfolgerepubliken der Sowjetunion leben, sind durch Gewohnheiten und Erinnerungen aus den Nischen der Sowjetdiktatur miteinander verbunden geblieben. Von der Ukraine bis nach Kirgistan hört man die gleiche Musik, mag die gleichen Filme, pflegt die gleichen Bräuche und versteht die gleichen Witze.

Die gemeinsame Sozialisierung in der Sowjetunion verbindet die Menschen – bis hin

zu einer weit verbreiteten Sowjetnostalgie. Obwohl die Zustimmung zur Sowjetunion in Russland am höchsten ist, betrachtet man mittlerweile auch in anderen Nachfolgerepubliken die Sowjetunion mit nostalgischen Gefühlen. Selbst in Litauen, das sich 1990 zuerst und am kraftvollsten von Moskau losgesagt hatte, gaben 2009 über 50 Prozent der Befragten an, „dass es zu Sowjetzeiten mehr Demokratie und ein besseres Gesundheitssystem gab und dass Menschenrechte mehr respektiert wurden als heute“.¹⁴ Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Lettland im September 2011 wurde der von ethnischen Russen dominierte Parteienblock „Harmoniezentrum“ Wahlsieger. Erstmals wird damit eine dem linken Teil des Spektrums zugerechnete Partei, die noch dazu als pro-russisch gilt, stärkste Kraft. Obwohl der Wahlsieger nicht der Regierung angehören wird, stellt das Wahlergebnis eine deutliche Absage an die politische Elite und deren Politik seit der Finanz- und Wirtschaftskrise dar.

Nationale Identitäten

Um ein selbständiges Nationalbewusstsein zu begründen und ihre eigene nationale Identität zu legitimieren, griffen manche ehemalige Sowjetrepubliken auf Personen, Volksgruppen oder Reiche zurück, die vormals auf ihrem Staatsgebiet existierten. Ihre neue Unabhängigkeit untermauern sie mit dem Verweis auf eine historische „Goldene Ära“. Oftmals stießen die postsowjetischen Republiken auf Schwierigkeiten, an eine frühere Identität anzuknüpfen, da die heutigen Grenzen zumeist auf die Grenzziehungs- und Nationalitätenpolitik der Sowjetunion zurückzuführen sind. Zur Legitimation des neuen Nationalstaates mussten deshalb manchmal fragwürdige historische Rückgriffe vorgenommen oder einfach die nötigen Traditionen erfunden werden. Orte, Symbole und Ereignisse wurden mitunter aus dem historischen Kontext gerissen und in eine nationale Geschichte eingerückt. Doch ohne Rückgriff auf Mythen oder Legenden und ohne Zukunftsvisionen wäre es nicht möglich gewe-

¹⁴ Katharina Kloss, Vilnius' Kinder der (N)Ostalgie, Reportage, in: Cafebabel. Das Europamagazin vom 25.6.2009, online: www.cafebabel.de/article/30555/litauen-vilnius-kinder-der-sowjet-nostalgie.html (31.10.2011).

sen, ein Zugehörigkeitsgefühl zu einem neuen Staatsvolk zu schaffen.

Für Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion war die Suche nach nationaler Identität und nach dem Konzept eines neuen Staatsverständnisses besonders schwierig. Die Russische Föderation stand nicht nur innenpolitisch und ökonomisch vor enormen Transformationsaufgaben. Geopolitisch musste sich die einstige Weltmacht damit abfinden, diese Rolle auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verloren zu geben, was bei den Eliten, aber auch bei der Mehrheit der Bevölkerung ein psychologisches Trauma auslöste. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde bereits in der Jelzin-Ara der Ruf nach Rückerlangung verlorener Stärke und Macht laut.

Viele haben Boris Jelzin vor allem wegen seines Alkoholkonsums und einiger peinlicher Auftritte im Ausland in Erinnerung. Unter seiner Präsidentschaft schlitterte Russland von einer Krise in die nächste. Vom Westen als Demokrat gefeiert, betrachten die meisten Russen die 1990er Jahre unter Jelzin im Rückblick als eine Zeit, in der sie durch einen De-facto-Staatsbankrott im Jahre 1998 nicht nur ihr Hab und Gut verloren, sondern in der Clanwirtschaft und Oligarchentum entstanden. Jelzins Nachfolger Wladimir Putin schaffte es, Russland zu konsolidieren. Unter ihm wurde das Land wieder zu einem ernst zu nehmenden Akteur auf der Weltbühne. Die Popularität, die Putin in Russland genießt, verdankt er auch geschickten Rückgriffen auf die Sowjetvergangenheit. Als er für die von Jelzin verbannte Nationalhymne der Sowjetzeit 2001 einen neuen Text dichten und sie wieder zur Hymne der Russischen Föderation erheben ließ, waren ihm die meisten Russen zutiefst dankbar. Mit dieser Hymne verbanden sie nicht nur Heimat, sondern auch Größe. Sergej Michalkow, der Textdichter der Sowjethymne, schrieb bereitwillig auch die neuen Verse.

Das ideologische Vakuum, das es nach dem Ende der Sowjetunion gab, wird in Russland zunehmend auch von der Russisch-Orthodoxen Kirche ausgefüllt. Der 1990 von der Heiligen Synode zum Patriarchen und damit Kirchenoberhaupt gewählte Alexej II., ein Kirchenmann mit vermuteter KGB-Vergangenheit, wurde trotz dieses Hintergrundes zu

einem Symbol der Wiedergeburt der Orthodoxie und des Christentums nach der langen Zeit der inneren Diaspora während des Kommunismus. Kyrill, sein „Außenminister“, war nicht nur für die Außenbeziehungen des Patriarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche zuständig, er war ihr intellektueller Vordenker. Eine charismatische Persönlichkeit, genauso sehr Machtpolitiker wie Kirchenmann, ist er fest davon überzeugt, dass Russland seine moralische Stärke wiedergewinnen und der Westen, den er mittlerweile eher für schwach hält, die Allianz mit Russland in absehbarer Zukunft brauchen wird. Als Alexej II. im Jahr 2008 starb, wurde Kyrill sein Nachfolger. Überall im Land werden nun die Kirchen restauriert. Das Bild russischer Städte wird heute mehr und mehr von goldenen Kirchenkuppeln geprägt. Kyrill spart nicht an Geld für Kirchen in anderen früheren Sowjetrepubliken, deren Russisch-Orthodoxe Gemeinden seinem Patriarchat unterstehen. An Schulen lässt er den Religionsunterricht wieder einführen. Auf diese Weise wird eine Brücke zum vorrevolutionären Russland geschlagen und die Kontinuität der russischen Nation untermauert.

Auf weltlicher Seite dienen historische Figuren wie Alexander Newski, Dmitri Donskoi, Peter der Große und Katharina II. diesem Ziel. Die monströse Skulptur Peters des Großen am Ufer der Moskwa, geschaffen vom georgisch-russischen Bildhauer und Maler Surab Zereteli, hätten die Moskauer wohl nicht als Ausdruck ihrer neuen nationalen Identität akzeptiert. Sie wurden jedoch nicht gefragt. Zereteli war der Lieblingskünstler des ehemaligen Moskauer Bürgermeisters Juri Luschkow. Trotz der Symbolkraft Peters des Großen für die russische Geschichtsschreibung kann zumindest dieser Versuch, ein neues Nationalbewusstsein aus Kupfer zu gießen, als gescheitert betrachtet werden.

Solche Probleme sind in Weißrussland unbekannt. Dort mussten die sowjetischen Denkmäler erst gar nicht neuen Standbildern weichen. Lenin weist nach wie vor an seinem angestammten Platz, direkt vor dem Regierungssitz, den Weg in die Zukunft. Zunächst gab es nach der Unabhängigkeit Bemühungen, sich bei der nationalen Selbstfindung auf das Großfürstentum Litauen zu berufen, das bis 1791 Teile des heutigen Weißrusslands umfasste. Zwischen 1991 und 1995 führte

Weißrussland die *Pabonja*, das Staatswappen dieses alten Reiches, wieder ein. Doch dann beschloss der autoritäre Präsident Aljeksandr Lukaschenka, keine grundsätzliche Abkehr vom sowjetischen Geschichtsverständnis zuzulassen. Während in den anderen postsowjetischen Staaten die Abgrenzung zur Sowjetzeit betont wird, knüpfte Lukaschenka an die alte Symbolik an. Die in einem Referendum 1995 eingeführte neue Staatsflagge entspricht exakt der Flagge aus der Zeit der Weißrussischen Sowjetrepublik, allein Hammer und Sichel wurden entfernt. Weißrussland ist den meisten Westeuropäern unter dem Etikett „letzte Diktatur Europas“ geläufig. Für Lukaschenkas Regime zeichnet sich trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in dem sich die größtenteils immer noch nach planwirtschaftlichen Prinzipien geleitete Wirtschaft derzeit befindet, kein Ende ab. Der Präsident hat es über Jahre hinweg geschafft, Russland und die EU gegeneinander auszuspielen.

In der Ukraine schwanken nationalistische Politiker, Journalisten, Schriftsteller und Historiker seit 1991 zwischen den Extremen. Manche sehen in der Kiewer Rus keinen russischen, sondern einen ukrainischen Staat und beschreiben damit das heutige Russland indirekt als Nachfolger eines ukrainischen Staatsgebildes. Andere wollen generell alles Russische verbannt sehen. 2008 wurde die Forderung erhoben, russische Fernsehkanäle aus den Standardnetzen der Kabelfernseherfirmen zu entfernen; in einem Land, in dem Russisch im Gegensatz zur Staatssprache Ukrainisch als Mutter- oder als Zweitsprache von fast allen Bewohnern gesprochen und verstanden wird, ein absurdes Anliegen.[¶] Da die Ukraine kulturell in einen sehr russlandfreundlichen Ost- und einen ukrainischstämmigen, eher europaorientierten Westteil zerrissen ist, konnten sich solch extreme Forderungen nicht durchsetzen.

Die Entwicklungen in der Ukraine in den 1990er Jahren standen in Bezug auf Chaos, Clanwirtschaft und der Entstehung eines Oligarchensystems denen in Russland in

[¶] Vgl. Andreas Stein, Ukrainische Kulturschaffende fordern radikale Ukrainisierung, in: Ukraine Nachrichten vom 7.5.2008, online: http://ukraine-nachrichten.de/ukrainische-kulturschaffende-fordern-radikale-ukrainisierung_435_gesellschaft_nachrichten (31.10.2011).

nichts nach. Allerdings löste sich die Ukraine erst relativ spät von ihrer Sowjetvergangenheit. Die Sowjetverfassung wurde erst 1996 ersetzt. 2004, nach Ende der Ära des Präsidenten Leonid Kutschma, nahm die „Orangene Revolution“ ihren Lauf. Der „große Nachbar“ Russland wurde durch diese Revolution bis ins Mark getroffen. Viele Russen empfanden damals: Je mehr sich die Ukraine dem Westen zuwendet, desto mehr verliert Russland von seiner Geschichte. Heute weht unter Wiktor Janukowitsch als Präsident wieder ein autoritärerer und pro-russischer Wind. Die Ukraine schwankt weiter zwischen Europa und Russland.

Eine Sonderrolle kommt Litauen, Estland und Lettland zu. Fest in die Strukturen der EU integriert, haben die drei baltischen Staaten heute die größten Fortschritte bei der Demokratisierung und der Durchsetzung der Marktwirtschaft erreicht. Seit Ende der 1990er wuchs die Wirtschaft der drei Republiken zusehends. Ein böses Erwachen gab es 2008 im Zuge der weltweit einsetzenden Wirtschaftskrise: Offenbar hatte man lange über seine Verhältnisse gelebt. Für Litauen und vor allem für Lettland führte dies fast zum Staatsbankrott. Auch Estlands Wirtschaft war stark betroffen, doch das Land ist nach wie vor der Musterschüler des Baltikums. Die Esten gelten als „vorbildliches Nordlicht“.⁶ Nichts machte Estland so berühmt wie seine elektronische Revolution. Das Land wirbt mit dem Logo „e-Estonia“ für sich.⁷ Der weltweite Siegeszug des Internettelefoniedienstes Skype begann in Tallinn. Der estnische Staat garantiert den kostenlosen Zugang zum Internet. Die meisten Einwohner erledigen ihre Bankgeschäfte online. Mit einigen Mausklicks bekommt man Einblick in seine Krankendatei. Wer eine Firma gründen will, profitiert von der in Europa einmaligen Digitalisierung des Staates. Das zog ausländische Kapitalgeber an wie kaum anderswo. Seit 2011 kann man in Estland mit dem Euro zahlen.

Die Republik Moldau liegt wie die beiden anderen, direkten östlichen Nachbarn der

⁶ Sascha Rose, Vorbildliches Nordlicht, in: Focus Money, Nr. 25 (2010), online: www.focus.de/finanzen/boerse/estland-vorbildliches-nordlicht_aid_520080.html (31. 10. 2011).

⁷ Vgl. <http://estonia.eu/about-estonia/economy-a-y/e-estonia.html> (31. 10. 2011).

EU, die Ukraine und Weißrussland, im Spannungsfeld zwischen Russland und der EU. Moldau ist seit der Unabhängigkeit ein gespaltenes Land. Nachdem es 1992 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen moldauischen und transnistrischen Einheiten kam, griff Russland ein. Seitdem sind russische Truppen in Transnistrien stationiert, und Transnistrien ist de facto von Moldau unabhängig, eine Unabhängigkeit, die international nicht anerkannt wird. Dieses Schicksal teilt die Regierung in der transnistrischen Hauptstadt Tiraspol mit den Regierungen anderer separatistischer Gebiete auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion: Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien.

In den Kaukasusrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan waren Konflikte und Kriege in den vergangenen Jahren an der Tagesordnung. Sezessionsbewegungen von Abchasien über Südossetien zu Berg-Karabach machen den Südkaukasus zur kompliziertesten Konfliktregion der untergegangenen Sowjetunion. Vor allem in Berg-Karabach brechen alte und zur Zeit der Sowjetunion unterdrückte Konflikte wieder auf. Schon zu Sowjetzeiten hat Armenien für eine Angliederung des hauptsächlich von Armeniern besiedelten Gebietes an die eigene Sowjetrepublik geworben, was jedoch scheiterte. Heute stehen sich Armenien und Aserbaidschan nach wie vor unnachgiebig gegenüber, dem jeweils anderen die Schuld an der Situation zuschiebend. In Berg-Karabach sind armenische Truppen stationiert. Das Gebiet ist von Armeniern bewohnt. Dennoch gehört es weiterhin zu Aserbaidschan. Auch in Georgien kennt man diese Probleme, der Konflikt mit den abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien spitzte sich im August 2008 dermaßen zu, dass er in eine militärische Auseinandersetzung mit Russland mündete. Was das Nationalgefühl angeht, so dreht sich in Georgien alles um den Heiligen Georg, den Schutzpatron des Landes. Seit 2005 zielen fünf sogenannte Georgskreuze die Nationalflagge des südkaukasischen Landes.

Die fünf mittelasiatischen Staaten Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan, in denen heute über 63 Millionen Menschen mit über hundert ethnischen Zugehörigkeiten leben, existierten vor Gründung der UdSSR nicht. Mittelasien war in so genannte Khanate, aus Stäm-

men bestehende Staatsgebilde, aufgeteilt, die zum Großraum Turkestan gehörten. Bei der Aufgliederung der Region in fünf Sowjetrepubliken wurden die einstigen Khanatsgrenzen bewusst unberücksichtigt gelassen und die Völkerschaften vermischt. Ziel war es, regionale Spannungen zu schaffen, um die Völker von Aggressionen gegen die Zentralmacht in Moskau abzuhalten. Heutige ethnische Konflikte liegen in Mittelasien wie auch im Kaukasus unter anderem in dieser Nationalitätenpolitik Stalins begründet, die seine Nachfolger fortsetzten.

Viele Länder haben sich mit ihren neuen Nationalideologien übernommen. In Taschkent steht das Denkmal von Amir Timur – im Westen bekannt als Timur Lenk oder Tamerlan –, dem Nationalhelden des neuen Usbekistan, auf demselben Sockel, auf dem zunächst der zaristische Generalgouverneur für Turkestan, Konstantin von Kaufmann, danach Josef Stalin und dann Karl Marx thronten. 1991, als in Usbekistan die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung verschwand, wurden in allen Teilen des Landes Historiker gesucht, die sich mit der Geschichte der Timuridenzeit auskannten. Derer gab es nicht viele. Tamerlan, der Mongolenführer aus dem 14. Jahrhundert, der nun der Nationalheld des neuen Usbekistan ist, hatte nicht zu den Arbeiterhelden der Sowjetgeschichtsschreibung gehört.

Auf einem der zentralen Plätze der Hauptstadt Turkmenistans, Aschgabat, stand die 40 Meter hohe Statue des neuen turkmenischen Nationalhelden, des *Turkmenbaschi* („Führer der Turkmenen“). Ihr architektonisch zweifelhafter Unterbau ähnelte einer Raketenabscussrampe. Darauf drehte sich ein vergoldeter Mann sonnengottähnlich um die eigene Achse und breitete seine Hände segnend über sein geliebtes Volk. Der *Turkmenbaschi* war niemand Geringeres als der damals noch lebende turkmenische Präsident Saparmurat Nijasow. Als KP-Chef hatte er das Land schon zu Sowjetzeiten regiert. Mangels anderer verfügbarer turkmenischer Nationalhelden entschied er sich, diesen Platz selbst einzunehmen. Sein Nachfolger, Gurbanguly Berdimuchamedow, seit 2007 an der Macht, beseitigte zwar einige der Auswüchse des Personenkultes, ohne aber das System als solches in Frage zu stellen.

In Kirgistan diente der sagenumwobene Volksheld Manas zur Neu-Identifikation.

Die persischsprachigen Tadschiken hingegen betrachten sich als arisches Volk und pflegen diesen Kult. Selbst ein „Haus der Arier“ ist zu besichtigen. Den größten finanziellen Aufwand zur Stärkung der nationalen Identität seines Landes trieb Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew mit der kompletten Verlegung der Hauptstadt von Alma-Ata in die Steppe im Jahr 1999. Für mehrere Milliarden Dollar wurde die neue Metropole Astana mit futuristischer Architektur zum Zentrum Eurasiens und Mittelpunkt des kasachischen Heimatlandes stilisiert.

Clanstrukturen und tiefe Spuren, die die Sowjetherrschaft in den Köpfen der Menschen hinterlassen hat, prägen zusammen mit neuen, mehr oder weniger stark ausgeprägten marktkapitalistischen Strukturen das Bild in allen Staaten der Region. Die Menschen sind patriotisch, Traditionen spielen im alltäglichen Leben eine große Rolle. Die Bevölkerungen Mittelasiens glauben an starke Führer und Autoritäten, Sippen- und Claninteressen herrschen vor, Meinungsvielfalt und Kompromissfähigkeit werden oft als Zeichen von Schwäche interpretiert. In der mittelasiatischen Region sind die Regierungssysteme autoritärer geprägt als in den übrigen postsovjetschen Staaten.

Eine wichtige Ursache der Probleme in Zentralasien liegt in der Vernachlässigung regionaler Kooperationen in solch lebenswichtigen Bereichen wie der Regelung der Wasserverteilung oder der Bekämpfung des Drogenhandels. In einer funktionierenden regionalen Kooperation lägen große Chancen. Durch gemeinsames Handeln könnte sie die politischen und ökonomischen Voraussetzungen für eine spätere Weltmarktöffnung schaffen. Doch die fünf Staaten streben lediglich formal eine stärkere wirtschaftliche Integration an. Zwar sind sie Mitglieder in verschiedenen Integrationsgemeinschaften (GUS, Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, Schanghai Organisation für Zusammenarbeit).¹⁸ Eine Politik, die zu einer funktionierenden regionalen Integration führt, ist aber nicht in Sicht, noch immer herrschen Misstrauen und Egoismus vor.

¹⁸ Vgl. Thomas Kunze/Thomas Vogel, Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. Eine Reise durch 15 frühere Sowjetrepubliken, Berlin 2011, bes. Kapitel 4: „Von der UdSSR zu neuen Bündnissen“.

Ausblick

Die Sowjetunion, einst flächenmäßig das größte Land der Erde, zerfiel Anfang der 1990er Jahre. Die 15 früheren Sozialistischen Sowjetrepubliken, aus denen sich die UdSSR zusammensetzte, wurden selbständig und gingen unterschiedliche Wege. Die baltischen Länder gehören seit 2004 zur EU. Die Russische Föderation hat nach einer Schwächeperiode zu neuer Stärke gefunden. Weißrussland, die Ukraine und Moldau befinden sich im Spannungsfeld zwischen Russland und der EU. Die südkaukasischen Republiken Armenien, Georgien und Aserbaidschan tragen bis heute ungelöste Territorialkonflikte aus. Die mittelasiatischen Staaten hoffen, durch autoritäre Staatsführung Stabilität in einem muslimischen Umfeld und in unmittelbarer Nähe zu Afghanistan, Pakistan und zum Iran bewahren zu können.

Lassen wir in Gedanken weitere 20 Jahre vergehen: Die Geschwindigkeit, mit der sich politische Entwicklungen vollziehen, macht Prognosen nicht einfach. Vieles wird davon abhängen, wie sich der Westen entwickelt. Unsere Beziehungen zum postsowjetischen Raum befinden sich am Scheideweg. Lediglich Estland, Lettland und Litauen sind im Westen verankert. Doch wohin tendieren Russland, Weißrussland, die Ukraine und Moldau, wohin die Staaten des Südkaukasus? Am spannendsten, aber vielleicht auch am risikoreichsten wird die Entwicklung in Mittelasien verlaufen. Werden es die dort Regierenden schaffen, den militanten Islamismus einzudämmen und ihre Staaten Teil der modernen Welt werden zu lassen?

Wir wagen eine Vorausschau: Russland, das untrennbar mit der europäischen Kultur und Zivilisation verbunden ist, wird in 20 Jahren zu einem Europäischen Haus gehören, das größer ist als die EU und eigene Strukturen ausgebildet hat. Es wird sich unserem Modell von Freiheit und Demokratie annähern, wenn wir verstehen, dieses Modell zu verteidigen und attraktiv zu gestalten. Weißrussland und die Ukraine würden dann nicht mehr zwischen der EU und Russland hin- und hergerissen sein. Sie hätten eine Zukunft in einem Europa, das keinen ideologisch geprägten Umgang mehr mit Russland pflegt, sondern zu dem Russland wie selbstverständlich dazugehört. Die

Republik Moldau könnte eine Sonderrolle spielen und schon früher, etwa durch eine Vereinigung mit dem Nachbar Rumänien, Teil der EU werden.

Im Kaukasus dürfte es dagegen eher unruhig bleiben. Zwar werden Georgien, das heute noch mit Russland verfeindet ist, und Armenien vermutlich in die Strukturen des größer werdenden Europäischen Hauses streben, doch genauso gut sind Rückschläge und neue Konflikte möglich. Russische Nordkaukasusprovinzen wie Tschetschenien und Dagestan könnten sich abspalten und die gesamte Region in einen Unruheherd verwandeln. In Mittelasien werden sich die Länder unterschiedlich entwickeln. Kasachstan, das heute schon durch eine Zollunion mit Russland verbunden ist, dürfte sich noch stärker dem großen Nachbarn und damit Europa annähern, was durch den enormen Ressourcenreichtum des Landes für alle Beteiligten gewinnbringend sein dürfte.

Weiter südlich könnte die Entwicklung anders aussehen: Die Bindungen an Russland lockern sich, der radikale Islam erstarkt, und der Kampf um Wasserressourcen führt zu Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern, die kriegerisch ausgetragen werden. Usbekistan wird möglicherweise islamischer und weniger säkular sein als heute. Ob es dann noch eine stabilisierende Rolle in der Region spielen kann, ist ungewiss. Kirgistan könnte in zwei Teile zerfallen und das persischsprachige Tadschikistan in die Einflussphäre eines erstarkten Iran geraten, so dass Teile Mittelasiens wieder mit dem Mittleren Osten verschmelzen, zu dem sie vor Jahrhunderten einmal gehörten.

Ein solcher Vorausblick gehört natürlich ins Reich der Spekulationen und der politischen Phantasie. Welche Entwicklungen eintreten werden und welche nicht, ist von vielen unwägbaren Faktoren abhängig. Fest steht jedoch, dass es den großen Block der alten Sowjetunion nicht mehr geben wird und von dem sozialistischen Experiment bald nur noch die Alten sprechen werden. Ein Zurück gibt es nicht.

Stefan Creuzberger

Stalinismus und Erinnerungskultur

Stalin soll heilig werden“¹ titelte die „Süd-
deutsche Zeitung“ im Juli 2008. Sie berief
sich auf Vorgänge innerhalb Russlands, die

Stefan Creuzberger

Dr. phil., geb. 1961; Privatdo-
zent für Neuere Geschichte und
wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Historischen Institut der
Universität Potsdam, Am Neuen
Palais 10, 14469 Potsdam.
creuzber@uni-potsdam.de

dortigen Kommunisten eine Initiative ergrif-
fen und von der Russisch-Orthodoxen Kirche
die Kanonisierung des früheren sowjetischen
Diktators gefordert. Im Moskauer Patriarchat
löste dieser ungeheuerliche Vorstoß eine ein-
deutige Reaktion aus – er wurde kurzerhand
abgelehnt.

Man mag diese für ein Kuriositätenkabinett
geeignete Begebenheit im ersten Moment als
eine Entgleisung jener Ewiggestrigen abtun,
die nach wie vor nicht damit zurechtkom-
men, dass die Sowjetunion und der Stalinis-
mus ein längst vergangenes Kapitel der rus-
sischen Zeitgeschichte darstellen. Doch wie
ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu
beurteilen, die im Herbst 2008 eine Online-
Umfrage des russischen Fernsehkanals „Ros-
sija“ ergeben hat? Aufgefordert, sich an der
Wahl von Russlands wichtigsten historischen
Persönlichkeiten zu beteiligen, votierten über
zehn Prozent der rund 4,5 Millionen Befrag-
ten für Josef Stalin. Sie kürten ihn zur dritt-
populärsten Figur der russischen Geschichte.
Stalin lieferte sich in der Gunst der befragten
Russen nicht nur ein enges Kopf-an-Kopf-
Rennen mit dem zarischen Reformler Pjotr A.
Stolypin (Platz 2) und dem mittelalterlichen
Nationalheiligen, Fürst Alexander Newski
(Platz 1); der sowjetische Despot rangierte so-
gar vor Russlands Nationaldichter Alexander
Puschkin, der erst an vierter Stelle genannt
wurde, gefolgt von Zar Peter dem Großen
und Wladimir Iljitsch Lenin, dem bolsche-

wistischen Berufsrevolutionär und Begrün-
der der Sowjetunion.²

20 Jahre nach dem Ende der UdSSR besitzt
Stalin nicht nur bei erheblichen Teilen der
postsowjetischen Elite, sondern auch in brei-
ten Bevölkerungskreisen immer noch den Ruf
einer starken, respektablen Führerpersönlich-
keit. Angesichts solcher Befunde liegt es nahe,
auf die Leistungen der jüngsten russischen
Geschichts- und Erinnerungskultur zurück-
zublicken. Wie steht es in Russlands Staat und
Gesellschaft um die historische Aufarbeitung
des Stalinismus? Wie haben sich die dortigen
postkommunistischen Präsidenten – von Boris
Jelzin über Wladimir Putin bis hin zu Dmitri
Medwedew – gegenüber jener totalitären Dik-
tatur positioniert, die zusammen mit dem Na-
tionalsozialismus am nachhaltigsten die Ge-
schichte des 20. Jahrhunderts geprägt hat? Vor
diesem Hintergrund wird die offizielle staat-
liche Geschichtspolitik für die vergangenen
zwei Jahrzehnte analysiert und der geschichts-
politischen Arbeit von russischen Nichtregie-
rungsorganisationen gegenübergestellt.

Tabu

Es gibt kaum eine Familie im heutigen Rus-
sland, die nicht in irgendeiner Weise zwischen
den späten 1920er und frühen 1950er Jahren
von der stalinistischen Gewaltherrschaft per-
sönlich betroffen gewesen ist. Stalin und der
Stalinismus haben tiefe Spuren in der jün-
gsten sowjetischen Geschichte hinterlassen.
Doch dieser Umstand änderte wenig daran,
dass es in den Jahrzehnten nach seinem Tod
nicht möglich war, sich innerhalb der UdSSR
damit offen und kritisch auseinanderzuset-
zen. Eine der wenigen Ausnahmen stellte hier
lediglich die kurze Entstalinisierungsphase
in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre dar.
In dieser Zeit ließ Nikita Chruschtschow, der
damalige KPdSU-Parteichef und sowjetische
Ministerpräsident, im Rahmen klarer ge-
schichtspolitischer Vorgaben eine begrenzte
Auseinandersetzung mit Stalins Herrschaft
zu. Man reduzierte dabei jene düstere Peri-
ode der sowjetischen Geschichte sowie die
Frage nach der politischen Verantwortung al-

¹ Stalin soll heilig werden, in: Süddeutsche Zeitung
vom 22.7.2008.

² Vgl. Imja Rossija. Istoričeskij vybor 2008, online:
www.nameofrussia.ru (31.10.2011).

lein auf die Person des Diktators. Dies währte indes nicht allzu lange. Bereits in Chruschtschows letzten Regierungsjahren, spätestens jedoch mit seinem Sturz im Oktober 1964, gehörte der Stalinismus zu den großen geschichtswissenschaftlichen Tabuthemen der sowjetischen Vergangenheit.[¶]

Erst in den letzten Jahren der staatlichen Existenz der UdSSR setzte hier ein allmählicher Wandel ein. Die Voraussetzungen dafür schuf ab 1985 der neue Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow. Der mit seiner Person verknüpfte innersowjetische Reformprozess der Perestroika sah im Rahmen der sogenannten Glasnost mehr Transparenz und Offenheit im innergesellschaftlichen Diskurs vor. Die sowjetischen Staatsbürger sollten für den dringend erforderlichen Umbau der krisengeschüttelten, vom Niedergang gezeichneten UdSSR mobilisiert und in ihn einbezogen werden. Das geschichtspolitische Kalkül der Reformer zielte darauf ab, sich von weniger ruhmreichen historischen Epochen abzugrenzen und zugleich positive, identitätsstiftende historische Vorbilder aus der jüngsten sowjetischen Vergangenheit aufzuzeigen. Unter dem Schlagwort „zurück zu Lenin“ und den hoffnungsvollen Anfängen der Sowjetmacht in den frühen 1920er Jahren rückten damit erstmals die mit dem Makel der Stagnation in Verbindung gebrachten Breschnew-Zeit der 1970er und frühen 1980er Jahre, vor allem aber die Jahrzehnte des Stalinismus in den Blickpunkt der merklich freieren, doch nach wie vor vom Einparteiensstaat gelenkten öffentlichen Geschichtsdebatte. Durch solche Maßnahmen erhoffte man sich insbesondere, der Perestroika die erforderliche historische Legitimität zu verschaffen.[¶]

Der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution bot dafür einen willkommenen Anlass. So nutzte

¶ Ein kurzer Überblick bei: Stefan Plaggenborg (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Russlands*, Bd. 5: 1945–1991. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, 1. Halbbd., Stuttgart 2002, S. 191–199; zur persönlichen Perspektive eines sowjetischen Historikers siehe: Alexander M. Nekrich, *Entsage der Angst. Erinnerungen eines Historikers*, Frankfurt/M. 1983.

¶ Zum Umgang mit der Vergangenheit und der Geschichtspolitik in den Jahren der Perestroika siehe: Robert Davies, *Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie*, München 1991; Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991.

Gorbatschow im November 1987 die Gelegenheit, um in seiner Festrede von „weißen Flecken“ in der sowjetischen Geschichte zu sprechen, die er dringend beseitigt sehen wollte. Zeitungen und Wochenblätter, die den neuen politischen Reformkurs in der UdSSR begrüßten, griffen diese Anregung dankbar auf. In diesem Zusammenhang taten sich besonders „Moskowskie Nowosti“ und die auf ein Massenpublikum gerichtete Illustrierte „Ogonjok“ hervor. Sie warteten regelmäßig mit sensationellen Meldungen und Reportagen auf, in denen sie in einem für damalige Sowjetbürger unvorstellbaren Ausmaß den Terror und die Repressionen der Stalin-Zeit enthüllten. Neben Publizisten und Journalisten waren es darüber hinaus Vertreter aus der Kunst- und Kulturszene, die sich an diesem mitunter hoch emotional geführten öffentlichen Geschichtsdiskurs beteiligten. Zu den zentralen Begrifflichkeiten dieser Auseinandersetzungen gehörten das „Erinnern an die Opfer“, das „Suchen nach Wahrheit“ und das „Wiederherstellen historischer Gerechtigkeit“.

Ins Zentrum der Debatte rückte dabei stets Stalin, der zumeist allein als Urheber jener Verbrechen galt. All dies schlug sich nicht nur in der damaligen Publizistik, sondern ebenso in Filmproduktionen, in der Literatur und Belletristik nieder. Zu nennen sind die Filme „Pokajanie“ (Die Reue) und „Prozess“ (Der Prozess), mit denen die Regisseure Tengis Abuladse und Igor Beljaew sich erstmals 1987/88 mit offener Kritik am Stalinismus an ein sowjetisches Massenpublikum wandten. Der geschichtspolitische Wandel, der sich allmählich in den späten Jahren der Perestroika vollzog, manifestierte sich aber auch auf einem anderen Feld: So ließen 1989 die Zensurbehörden den bis dahin verbotenen Roman „Der Archipel Gulag“ passieren und damit erstmals offiziell in der UdSSR erscheinen. Darin setzte sich der inzwischen in den USA lebende russische Exil-Schriftsteller Alexander Solschenizyn schonungslos mit dem stalinistischen Lager- und Repressionssystem auseinander.[¶]

Auf Dauer machte eine solche gesellschaftspolitische Entwicklung auch vor der sowjeti-

¶ Vgl. Isabelle de Kegel, *Strategien des Umgangs mit den stalinistischen Repressionen in Russland seit der Perestroika: Geschichtspolitik „von unten“*, in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte*, 1 (2010), S. 66, S. 68 ff.

schen Geschichtswissenschaft nicht Halt. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die Forderung, die eigene Vergangenheit realistischer zu betrachten und gegebenenfalls bestehende Geschichtsbilder zu korrigieren, nicht unbedingt von den dortigen Fachhistorikern aufgestellt wurde. Diese mussten sich mehrheitlich zunächst aus der Erstarrung befreien, in die sie durch jahrzehntelange staatliche Bevormundung, Restriktionen und Selbstzensur versetzt worden waren. Es überrascht deshalb nicht, dass die einschlägigen historischen Fachzeitschriften anfänglich nicht zu den Austragungsorten für unbequeme Fragen und die kritische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus gehörten.¹⁶

Die im Zuge von Glasnost ausgelöste inner-sowjetische Geschichtsdebatte über die Stalin-Ära, die bei der Suche nach den Ursachen und historischen Wurzeln des Stalinismus nahezu täglich neue Enthüllungen zutage förderte, nahm eine kaum mehr steuerbare Eigendynamik an. Entgegen den ursprünglichen Absichten Gorbatschows trug sie daher nicht zur Stabilisierung des Reformprozesses bei, sondern begünstigte unaufhaltsam die vollständige politisch-ideologischen Delegitimierung der KPdSU und des Sowjetsystems.¹⁷

Geschichtsdiskurs „von unten“

An dieser Entwicklung hatte nicht zuletzt eine Nichtregierungsorganisation einen gewichtigen Anteil: die Gesellschaft Memorial.¹⁸ Sie gab wesentliche Impulse für einen abseits der staatlich reglementierten Auseinandersetzung mit dem Stalinismus geführten Geschichtsdiskurs „von unten“. Vor diesem Hintergrund

¹⁶ Vgl. Stefan Kreuzberger, „Ich war in einem völlig anderen Krieg ...“ Die sowjetische und russische Historiographie über den „Großen Vaterländischen Krieg“, in: Osteuropa, 48 (1998) 5, S. 508.

¹⁷ Vgl. I. de Kegel (Anm. 5), S. 70.

¹⁸ Zur Geschichte und dem Wirken der Gesellschaft Memorial siehe ausführlich: Elke Fein, Geschichtspolitik in Russland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial, Hamburg 2000; dies., Die Gesellschaft „Memorial“ und die postsowjetische Erinnerungskultur in Russland, in: Lars Karl/Igor J. Poljanski (Hrsg.), Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland, Göttingen 2009, S. 165–186; vgl. im Folgenden auch: I. de Kegel (Anm. 5), S. 72–83.

besaß die 1987 in Moskau gegründete Organisation eine wichtige zivilgesellschaftliche Funktion. Bis ihr jedoch im Oktober 1990 die offizielle Registrierung zuerkannt wurde und sie damit landesweit legal agieren durfte, war Memorial lediglich eine staatlich geduldeten Einrichtung. Die sowjetischen Machtorgane konnten daher jederzeit gegen sie vorgehen und im Extremfall sogar zerschlagen.

In Memorial organisierten sich noch zu Sowjetzeiten Vertreter aus kritischen Intelligenzija- und ehemaligen Dissidenten-Zirkeln, die sich selbst als Demokraten verstanden. Zu ihnen zählten prominente Persönlichkeiten wie der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow, der Moskauer Historiker Wiktor Afanasew oder Russlands erster Präsident Boris Jelzin, der während der Perestrojka auf Konfrontationskurs zur KPdSU gegangen war. Von Anfang an avancierte die Gesellschaft zum Interessenanwalt der Opfer stalinistischer Repression und Verfolgung. Memorial verstand sich dabei als politische Bürgerrechtsbewegung, welche die längst überfällige Demokratisierung der Gesellschaft entschieden vorantreiben wollte. Die in diesem Kontext formulierten Ziele während der Gründungsphase der Gesellschaft sahen es deshalb für dringend geboten, die Opfer des Stalinismus zu rehabilitieren und zu entschädigen. Überdies suchte man anfänglich darauf hinzuwirken, die staatlichen Terror- und Gewaltexzesse während Stalins Herrschaft als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen, um darüber eine Grundlage für die juristische Aufarbeitung des Stalinismus zu erlangen. Gleichwohl setzte hier schnell Ernüchterung ein. Bei dem Bemühen um historische Gerechtigkeit verzichtete Memorial schließlich um des innergesellschaftlichen Friedens willen darauf, die verantwortlichen Täter des stalinistischen Regimes strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Stattdessen verlegte sich die Organisation auf andere Formen der Geschichtsaufarbeitung. Sie folgte dabei einem schlüssigen Gesamtkonzept. Dieses umfasst bis heute nicht nur einschlägige Forschungsinitiativen zu Themen der stalinistischen Gewaltkultur, sondern auch ein ausgesprochen bildungs- und erinnerungsgeschichtliches Engagement. Zu den herausragenden Aktivitäten zählt in dieser Hinsicht, dass es Memorial noch zu Sowjetzeiten gelungen ist, im Jahre 1990 auf

dem Moskauer Lubjanka-Platz gegenüber der berüchtigten KGB-Zentrale einen Gedenkstein für die „Opfer des totalitären Regimes“ zu errichten. Aber auch der Umstand, dass der Oberste Sowjet der Russländischen Föderation 1991 den 30. Oktober offiziell zum „Tag des Gedenkens an die Opfer der politischen Repression“ erhob, war im Wesentlichen das Verdienst von Memorial.

Die größten Freiräume für das geschichts- und erinnerungspolitische Wirken der nunmehr im ganzen Land aufkommenden Aktivistengruppen ergaben sich im postsowjetischen Russland der Ära Jelzin. Begünstigt wurde dies hauptsächlich durch den auf politische Herrschaftskonsolidierung bedachten Präsidenten. So waren er und seine politische Führungsmannschaft zumindest in den ersten Jahren nach Auflösung der UdSSR um Demokratisierung und gesellschaftliche wie ökonomische Transformation bemüht. Um den politischen Veränderungen im Lande die erforderliche Legitimation zu verschaffen, musste aus ihrer Sicht der konsequente Bruch mit dem historischen Erbe der Sowjetunion und ihrer damaligen Kommunistischen Partei vollzogen werden. Zumindest in dieser Zeit gelang es Memorial, den Opfern der stalinistischen Gewaltherrschaft im öffentlichen Raum die erwünschte Aufmerksamkeit zu verschaffen: Rund zwei Millionen Repressierte wurden rehabilitiert, doch fielen die staatlichen Entschädigung zumeist ungenügend aus.¹⁰

Aufarbeiten und Erinnern unter Putin und Medwedew

Für die Aufarbeitung von Russlands stalinistischer Vergangenheit lieferten die Jelzin-Jahre zweifellos die besten Rahmenbedingungen. Das galt sowohl für die Geschichts- und Erinnerungspolitik „von unten“ – repräsentiert durch Memorial oder den öffentlich Diskurs in den russischen Medien – als auch für die postsowjetische Geschichtswissenschaft. Meinungsvielfalt bestimmte zunehmend die Diskussionen russischer Historiker. Das traf vor allem auf Vertreter der jüngeren Generation zu und wurde nicht zuletzt durch einen

¹⁰ Zu den weiteren auf Russland konzentrierten Aktivitäten der Nichtregierungsorganisation Memorial, die seit 1992 in eine internationale Gesellschaft umgewandelt worden ist, siehe www.memo.ru (6. 11. 2011).

– im Unterschied zur Sowjetepoche – restriktionsfreieren Zugang zu Russlands staatlichen Archiven begünstigt.¹⁰ Gleichwohl änderte dies wenig an dem Umstand, den der Moskauer Historiker und Vorsitzende von Memorial, Arseni Roginski, noch im Jahre 2009 als „fragmentierte Erinnerung“ charakterisierte. Roginski spielte auf die in Russland weit verbreitete Haltung an, zumeist die Opfer des Stalinismus in den Vordergrund zu stellen, darüber jedoch die Frage nach den Tätern und deren Verbrechen zu marginalisieren. Diese Tendenzen haben sich seit der Präsidentschaft Wladimir Putins zwischen 2000 und 2008, aber auch unter dessen Nachfolger Dmitri Medwedew konsequent fortgesetzt. Mehr noch: Sie haben sich verstärkt und sind fester Bestandteil der offiziellen staatlichen Geschichtspolitik geworden, die den Terror des Stalinismus systematisch herunterspielt und mitunter sogar verharmlost.¹¹

Es überrascht daher nicht, dass gegenwärtig unter den Bedingungen eines unübersehbar autoritär regierten Russlands die Stalinismusforschung wie auch die öffentlichkeitswirksame Aufklärung über Stalins Herrschaft in Mitleidenschaft gezogen werden. Immer häufiger mischen sich offizielle Regierungsorgane in den öffentlichen Geschichtsdiskurs ein und bedrängen diesen überaus erfolgreich.¹² Ausschlaggebend dafür ist die inzwischen zur Staatsräson gewordene Auffassung Putins und Medwedews, wonach das von den Wirren und Krisen der späten Jelzin-Jahre erschütterte Russland wieder zu einem „großen Staat“ gemacht werden soll. Um diesen Anspruch ideologisch zu untermauern und damit zugleich Putins autoritären Herrschaftsstil zu legitimieren, greifen die Machthaber im Kreml symbolisch auf die Historie zurück.¹³ „Patriotismus, unsere Geschichte und Religion“, so Putin noch als Ministerpräsident im Jahre 1999, sollten die „grundlegenden Wer-

¹⁰ Vgl. dazu ausführlich Stefan Creuzberger/Rainer Lindner (Hrsg.), *Russische Archive und Geschichtswissenschaft*, Frankfurt/M. 2003.

¹¹ Arsenij Roginskij, *Fragmentierte Erinnerung. Stalin und der Stalinismus im heutigen Russland*, in: *Osteuropa*, 59 (2009) 1, S. 37–44.

¹² Vgl. Zaur Gasimov, *Russlands staatlicher Umgang mit der Stalinismus-Zeit*, in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte*, 1 (2010), S. 96.

¹³ Vgl. Rainer Lindner, *Putins Geschichtspolitik. Die Inszenierung der Vergangenheit in Russland*, in: *Internationale Politik*, (2006) 8, S. 112.

te der Gesellschaft bilden“.¹⁴ Da überdies der Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit einhergehende Verlust der Supermacht-Funktion tiefe Blessuren im nationalen Selbstbewusstsein vieler Russen hinterlassen haben, wollen Putin und Medwedew der russischen Bevölkerung die abhanden gekommene nationale Identität zurückgeben. Für sie wird Geschichte damit zur Gegenwartspolitik. Dies wiederum ist in einer „systematischen staatlichen Geschichtspolitik“ zum Ausdruck gebracht worden, die seit dem Jahr 2000 immer deutlichere Konturen erlangt hat.¹⁵

Bei der Suche nach positiv besetzten und den patriotischen Gemeinsinn fördernden Geschichtsbildern bedient sich die russische Staatsmacht ausgewählter Episoden aus der Geschichte des Stalinismus. Niedergeschlagen hat sich dies in einer Reihe geschichtspädagogischer Lehrbücher und lexikalischer Nachschlagewerke, denen eine Einschätzung der Regierung zugrunde lag, wonach es ohnehin zu viele Geschichtsbücher gebe. Folglich sei ein Geschichtswerk zu erstellen, das „die patriotische Erziehung und den historischen Optimismus“ fördere.¹⁶ In diesem Zusammenhang ist ein 2007 veröffentlichtes Handbuch für Lehrer zu nennen. Die unter dem Titel „Eine moderne Geschichte Russlands: 1945–2006“ erschienenen Publikation, die der scheidende Präsident Putin den russischen Pädagogen nachdrücklich empfohlen hat, liefert staatlich gewünschte Interpretationen, die mit Blick auf die historische Figur Stalins und den Stalinismus eine bedenkliche Geschichtsklitterung betreiben.

All diesen auf die bildungspolitische Geschichtsvermittlung zielenden Werken ist eines gemein: Sie verharmlosen die historische Bedeutung Stalins in unverantwortlicher Weise. Der Despot aus Georgien erscheint hier als großrussischer Patriot und bedeutender Modernisierer, der fast schon in einem Atemzug mit Peter dem Großen genannt wird. Er steht stellvertretend für eine positive Entwicklung in der sowjetischen Geschichte, welche die Überwindung der über Jahrhunderte währen-

den russischen Rückständigkeit zum Ergebnis hatte. Den Preis, den die Völker der damaligen UdSSR zu bezahlen hatten, die Brutalität und die immensen Opferzahlen, die Stalins Kollektivierung der Landwirtschaft, seine rücksichtslose Industrialisierung und nicht zuletzt der von ihm verantwortete Massenterror der 1930er Jahre mit sich brachten, wird dabei heruntergespielt. Mehr noch: Stalins Aufstieg zur Macht, sein Krieg gegen das eigene Volk und die von ihm errichtete Diktatur werden durch die Behauptung legitimiert, dass sie unter den Bedingungen der damaligen Verhältnisse erforderlich gewesen seien. Der Kalte Krieg etwa, den in dieser Lesart selbstverständlich die Amerikaner zu verantworten hatten, gewährten dem Diktator angeblich keinerlei Optionen für wie auch immer geartete Erleichterungen und Liberalisierungsversuche.¹⁷

Stalin symbolisiert den Aufstieg der UdSSR zur Welt- und Supermacht – ein Status, den, wie bereits angedeutet, die gegenwärtige politische Führung in Moskau wieder zurückerlangen möchte. Und auch dieser Umstand erfährt heutzutage in der offiziellen Geschäftspolitik eine bedenkliche Rechtfertigung. Nichts anderes ist es nämlich, wenn etwa der russische Sicherheitsdienst FSB denjenigen einheimischen Historikern eine harte rhetorische Abfuhr erteilt, die den Hitler-Stalin-Pakt mit seinem geheimen Zusatzprotokoll und die stalinistischen Deportationen der Kaukasusvölker während des Zweiten Weltkrieges verurteilen. Sie werden durch die Geheimdienstler kurzerhand als „Geschichtsfälscher“ diffamiert. Geradezu beispielhaft demonstrierte dies der für Öffentlichkeitsarbeit zuständige FSB-Sprecher Sergei Ignatenko, als er im Mai 2008 unumwunden erklärte: „Den Pakt als auch die Deportationen abzuurteilen, kommt den Interessen der westlichen Geschichtspropaganda entgegen, in die Russlands Feinde viel Geld investieren.“¹⁸

¹⁴ Richard Sawka. *Putin. Russia's Choice*. London 2004, S. 163.

¹⁵ Arsenij Roginskij, *Erinnerung und Freiheit. Die Stalinismus-Diskussion in der UdSSR und Russland*, in: *Osteuropa*, 61 (2011) 4, S. 62.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Vgl. Stefan Kreuzberger, *Stalin. Machtpolitiker und Ideologe*, Stuttgart 2009, S. 11 f.; zur Problematik der neueren russischen Geschichtslehrbücher siehe den Themenschwerpunkt in der Zeitschrift *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History*, 10 (2009) 4, S. 825–868, ebenso Jan Foitzik, *Russische Geschichtslehrbücher für die 11. Klasse der allgemeinbildenden Schulen. Eine Sammelbesprechung*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 59 (2011) 3, S. 399–411.

¹⁸ S. Kreuzberger (Anm. 17), S. 12.

In diesem Kontext überrascht es wenig, wenn die gegenwärtigen Machthaber in Moskau ihre geschichtspolitische Arbeit durch Stiftungen und Internetportale flankieren, die vom Kreml ins Leben gerufen worden sind und dauerhaft finanziert werden. Mehr noch: Im Mai 2009 wurde beim Präsidenten der Russischen Föderation eine Kommission installiert, die sich mehrheitlich aus Vertretern der Geheimdienste und der Armee zusammensetzt. Ihr obliegt die verantwortungsvolle Aufgabe, gegen die „Falsifizierung der Geschichte zum Nachteil der Interessen Russlands“ vorzugehen. Zu diesem Zweck soll sie einschlägige Ermittlungen durchführen und wirksame Abwehrstrategien entwickeln. Für russische Historiker, die sich vor diesem Hintergrund mit sensiblen Fragen der stalinistischen Geschichte befassen wollen, verheißen solche Tendenzen nichts Gutes, unterstehen sie damit doch im Grunde wieder einer staatlichen Bevormundung und Kontrolle.

Unter den erwähnten kremlnahen Stiftungen ragen besonders die 2004 gegründete Einrichtung „Istoritscheskie Perspektiwy“ (Historische Perspektiven) und die 2008 errichtete Institution „Istoritscheskaja Pamjat“ (Historische Erinnerung) hervor. Ihnen obliegt die Bekämpfung nicht regierungskonformer zeithistorischer Geschichtsdiskurse. Themen wie der Hitler-Stalin-Pakt, die katastrophale Hungerskatastrophe, die in den frühen 1930er Jahren das Ergebnis der stalinistischen Agrarpolitik waren, die Opferzahlen des Großen Terrors, nicht zuletzt die Rolle der Roten Armee und der UdSSR im Zusammenhang mit der Sowjetisierung Osteuropas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden hier gemäß der staatlich gewünschten Geschichtsinterpretation und Erinnerungskultur propagiert und öffentlichkeitswirksam verbreitet. Es ist daher nur konsequent, dass auch das Publikationsorgan der von Putins Regierungspartei majorisierten Staatsduma, die „Parlamentskaja Gaseta“, sich nachhaltig für die Arbeit der Geschichtsstiftungen engagiert und ihnen ein mediales Forum bietet.¹⁹

Trübe zivilgesellschaftliche Aussichten

Unter solchen Umständen ist zu verstehen, dass die geschichtspolitische und zivilge-

¹⁹ Vgl. Z. Gasimov (Anm. 12), S. 93, S. 99ff.

sellschaftliche Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wie Memorial sich im heutigen Russland nur schwer aufrechterhalten lässt. Das gilt umso mehr, als sie sich dabei kaum mehr auf staatlich unabhängige Medien stützen können. So bleibt ihnen zumeist nur das Internet, um in Zeiten zunehmender Behördengängelung eine geschichtspolitische Perspektive „von unten“ zu vermitteln. Und so verwundert es keinesfalls, weshalb gerade das bis dahin wichtige erinnerungspolitische Wirken von Memorial in Russland kaum mehr öffentlich wahrgenommen wird und daher kaum mehr ein alternatives geschichtspolitisches Korrektiv zur staatlichen Geschichtsvermittlung darstellen kann.²⁰

Das von Putin etablierte und von Medwedew fortgesetzte vergangenheits- und geschichtspolitische Projekt, das allein der nationalen Identitätsbildung dient, hat sich insgesamt zur Zufriedenheit der Moskauer Machtelite entwickelt. Dank der massiven Propaganda im Staatsfernsehen und der allgegenwärtigen neuen Geschichtsrhetorik ist es gelungen, in Russlands kollektivem Gedächtnis Vergangenheit und Gegenwart miteinander zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang lebt Nationalstolz auf, der sich zumeist mit alten sowjetischen Stereotypen verbindet – so etwa „die Vorstellung vom Westen als – heute wie früher – Feind und Quelle allen Unglücks für Russland“.

Selbst wenn die gegenwärtige Kreml-Führung Stalins Herrschaft geschichtspolitisch in vielerlei Hinsicht als historische Notwendigkeit zu verteidigen sucht, kann sie dennoch nicht als stalinistisch bezeichnet werden. Davon legen sowohl Putin als auch Medwedew immer wieder in der Öffentlichkeit beredt Zeugnis ab, wenn Sie bei dieser Gelegenheit Stalin als Verbrecher bezeichnen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die geschichtspolitische Instrumentalisierung des stalinistischen Erbes schließlich einem wichtigen politischen Ziel dient: dem reibungslosen Funktionieren von Russlands autoritärem Regime.²¹

²⁰ Vgl. I. de Keghel (Anm. 5), S. 83.

²¹ Vgl. A. Roginskij (Anm. 15), S. 63 f., S. 67.

Peter Jahn

22. Juni 1941: Kriegserinnerung in Deutschland und Russland

Vor allem mit drei Daten verbindet sich unsere Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: dem 1. September 1939, als das Deutsche Reich mit dem

Peter Jahn

Dr. phil., geb. 1941; Osteuropahistoriker, 1995 bis 2006 Direktor des deutsch-russischen Museums Berlin-Karlshorst.
kl.peter.jahn@gmx.de

Angriff auf Polen den Krieg auslöste, mit dem 22. Juni 1941, als das Deutsche Reich mit einem Überfall den Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion begann, und dem 8./9. Mai 1945, dem Tag von Kapitulation und Kriegsende. Unbestritten ist die Bedeutung des Mai-Datums. An das September-Datum wird heute vor allem in Polen, aber auch in Frankreich und Großbritannien erinnert. Für Deutschland und die Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten war dagegen der 22. Juni 1941 der tiefe Schnitt, begann erst dann jener Krieg, der die größte Verwüstung in der Geschichte Europas anrichtete. Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 wurden weniger als zwei Millionen Menschen getötet, auch das gewiss eine Schrecken erregende Zahl. Zwischen Juni 1941 und Mai 1945 verloren in Europa mehr als 50 Millionen Menschen ihr Leben – als Soldaten im Kampf, als Zivilisten in Kriegshandlungen, als Opfer von Völkermord und Massenmord. Stärker als alle anderen waren mit 27 Millionen Toten die Bewohner der Sowjetunion getroffen.

Vom Landserelend zum Völkermord

Während in Deutschland der 1. September als „Weltfriedenstag“ eher ein Schattendasein führt, wird vor allem an „runden“ Jahrestagen des 8. Mai die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg als deutsche, aber auch als europäische Katastrophe wachgerufen. Da, anders als im Fall des Ersten Weltkriegs, nach dem totalen

Krieg an der totalen Niederlage nicht zu zweifeln war, bot der 8. Mai wie auch das ganze Jahr 1945 der Bundesrepublik einen festen Punkt, um an die Deutschen auch als Opfer des Krieges zu erinnern. Dass mit der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anstelle der „Niederlage“ dieses Datum als Moment der Befreiung erinnert wurde, war zu jener Zeit ein einschneidender Perspektivwechsel. Dieser Wechsel erfolgte nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, an dem der epochale „Zivilisationsbruch“, der Völkermord an den europäischen Juden, als zentrales Charakteristikum der NS-Herrschaft im öffentlichen Geschichtsbewusstsein „angekommen“ war.¹

Damit war auch ein Stück deutsch-deutscher Gemeinsamkeit hergestellt, denn seit der Staatsgründung hatte, mit durchaus anderem Akzent, der 8. Mai als „Tag der Befreiung“ zum Selbstverständnis der DDR gehört. Dieses Verständnis ist inzwischen deutsches Gemeingut. Die Problematik einer historischen Erinnerung an das Kriegsende als Befreiung, die – sieht man von den letzten Kriegsmonaten ab – von der großen Mehrzahl der Befreiten gar nicht gewünscht und für lange Zeit nur als Niederlage gesehen wurde, kann damit allerdings verdeckt werden. Einem solchen Bild wohnt die Tendenz inne, am Ende auch der Deutschen kollektiv als Opfer Hitlers und der Nationalsozialisten, eben der anderen, zu gedenken. Der eigene Anteil an diesem System verschwindet dahinter.

An den 22. Juni 1941 wurde über Jahrzehnte in der Bundesrepublik nur als Beginn eines historisch unvergleichlichen militärischen Ereignisses erinnert, das vor allem durch die Leistungen und Leiden der deutschen „Landser“ gekennzeichnet war. In der Fokussierung auf die Schlacht von Stalingrad fand diese Sicht ihren deutlichsten Ausdruck.² In den „erschriebenen Siegen“ der Generalsmemoiren war zu lesen, dass sie durch die Fehler Hitlers um ihren Sieg gebracht worden seien.³

¹ Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Die Gegenwart der Vergangenheit, in: ders., 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2009.

² Vgl. Peter Jahn (Hrsg.), Stalingrad erinnern. Stalingrad im deutschen und im russischen Gedächtnis, Berlin 2003.

³ Bernd Wegner, Erschriebene Siege. Franz Halder, die „Historical Division“ und die Rekonstruktion des Zweiten Weltkrieges im Geiste des deutschen Ge-

Auch sei man einer sowjetischen Offensive nur zuvorgekommen, die Wehrmacht habe gegen einen tückischen Gegner ehrenhaft gekämpft und keine Verbrechen begangen, sei vielmehr Opfer der Stalin'schen Verbrechen geworden. Die schon bald nach Kriegsende neu errichteten Fronten des Kalten Krieges erlaubten es einer breiten Öffentlichkeit, den rassistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg als Prävention gegen kommunistische Expansion umzudeuten. Opfer waren in diesem reduzierten Bild die deutschen Soldaten im Leid von Krieg und lange dauernder Gefangenschaft sowie die bei Kriegsende von Flucht, Racheexzessen und Vertreibung betroffenen deutschen Zivilisten.^f Diese Sicht beherrschte die Trivialdarstellungen, wie sie in den „Landser“-Heften der Bahnhofsbuchhandlungen bis heute zu finden sind.^f

Erst Ende der 1970er Jahren begannen deutsche Historiker die andere Realität dieses Krieges zu erforschen: die Kriegsplanung, die durch die Vernichtung von bis zu fünfzig Millionen Menschen ein deutsches Kolonialreich schaffen wollte, die verbrecherischen Befehle wie Kommissarbefehl und Kriegsgesichtsbefehl, die Vernichtung von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen durch Hunger und Erschießungen, den millionenfachen Mord der Einsatzgruppen an den sowjetischen Juden, die Belagerung Lenins mit dem Ziel, drei Millionen Einwohner verhungern zu lassen (800 000 starben), die Vernichtung hunderter Dörfer samt ihrer Bewohner im Kampf gegen echte und vermeintliche Partisanen, die Deportation von 2,8 Millionen Zivilisten zur Zwangsarbeit in Deutschland, die Strategie der „verbrannten Erde“, mit der riesige Landstriche verwüstet und ihre Bewohner vertrieben wurden. Waren diese Forschungsergebnisse in den 1980er Jahren noch eine weitgehend akademische Angelegenheit, so wurde im Juni 1991 – nach dem Ende des Kalten Krieges – mit der Berliner Ausstellung „Der Krieg gegen die Sowjet-

union“ erstmals ein breiteres Publikum mit dieser historischen Realität konfrontiert.^f

Die Resonanz auf die Ausstellung war positiv, blieb allerdings ohne Nachhall. Erst mit der provokant zuspitzenden ersten Wehrmachtausstellung, die 1995 eröffnet wurde, fand das Thema der Mordpolitik im Osten aufgrund der heftigen Kritik breite Resonanz. Die Ausstellung zählte bis 1999 rund 900 000 Besucher, wurde dann wegen etlicher sachlicher Fehler zurückgezogen. Die 2001 darauf folgende, geradezu enzyklopädisch erweiterte zweite Wehrmachtausstellung bot nicht mehr Anlass für Kontroversen, ihre Aussagen galten inzwischen als wissenschaftlich unstrittig.^f Zugleich zeichnete seit 1995 das deutsch-russische Museum in Berlin-Karlshorst in seiner Dauerausstellung ein umfassendes Bild dieses Krieges, in dem die Zivilisten als Opfer denselben Platz erhalten wie die Soldaten. Mehr als 600 000 Besucher sahen bisher diese Ausstellung.^f Die historische Forschung hat seitdem mit zahlreichen Einzeluntersuchungen nicht nur den zentralen Anteil der Wehrmacht an Kriegsverbrechen und Völkermord nachgewiesen, sondern auch deutlich werden lassen, dass jenseits des Völkermordes an den Juden auch die nichtjüdischen Bewohner des Landes in Millionenzahl als „slawische Untermenschen“ ermordet wurden, um das Land als deutschen „Lebensraum“ in Besitz nehmen zu können.^f

Diese schrittweise Hinwendung der Aufmerksamkeit auf den Vernichtungskrieg im Osten wurde im Fall der Kontroversen um die erste Wehrmachtausstellung zu einem Medienereignis, fand aber darüber hinaus nur schwache Resonanz. Die politischen Repräsentanten zeigen wenig Neigung, sich zu engagieren. So begnügte sich am 22. Juni 2001, dem 60. Jahrestag des Überfalls, der Präsident des Deutschen Bundestages bei Eröffnung der Plenarsitzung mit einem kurzen einleitenden

neralstabes, in: Ernst Willi Hansen et al. (Hrsg.), Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit, München 1995.

^f Vgl. Martin Sabrow, Den Zweiten Weltkrieg erinnern, in: APuZ, (2009) 36–37, S. 14–21.

^f Vgl. Bernd Lemke/Reiner App, Der Weltkrieg im Groschenheft-Format. Über den Lektüre-Reiz der Landser-Romane und ihre Verherrlichung des Zweiten Weltkriegs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, (2005) 11, S. 636–641.

^f Vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion. Eine Dokumentation, Berlin 1991.

^f Rückblick auf die Diskussionen in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005.

^f Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Erinnerung an einen Krieg, Berlin 1997.

^f Zusammenfassung des Forschungsstandes bei Christian Hartmann, Unternehmen Barbarossa, München 2011.

Hinweis auf den Jahrestag.¹⁰ Es hat bis zum 70. Jahrestag des Überfalls in diesem Jahr gedauert, dass der Deutsche Bundestag der Erinnerung an diesen Krieg einen eigenen Tagesordnungspunkt mit Beiträgen aller Parteien zugestand. „Der Krieg gegen die Sowjetunion war ein rassistischer Vernichtungskrieg. Er sollte für die Deutschen Lebensraum im Osten erobern, die angebliche Judenerrschaft in Russland brechen und die minderwertige slawische Rasse dezimieren und hinter den Ural verdrängen“, so mit deutlichen Worten der Bundestagsabgeordnete Gernot Erler.¹¹

Wie auch andere Aktivitäten rund um den 70. Jahrestag des Überfalls zeigt diese Einschätzung als konsensfähige Aussage des Parlaments, dass der nationalsozialistische Verbrechenkomplex eines millionenfachen Völkermordes an der slawischen Bevölkerung der Sowjetunion und auch Polens sehr allmählich Teil des deutschen Geschichtsbewusstseins wird, wenn er auch noch einen eher peripheren Platz einnimmt. Es ist bezeichnend, dass wir über Dokumentationen und „Sachliteratur“ hinaus in Literatur, Theater und Film nur selten künstlerische Auseinandersetzungen mit diesen Verbrechen und noch seltener Empathie mit den Opfern finden. Bis jetzt blieben sie fremd, bewegten nicht unsere Imagination.¹²

„Großer Vaterländischer Krieg“

Die Annahme liegt nahe, dass in einem Land, das durch diesen Krieg 27 Millionen Menschen, davon mehr als die Hälfte Zivilisten, verloren hat, dem 22. Juni 1941 und der Erinnerung an das durch die deutschen Angreifer erlittene Leid ein herausragender Platz eingeräumt worden wäre. Die Realität ist davon weit entfernt. Im Rückblick auf die 66 Jahre seit Ende des Krieges war und ist in Russland, alles andere weit in den Schatten stellend, der 9. Mai, der „Tag des Sieges“, *das* Datum der Erinnerung an diesen Krieg. Aber selbst dieser Gedenktag wurde nicht gleich nach dem Krieg begangen. Erinnerlich sind gewiss die Fotos, auf denen eine riesige Zahl von Mos-

kauern zu sehen ist, die am 9. Mai 1945 nach der Verkündung des Sieges über den Rundfunk auf den Roten Platz geströmt waren, um gemeinsam das Ende des Blutvergießens und den Triumph des Sieges über das faschistische Deutschland zu feiern. Die Zahl der Fotos von diesem Volksfest ist allerdings begrenzt, weit aus mehr Fotografen waren auf dem Roten Platz, als am 24. Juni die Siegesparade vor der Tribüne Stalins ebenfalls auf dem Roten Platz zelebriert wurde. Mit dem Niederwerfen erbeuteter Wehrmachtsfahnen und SS-Standarten an der Kremllmauer hatte diese Siegesinszenierung damals ihren Höhepunkt erreicht.¹³

Noch ein Jahr lang wurde der 9. Mai als Feiertag begangen, dann hatten die Helden des Krieges sich endgültig als Helden der Arbeit zu bewähren, die angesichts der immensen Zerstörungen keinen Arbeitstag versäumen durften. Unter der Stalin'schen Herrschaft der Nachkriegsjahre war der Krieg jedoch keineswegs aus der Öffentlichkeit verbannt worden. In dieser Zeitspanne grenzenlosen Personenkults fokussierte sich alle Erinnerung auf die Person Stalins: „Stalin zog auf diesen Wegen [des Krieges, P.J.] gemeinsam mit den Soldaten, gemeinsam mit ihnen schwieg er, als das Herz vor Gram stockte, gemeinsam mit ihnen sang er Soldatenlieder, schleppte er Geschütze aus dem Schlamm (...), räumte er Minenfelder, ging er auf Erkundung und betrat als Erster die erste Straße von Berlin.“¹⁴ Die Helden Erinnerung an den Krieg wurde entweder in die Arbeitswelt verschoben oder für die neue Konfrontation des Kalten Krieges aufgerufen.

So, wie bis zur Geheimrede Nikita Chruschtschows im Jahre 1956 die geniale Kriegsenklung durch den „Führer“ Stalin alles bestimmendes Axiom der öffentlichen Kriegserinnerung war, so blieb der Preis des Sieges ungenannt, wurden die Kriegsverluste erst auf sieben, dann auf zehn Millionen Menschen herunterdekretiert, durfte das Land zu keinem Zeitpunkt am Rande der Niederlage gestan-

¹⁰ Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 177. Sitzung, 22. 6. 2001, S. 17389.

¹¹ Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 117. Sitzung, 30. 6. 2011, S. 13465.

¹² Vgl. Elena Stepanova, Den Krieg beschreiben. Der Vernichtungskrieg im Osten in deutscher und russischer Gegenwartsprosa, Bielefeld 2009.

¹³ Vgl. Peter Jahn (Hrsg.), Triumph und Trauma. Sowjetische und postsowjetische Erinnerung an den Krieg 1941–1945, Berlin 2005, S. 48–51; vgl. auch Jutta Scherrer, Sowjetunion/Russland. Siegesmythos versus Vergangenheitsaufarbeitung, in: Monika Flacke (Hrsg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, Bd. 2, Berlin 2004, S. 619ff.

¹⁴ Ilja Ehrenburg, Große Gefühle, 1949, zit. nach: Peter Jahn (Hrsg.), Ilja Ehrenburg und die Deutschen, Berlin 1997, S. 78.

den haben.¹⁵ So erschien der Kriegsverlauf des Jahres 1941 bis zum ersten Sieg, der Gegenoffensive vor Moskau im November/Dezember, eher als Episode; die millionenfachen Verluste in den Kesselschlachten nicht einmal einen Nebensatz wert. Allein die mehrwöchige Verteidigung der Grenzfestung Brest im Juni/Juli 1941 wurde trotz des Todes aller Verteidiger als Zeichen für den kollektiven Widerstandswillen der ersten Stunde gefeiert.

Eine genauere Darstellung der Katastrophen des ersten Kriegsjahres wie auch der enormen Verluste der folgenden Jahre verbot sich bis zum Tode Stalins vor allem deswegen, weil damit das Bild des Führers als souveränen Lenkers zum historisch gesetzmäßigen Sieg unglaubwürdig geworden wäre. Nun nahmen in der Chruschtschow'schen Verurteilung des Stalin'schen Personenkults im Jahr 1956 seine Fehler im Krieg einen wichtigen Platz ein, vor allem seine Weigerung im Frühjahr 1941, Vorbereitungen für die Abwehr des Überfalls zu ergreifen. Damit war ein Schuldiger benannt, ohne dass die Partei und vor allem ihre Führung sich selbst der Kritik aussetzen mussten. Es charakterisiert das System, dass jetzt durch den Generalsekretär der Partei, Chruschtschow, die sowjetischen Verluste von zehn auf zwanzig Millionen Menschen heraufgesetzt wurden, eine weiterhin nicht der Forschung und Kritik ausgesetzte Zahl, die immer noch deutlich unter der realen Opferzahl blieb.

Immerhin ergab diese interne Kritik an der Stalin'schen Führung für die nächsten Jahre einen Freiraum, der kaum von der extrem angepassten historischen Forschung, aber doch von Film und Literatur genutzt wurde, um vor allem die Leidensgeschichte des Krieges zu thematisieren, etwa das Schicksal der Soldaten, die in deutsche Kriegsgefangenschaft gefallen waren (von 5,6 Millionen hatten drei Millionen nicht überlebt) und in der Stalinzeit teils als Verräter, teils als Feiglinge stigmatisiert wurden – so im Film „Ein Menschenschicksal“ (Sergei Bondartschuk, 1959). Frauen und Kinder als Opfer des Krieges erhielten in Filmen wie „Iwans Kindheit“ (Andrei Tarkowski, 1962) oder „Die Kraniche ziehen“ (Michail Kalatosow, 1956) Gesichter und Geschichten.¹⁶

¹⁵ Vgl. P. Jahn (Anm. 13), S. 78–83.

¹⁶ Freunde der Deutschen Kinemathek e. V. (Hrsg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion im Spiegel von 36 Filmen, Berlin o. J. (1991), S. 68–71, S. 83–87, S. 93–

Schon Mitte der 1960er Jahre beschnitt die kommunistische Partei unter dem neuen Generalsekretär Leonid Breschnew die Freiheiten der Tauwetterperiode, die es erlaubt hatten, auch die dunklen Seiten des Sieges zu thematisieren. Jetzt wurde das Gedenken an den Triumph des „Großen Vaterländischen Krieges“ zum zentralen Element für das Selbstverständnis der sowjetischen Führung. 1965, 20 Jahre nach Kriegsende, wurde der 9. Mai als „Tag des Sieges“ zum Feiertag, in jedem Jahr vom Staat mit Militärparaden, von der Bevölkerung mit zahllosen Feiern begangen.¹⁷

Heroisierendes Gedenken an den Krieg erhielt seit den 1960er Jahren einen immer größeren Platz in der sowjetischen Öffentlichkeit, etwa durch die Tätigkeit der erst jetzt sich organisierenden Veteranen, die in zahlreichen Veranstaltungen als Zeitzeugen Heldenbilder an die nächsten Generationen weitergaben, durch Monumentalfilme wie den Fünfteiler „Befreiung“ (Juri Oserow, 1969–1974), der auf Breitwand den Krieg von der siegreichen Schlacht bei Kursk bis zur Eroberung Berlins erzählte. Vor allem aber zeigten monumentale Denkmäler den neuen Stellenwert, den der „Große Vaterländische Krieg“ in diesen Jahren erhielt. Mehr als 10 000 Denkmäler waren bis dahin errichtet worden. Aber bemerkenswert sind die kleinen Dimensionen der meisten Stätten (Säulen, Obelisken) in einer Kultur, die sonst durch Monumentalität Bedeutung herzustellen pflegte. Nur in den befreiten bzw. besetzten Ländern waren etliche monumentale Sieges- und Grabmemoriale errichtet worden. Der riesige Denkmalkomplex auf dem Mamajew-Hügel (*Mamajev Kurgan*) nördlich von Wolgograd, der 1967 eröffnet wurde und in dessen Zentrum eine 85 Meter hohe Skulptur der „Mutter Heimat“ steht,¹⁸ bildete den Auftakt für eine Serie von Großbauten.

Von den Großmonumenten, die eine sowjetische Übersicht aus dem Jahr 1984 regis-

98. Vgl. auch Christine Engel (Hrsg.), Geschichte des sowjetischen und russischen Films, Stuttgart 1999, S. 118–128.

¹⁷ Vgl. Bernd Bonwetsch, Der „Große Vaterländische Krieg“. Vom öffentlichen Schweigen unter Stalin zum Heldenkult unter Breschnew, in: Babette Quinkert (Hrsg.), „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S. 166–187.

¹⁸ Vgl. P. Jahn (Anm. 2), S. 146–151.

tiert,¹⁹ waren bis zum Ende der 1950er Jahre nur 18 größere Denkmäler errichtet worden. Aber 59 Großmonumente wurden in den 1960er Jahren und 67 in den 1970er Jahren gebaut – bei sinkender Finanzkraft des Staates. Von 1980 bis 1984 zählt diese Übersicht nur noch 15 neue Denkmäler auf, vermutlich ließ die ökonomische Lage derartige Ausgaben nicht mehr zu. Dafür spricht, dass der als krönender Höhepunkt aller Memoriale des „Großen Vaterländischen Krieges“ für den 40. Jahrestag des Sieges im Jahr 1985 geplante zentrale Museums- und Denkmalskomplex auf dem Moskauer Verneigungshügel (*Poklonnaja Gora*), nicht mehr gebaut wurde. Gemeinsam ist diesen Denkmälern, dass in ihnen zwar auch Kriegsleid und Schmerz um die Toten angesprochen werden, diese Themen aber der Demonstration von Heldentum und Triumph deutlich nachgeordnet sind. Nur bei zwei der großen Denkmäler stehen die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im Mittelpunkt, auf dem Piskarew-Friedhof in Leningrad/St. Petersburg, auf dem 470000 der über 800000 Blockadeopfer bestattet sind, und in der Gedenkstätte Chatyn in Belarus, wo der zivilen Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft gedacht wird.

Mehrere Motive verknüpften sich, um zwanzig Jahre nach seinem Ende eine derartige Fokussierung auf den Krieg anzustoßen. Zum einen begann der Krieg, Geschichte zu werden, wurde jetzt eine Generation erwachsen, die ihn nicht mehr erlebt hatte. Das große kollektive Erleben von Leid und Triumph sollte an die kommende Generation vermittelt werden. Dass Partei und Staat immer stärkere Akzente auf die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ setzten, korrespondierte aber vor allem mit der sinkenden Glaubwürdigkeit der Zukunftsvision einer kommunistischen Überflussesgesellschaft. In den 1950er und frühen 1960er Jahren, als sich der Lebensstandard spürbar verbesserte, schien sich diese Fortschrittshoffnung noch zu erfüllen. Die anhaltende Stagnation und sogar Verarmung der folgenden Jahrzehnte ließ das Zukunftsbild verblassen. Legitimation schöpfte die Parteiherrschaft jetzt vor allem aus der Vergangenheit, meinte sie doch, das Land trotz einiger Fehler vor der faschis-

tischen Bedrohung bewahrt und zum triumphalen Sieg geführt zu haben.

Die heroisierende Akzentuierung des „Großen Vaterländischen Krieges“ stieß durchaus auf Resonanz in der breiten Bevölkerung. Denn angesichts der Leidensdimension entsprach solche rückblickende Reduktion der Kriegserinnerung auf die Siege und Erfolge auch einem Bedürfnis nach psychischer Kompensation, war lindernde Salbe auf die fortwirkenden Traumatisierungen der Kriegszeit. So fand die Öffnung der Sicht auf den Krieg nach 1985, in den Jahren von Glasnost und Perestroika, nicht bei allen Zustimmung. Natürlich wurde die Benennung und erste Bearbeitung der zahlreiche weißen Flecken in der kanonisierten Darstellung des Krieges begrüßt: die Thematisierung der Kriegsverluste, die jetzt annähernd ehrlich mit 27 Millionen beziffert wurden, der breiten Kollaboration in den besetzten Gebieten, der Deportation vieler nationaler Minderheiten, der Rücksichtslosigkeit gegen die eigene Bevölkerung und die Soldaten, das Schicksal der vielen Strafsoldaten, der sowjetischen Massenmorde, für die die Hinrichtungsstätte Katyn steht, des fortgesetzten Terrors, der lediglich abgemildert worden war. Aber wichtiger als diese Revision der Kriegserinnerung in der Periode von Glasnost war für die meisten die erste offene und umfassende Darstellung des immensen Terrors der Obrigkeit in den 1930er Jahren. Den moralisch grundsätzlich gerechtfertigten Krieg und Sieg über den Faschismus mit den Verbrechen des Stalinismus zu kontaminieren, fiel (und fällt noch immer) weitaus schwerer.²⁰

Kriegserinnerung in der Russischen Föderation

Der Zusammenbruch der Sowjetunion berührte zunächst kaum das kollektive Gedächtnis an den „Großen Vaterländischen Krieg“, aber der Kontext hatte sich verändert. Bis dahin war der Krieg zum einen ein wesentliches Kapitel der heilsgeschichtlichen Erzählung vom Weg zum Kommunismus gewesen. Aber es gab schon seit den Kriegsjahren eine andere, rückwärtsgewandte Sicht des Krieges als glo-

¹⁹ Vgl. V. A. Golikov, (Hrsg.), *Podvig naroda. Pamjatniki velikoj otečestvennoj vojny* (Ruhmestat des Volkes. Denkmäler des Großen Vaterländischen Krieges), Moskau 1984.

²⁰ Vgl. Nina Tumarkin, *The Living and the Dead. The Rise and Fall of the Cult of World War II in Russia*, New York 1994, S. 158–202; vgl. auch B. Bonwetsch (Anm. 17), S. 183–187.

rifizierte Nationalgeschichte. Schon bei Stalin waren militärische Heldentaten seit Alexander Newskis Sieg über die deutschen Ordensritter als fortschrittliche Tradition erinnert worden.^{F1} Diese traditionale Herrschaftslegitimation blieb jetzt übrig und erlaubte es, die Erinnerung an den Krieg weiterhin als Glanzpunkt der eigenen Geschichte zu pflegen.

Das Bedürfnis danach war umso stärker, als sich die Gegenwart als Trümmerfeld präsentierte. Die Sowjetrepubliken gingen eigene Wege und zimmerten sich mehr oder weniger realitätsnahe historische Identitäten, in denen der „Große Vaterländische Krieg“ (oder jetzt der Zweite Weltkrieg) eine veränderte Rolle spielte. Übrig blieb Russland, das einen auch innerstaatlichen Zerfallsprozess durchlief. Wirtschaftlicher Kollaps, rapide Verarmung bei extremer sozialer Spaltung, Zerfall staatlicher Ordnung sowie fragwürdige Repräsentanten der Politik diskreditierten schnell das Demokratieangebot. Als politische Alternativen boten sich Boris Jelzin in seiner Abhängigkeit von den Wirtschaftsoligarchen oder die rückwärtsgewandten Kommunisten an. Auch der Rückblick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts bot kaum Trost, war doch die russische Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg bis zum Tod Stalins nicht nur die Geschichte einer fehlgelaufenen Modernisierung, sondern auch millionenfacher Opfer von Terror und Kriegen. Dazu gehören die Jahre 1941 bis 1945 – mit einem wesentlichen Unterschied: Hier konnte und kann die Mehrheit der russischen Bevölkerung eine Rechtfertigung für die immensen Opfer finden, hatte man doch den deutschen Faschismus besiegt und nach eigenem Verständnis Europa von dessen Herrschaft befreit. So fand man in einer desolaten Gegenwart in dieser historischen Erinnerung Selbstwert und Trost.^{F2}

Seitdem ist der Blick auf den Krieg längst nicht mehr so eindeutig wie in der sowjetischen Zeit bis 1985. Zweifellos ist bis heute ein Blick auf die Jahre 1941 bis 1945 als erfolgreicher Kampf gegen die mörderische deutsche Fremdherrschaft geblieben und wird angesichts der düsteren Gesamtbilanz russischer Geschichte

^{F1} Vgl. Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 658–669.

^{F2} Vgl. Peter Jahn, *Stütze der Erinnerung – Last der Erinnerung*, in: ders. (Anm. 13), S. 8–19.

im 20. Jahrhundert auch weiterhin im Kern die Erinnerung bestimmen. Dabei ist bemerkenswert, dass sich die Kriegserinnerung vollständig vom Blick auf das Deutschland der Gegenwart gelöst hat: Deutsche zählen in Umfragen zu den beliebtesten Ausländern.

Gedenkrituale der Sowjetunion sind fortgeschrieben oder wieder aufgenommen worden: Jugendliche (jetzt nicht mehr Pioniere) halten an städtischen Kriegsdenkmälern bewaffnete Ehrenwache, am 9. Mai paradieren Soldaten über den Roten Platz. Aber selbst in dieser Kontinuität sind Veränderungen zu bemerken: So nahmen 2010 Militäreinheiten der ehemaligen Verbündeten wie auch polnische Verbände an der Parade teil, saß die deutsche Bundeskanzlerin auf der Tribüne. Und auch der 22. Juni 1941 wird seit 1996 zwar nicht als gleichrangiger Feiertag, aber doch als Gedenk- und Trauertag begangen – an diesem 70. Jahrestag mit einer Adresse des Präsidenten und zahlreichen Gedenkveranstaltungen.

Einen einheitlichen, vorgeschriebenen Blick auf den Krieg gibt es endlich nicht mehr, divergierende und widersprüchliche Formen der Kriegserinnerung finden sich allenthalben. Der Buchmarkt bietet Verherrlichungen Stalins als Feldherr wie auch „Enthüllungen“, nach denen Hitler Stalin nur um Wochen mit dem Angriff zuvorgekommen sei.^{F3} Die staatlich gesteuerten Fernsehkanäle zeigen Filmserien, die den Terror gegen die eigene Bevölkerung in der Kriegszeit zwar nicht leugnen, aber als notwendig für den Sieg rechtfertigen (*Govorit Moskva*, 2006), wie auch eine aufwändig produzierte elfteilige Serie über Strafeinheiten der Roten Armee, in denen der Kampf der „Helden“ gegen den deutschen Feind als selbstverständliche Routine gezeigt wird, während der zentrale Konflikt mit einem schurkischen NKWD-Offizier ausgetragen wird (*Strafbat*, 2004).^{F4} Der Denkmals- und Museumskomplex auf dem Verneigungshügel in Moskau, eine letzte monumentale Stätte ungebrochener Heldenverehrung, wurde 1995 mit zehnjähriger Verspätung eröffnet, womit Jelzin die Veteranenverbände im Wahlkampf auf seine

^{F3} Vgl. P. Jahn (Anm. 13), S. 202–211.

^{F4} Vgl. Peter Jahn, *Patriotismus, Stalinismuskritik und Hollywood. Der „Große Vaterländische Krieg“ in russischen TV-Serien der Gegenwart*, in: Beate Fieseler/Jörg Ganzenmüller (Hrsg.), *Kriegsbilder. Mediale Repräsentationen des „Großen Vaterländischen Krieges“*, Essen 2010, S. 115–130.

Seite ziehen konnte.²⁵ Auf der anderen Seite hat sich die während der Perestroika gegründete Organisation „Memorial“ für Opfer der stalinistischen Herrschaft mit einigem Erfolg für verschwiegene Opfer des Krieges wie Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzt. Oral-history-Projekte, in denen junge Russinnen und Russen ihre Familiengeschichte des 20. Jahrhunderts fern der Heldenlegenden aufspürten, fanden große Resonanz.²⁶

Dass dieser Krieg auch in Jahrzehnten noch einen wesentlichen Platz in der kollektiven Erinnerung Russlands einnehmen wird, ist nicht zu bezweifeln. Das Nebeneinander von rückwärtsgewandter Verklärung von Kriegshelden und diktatorischer Herrschaft einerseits und grundsätzlicher Bejahung des von Hitlerdeutschland aufgezwungenen Krieges

bei kritischer Sicht auf die Verbrechen des Regimes andererseits wird fortleben. Die Formung der Kriegserinnerung wird nicht zuletzt davon abhängen, ob sich die Gesellschaft wirtschaftlich und politisch konsolidiert und damit nach Umbruch und Krise neue Identität und Selbstwertgefühl aus Leistungen der Gegenwart schöpfen kann.

Auch von den Handlungsmustern des Staates wird abhängen, ob der Sieg in autoritärer Deutung eher aus der straffen politischen Führung oder stärker aus dem kollektiven Willen der Bevölkerung abgeleitet wird. In dieser offenen Entwicklung wird sich zeigen, wie weit der unzweifelhafte Zusammenhang zwischen dem opferreichen und moralisch gerechtfertigten Sieg und der mörderischen Diktatur Stalins akzeptiert und diese Ambivalenz ausgehalten wird.²⁷

²⁵ Vgl. J. Scherrer (Anm. 13), S. 648 ff.; vgl. auch P. Jahn (Anm. 13), S. 190–193.

²⁶ Auszüge in deutscher Übersetzung: Irina Scherbakowa (Hrsg.), Russlands Gedächtnis. Jugendliche entdecken vergessene Lebensgeschichten, Hamburg 2004³.

²⁷ Vgl. Maria Ferretti, Unversöhnliche Erinnerung, in: Osteuropa, 55 (2005) 4–6, S. 46–54.



The advertisement features a red and white color scheme. On the left, the logo for 'bpb Bundeszentrale für politische Bildung' is at the top, followed by the 'Bensberger Gespräche' logo which includes a play button icon. The main title 'Umbruch in Nordafrika: Demokratische Erneuerung und Social Media' is prominently displayed in white text on a red background. Below the title, the dates '23.–25. Januar 2012' and the location 'Bergisch Gladbach/Bensberg' are listed. At the bottom, the registration information 'Anmeldung: www.bpb.de/bensbergergespraeche' is provided. On the right side of the advertisement, there is a photograph of a diverse crowd of people, with several individuals holding up their mobile phones to take pictures or videos.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 51–52/2011 · 19. Dezember 2011

USA

Reymer Klüver

Changed? Obama 2012

Andreas Falke

Zur Transformation der amerikanischen Weltmachtrolle

Andrew B. Denison

Die Republikaner ein Jahr vor der Wahl

Henrik Gast · Alexander Kühne

Die Tea Party und ihre Anhänger

Dennis Tänzler

USA im Klimawandel

Nicole Renvert

Zur Rolle der Mittler in den transatlantischen Beziehungen

Michael Hochgeschwender

Der Amerikanische Bürgerkrieg in der öffentlichen Erinnerung

Bernd Greiner

Angst, Antikommunismus und Kalter Krieg

Alex Gertschen

Das bessere Leben, erträumt und erlitten

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
25. November 2011

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhresstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenseiler Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Nach dem Ende der Sowjetunion

APuZ 49–50/2011

- Natalja Kljutscharjowa*
3–9 **Über die Krise**
Im heutigen Russland ist eine Krise der Macht, der privaten Initiative, der Verantwortung und der elementaren Menschlichkeit zu konstatieren. Aber es gibt auch Menschen, die sich der Gleichgültigkeit und dem allumfassenden Egoismus widersetzen.
- Susanne Schattenberg*
9–15 **Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie**
Die Historiker sind uneins, ob sich die UdSSR in einer strukturellen Krise befand oder ob Michail Gorbatschow diese nach seinem Amtsantritt 1985 herbeiführte. Die westliche Zunft feiert Gorbatschow; in Russland wird er ignoriert.
- Manfred Hildermeier*
16–22 **Von Gorbatschow zu Medwedew: Wiederkehr des starken Staates**
In Russland ist der autoritäre Zentralstaat zurück. Demokratie und Föderalismus blühten kurz auf, als die „imperiale“ Gesamtgewalt zusammenbrach. Diese Freiheiten wurden von der Zentrale als dysfunktionale Eigensucht wahrgenommen.
- Caroline von Gall*
22–28 **Macht und Recht in Russland: Das sowjetische Erbe**
Die Perestroika des Rechtswesens in Russland ist noch nicht abgeschlossen. In sowjetischer paternalistischer Tradition will die politische Elite weiter Herr über den gesellschaftlichen Umbau bleiben und verweigert sich einer Bindung an das Recht.
- Gemma Pörzgen*
29–34 **Russische Medien zwischen Vielfalt und Bedrohung**
Machtpolitisch bedeutsam ist in der Russischen Föderation vor allem die Fernsehberichterstattung. Unabhängige Zeitungen erreichen mit ihrer geringen Auflage nur ein kleines Publikum. Bisher ist das Internet ein Reservat der Pressefreiheit.
- Thomas Kunze · Thomas Vogel*
35–41 **Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit**
Die Sowjetunion, einst flächenmäßig das größte Land der Erde, zerfiel Anfang der 1990er Jahre. Die 15 früheren Sozialistischen Sowjetrepubliken, aus denen sich die UdSSR zusammensetzte, wurden selbständig und gingen unterschiedliche Wege.
- Stefan Kreuzberger*
42–47 **Stalinismus und Erinnerungskultur**
20 Jahre nach dem Ende der UdSSR genießt Stalin bei großen Teilen der postsowjetischen Elite und in breiten Bevölkerungskreisen immer noch einen respektablen Ruf. Der Beitrag bilanziert die russische Geschichts- und Erinnerungspolitik.
- Peter Jabn*
48–54 **22. Juni 1941: Kriegserinnerung in Deutschland und Russland**
Die deutsche Erinnerung an den Vernichtungskrieg verschob sich vom Opferbild zu einer kritischeren Sicht. Die russische Kriegserinnerung ist bis heute vom Triumph des Sieges dominiert; Leid und stalinistischer Terror erhalten indes mehr Raum.